

44. Sitzung

am Dienstag, dem 6. Dezember 2022

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Öffentliche Zuwendungen an den Kulturbeutel e. V. – wie nachhaltig ist der Verein aufgestellt?

Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. November 2022 2467

Anfrage 2: Wie inklusiv sind unsere Stadtfeste und Weihnachtsmärkte?

Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. November 2022 2470

Anfrage 3: Verantwortung für Drogenprobleme am Bahnhof übernehmen!

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 10. November 2022 2472

Anfrage 4: Beschulung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer, umA, der Einrichtung Alfred-Faust-Straße

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. November 2022 2473

Anfrage 5: Ausfall der Beschulung von Kindern mit Behinderung und Assistenzbedarf

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Yvonne Averwesser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. November 2022 2475

Anfrage 6: Wer baut in Bremen Sozialwohnungen?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. November 20222477

Anfrage 7: Geschwindigkeitsbegrenzung für Radfahrende innerhalb von Begegnungsräumen, -zonen zur Unfallrisikominimierung!

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 14. November 20222479

Anfrage 8: Zustandsbewertung von öffentlichen Gebäuden in Bremen!

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 14. November 20222480

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

Tami-Oelfken-Grundschule: Dramatischer Einzelfall oder Spitze des Eisbergs?2481

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....2481

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD).....2483

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)2486

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen).....2489

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE).....2492

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2495	Bericht des städtischen	
Senatorin Sascha Karolin Aulepp	2495	Petitionsausschusses Nr. 33	
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2499	vom 2. Dezember 2022	
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE		(Drucksache 20/816 S).....	2504
LINKE).....	2500		
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)	2501	Personalausweise für Obdach- und	
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE		Wohnungslose gebührenfrei	
LINKE).....	2502	ermöglichen!	
		Antrag der Fraktionen DIE LINKE,	
Zweites Ortsgesetz zur Änderung des		Bündnis 90/Die Grünen und der SPD	
Aufnahmeortsgesetzes		vom 22. Februar 2022	
Mitteilung des Senats vom 22. November		(Drucksache 20/670 S)	
2022		Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE	
(Drucksache 20/801 S).....	2503	LINKE)	2505
		Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD).....	2506
Dazu		Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU)	2507
		Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	2508
Änderungsantrag der Fraktionen der		Abgeordnete Dr. Henrike Müller (Bündnis	
SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE		90/Die Grünen)	2509
LINKE		Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE	
vom 6. Dezember 2022		LINKE)	2509
(Drucksache 20/817 S).....	2503	Staatsrat Olaf Bull	2510
		Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU)	2511
Flächennutzungsplan Bremen, 26.		Abstimmung	2512
Änderung, Bremen-Mitte, Östliche			
Vorstadt, Vegesack, Blumenthal,		Vorhabenbezogener Bebauungsplan 152	
Burglesum, Findorff, Gröpelingen, Horn-		(zugleich Vorhaben- und	
Lehe, Huchting, Neustadt, Osterholz,		Erschließungsplan) für die Errichtung	
Vahr, Walle, Woltmershausen,		eines Lebensmittelvollsortimenters in	
Hemelingen, Obervieland, Oberneuland,		Bremen-Gröpelingen, Ortsteil	
Borgfeld, Schwachhausen (zentrale		Oslebshausen, zwischen	
Versorgungsbereiche)		Eisenbahnstrecke Bremen –	
Mitteilung des Senats vom 22. November		Bremerhaven, Ritterhuder Heerstraße	
2022		und Auf den Blöcken	
(Drucksache 20/802 S).....	2503	Mitteilung des Senats vom 16. August	
		2022	
Zweites Ortsgesetz zur Änderung der		(Drucksache 20/748 S)	
Feuerwehrkostenordnung		Zuordnung Standort REWE-Markt im	
Mitteilung des Senats vom 29. November		Kalmsweg zum Nahversorgungszentrum	
2022		Oslebshausen	
(Drucksache 20/808 S).....	2503	Petition S 20/192	
		Mitteilung des Senats vom 29. November	
Drittes Ortsgesetz zur Änderung des		2022	
Entwässerungsgebührenortsgesetzes		(Drucksache 20/811 S)	
Mitteilung des Senats vom 29. November		Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU).....	2512
2022		Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis	
(Drucksache 20/809 S).....	2504	90/Die Grünen)	2513
		Abgeordneter Ralf Schumann (DIE	
Zweites Ortsgesetz zur Änderung des		LINKE)	2514
Haushaltsgesetzes der Stadtgemeinde		Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	2515
Bremen			
Mitteilung des Senats vom 29. November			
2022			
(Drucksache 20/810 S).....	2504		

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	2516
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	2518
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	2519
Abstimmung	2521

Rot-Grün-Rot kapituliert vor den Problemen am Bremer Hauptbahnhof – Drogenhandel bekämpfen, Drogenkonsumraum schaffen, öffentlichen Raum wieder nutzbar machen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 18. November 2022 (Drucksache 20/800 S)

**Hauptbahnhof Bremen: Versuch eines Wandels vom Problem- zum Zukunftsort
Antrag der Fraktion der FDP vom 1. Dezember 2022 (Drucksache 20/813 S)**

Abgeordneter Marco Lübke (CDU).....	2521
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2523
Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen)	2525
Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD).....	2527
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE)	2529
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2531
Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	2532
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2533
Abgeordnete Ute Reimers-Bruns (SPD)	2533
Abgeordneter Rainer Bensch (CDU)	2534
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE)	2535
Staatsrat Olaf Bull.....	2536
Abstimmung.....	2538

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 6. Dezember 2022..... 2539

Anfrage 9: Sachstand der Befestigung des Verbindungswegs zwischen Hermann-Löns-Straße und Meinert-Löffler-Straße

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 15. November 2022 2539

Anfrage 10: Welche Auswirkungen hat das Verkehrschaos Am Wall auf die Einsatzfähigkeit der Polizei?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 15. November 20222539

Anfrage 11: Verunreinigungen am Rodensee

Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 24. November 20222540

Anfrage 12: Wann kommt das klimafreundliche Parkhaus am Klinikum Bremen-Mitte (KBM)?

Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 20222540

Anfrage 13: Bremsen marode Brücken die Mobilitätswende zusätzlich aus?

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 20222541

Anfrage 14: Impfzentren – was rechtfertigt eine Verlängerung des Betriebs bis März 2023?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 29. November 20222541

Anfrage 15: Diebstahl von TV-Bildschirmen am Gymnasium Links der Weser

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 20222543

Anfrage 16: Wann wird in Bremen eine Chip- und Registrierpflicht für Hunde und Katzen eingeführt?

Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. November 2022
Diese Anfrage wurde zurückgezogen2543

Konsensliste2544

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Carsten Meyer-Heder,
Thomas Pörschke, Kai-Lena Wargalla, Dr. Oguzhan Yazici.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 44. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde zunächst die Tagesordnungspunkte ohne Debatte aufgerufen werden, dann der Tagesordnungspunkt 3 und anschließend die jeweils miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 9 und 28 sowie 21 und 29 und danach Tagesordnungspunkt 20.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um Tagesordnungspunkt 30.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 13, 15, 16, 17 und 18.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 16 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die Anfrage 16 wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Anfrage 1: Öffentliche Zuwendungen an den Kulturbeutel e. V. – wie nachhaltig ist der Verein aufgestellt?

Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. November 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch fallen die öffentlichen Zuwendungen/Zuschüsse/Förderungen an den Kulturbeutel e. V. aus im Zeitraum 2018 bis 2022?

2. Welche Kosten fallen für Provisionen, Übernachtungskosten, Bühnentechnik sowie Material und Ähnliches beim Kulturbeutel e. V. pro Monat an im Zeitraum 2021 und 2022?

3. Wie hoch waren die Besucherzahlen im Jahr 2021 und 2022 pro Monat bei Veranstaltungen des Kulturbeutel e. V., und in welcher Relation stehen die Ausgaben mit den Einnahmen und den Besucherzahlen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Carmen Emigholz.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die öffentlichen Zuwendungen an den Kulturbeutel e. V. für die Jahre 2018 bis 2022 betragen insgesamt 920 804 Euro. Enthalten sind dort Bundesmittel in Höhe von 209 454 Euro aus dem Programm NEUSTART KULTUR, das in der Zeit der Pandemie bundesweit Kulturprojekte unterstützt hat, und bremische Mittel in Höhe von 711 350 Euro. Ein Großteil dieser Mittel bezieht sich auf Corona-Kompensationszahlungen.

Zu Frage 2: Eine genaue monatliche Zuordnung von Kosten ist prozessbedingt im Veranstaltungsgeschäft des Kulturbeutel e. V. nicht möglich, daher werden die gewünschten Kostenpositionen als monatlicher Durchschnitt dargestellt. In den Jahren 2021 und 2022 sind für Provisionen, Reise- und Übernachtungskosten, Künstlerhonorare, Technikmiete und projektbezogene Materialkosten durchschnittlich 10 037 Euro beziehungsweise 8 633 Euro pro Monat angefallen.

Zu Frage 3: Im Jahr 2021 wurden 3 266, im Jahr 2022 wurden 2 531 Besucher:innen gezählt, im Monatsdurchschnitt also 272 beziehungsweise 211 Besucher:innen. Aufgrund des Saisongeschäfts für Freiluftveranstaltungen sind diese Zahlen nur begrenzt aussagekräftig. Infolge der Coronapandemie, aufgrund von Beschränkungen der erlaubten Besucher:innenkapazität durch die Coronaverordnungen und aufgrund eines coronabedingt verspäteten Saisonstarts im Jahr 2022 sind diese Zahlen

sehr niedrig. Die Besucher:innenzahlen in den Jahren 2018 und 2019 waren mit durchschnittlich 686 beziehungsweise 798 pro Monat wesentlich höher.

Die Einnahmen bestehen aus Eintritten, Spenden sowie Mieten und decken – sowohl 2021 als auch 2022 – rund 23 Prozent der Gesamtausgaben. Die Gesamtausgaben je Besucher:in im Jahr 2021 betragen 99 Euro und im Jahr 2022 138 Euro. Demgegenüber liegen die eigenen Einnahmen bei 23 Euro beziehungsweise 31 Euro je Besucher:in. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Sie haben zu Frage 1 gesagt, dass viele dieser 711 000 Euro Bremen-Mittel Corona-Kompensationsmittel waren, und Sie haben ja danach aufgeschlüsselt, wie viel pro Monat für Kosten angefallen sind. Da stelle ich mir die Frage: In Coronazeiten hatten wir ja das Problem, dass vieles an Veranstaltungen gar nicht stattgefunden hat. Können Sie mir noch einmal erklären, wie diese im Verhältnis hohen Ausgaben für Reisen und Übernachtungskosten zustande kommen, ohne dass da Veranstaltungen stattgefunden haben?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Das Erste war, es hat ja Veranstaltungen gegeben, zumindest 2022, und es sind gelegentlich externe DJs mit ihrem Equipment eingeladen worden – das musste alles organisiert werden, das ist ja auch ein Teil des Kulturprogramms –, oder es hat auch Aufführungen gegeben, und die Mitarbeiter:innen haben das Areal sehr weit ausgebaut und technisch ausgestattet. Wenn Sie dort einmal auf dem Gelände sind – die Abgeordneten waren eingeladen –, dann ist das für eine selbst organisierte Initiative sehr ordentlich geworden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Die 711 000 Euro – noch einmal, Bremen-Mittel! – erscheinen mir persönlich sehr hoch im Verhältnis zu dem, was andere Vereine bekommen. Können Sie das aus Ihrer Sicht noch einmal für mich einordnen?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Das ist natürlich erstens Corona geschuldet und dafür, dass es ein Match aus verschiedenen Ressorts gab, für verschiedene Arbeitsprojekte, die nicht alle bei uns im

Haus liegen. Deswegen ist das jetzt für die Startzeit eine relativ hohe Summe gewesen, weil natürlich da auch Dinge verbaut worden sind, das werden Sie sehen, und sicher gemacht worden sind. Wenn man ein Areal für längere Zeit nutzen will, dann ist die Maßgabe natürlich auch, dass die Gebäude, die dort stehen, sicher sind und dass sie auch den entsprechenden Standards entsprechen. Das ist angepasst und gemacht worden. Man kann sich das gern ansehen, und ich würde auch Ihnen empfehlen, sich das Gelände einmal im Betrieb anzusehen, das gibt nämlich Aufschluss darüber, was die jungen Leute dort gemacht haben.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Sie wissen ja um den Zielkonflikt mit dem Wirtschaftsressort um den Standort des Kulturbeutel e. V. Würden Sie für sich immer noch sagen, dass das der richtige Standort ist, oder können Sie sich vorstellen, ihn mittelfristig umzusiedeln?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Zunächst einmal ist das keine Initiative, die von mir geleitet wird, also kann ich diese Frage nicht entscheiden, es ist eine private Initiative. Wenn Sie mich allerdings fragen, ob junge Menschen in dieser Stadt auch Raum für ihre Aktivitäten brauchen, dann würde ich das uneingeschränkt bejahen. Ob man sich am Ende einer Mietzeit darüber verständigt, dass man einen anderen Ort findet, der vielleicht allen besser gefällt, wenn man mehr Zeit zum Suchen hat, ist eine ganz andere Sache, aber die Geschicke des Vereins leite ich nicht. Uns wird eine Initiative präsentiert, die dort an dem Standort ist, und wir sind sehr darum bemüht, dass dieser Standort jetzt erst einmal für die nächsten Jahre fix bleibt, damit wir nicht die Mengen an Investitionskosten, die wir jetzt auch hineingesteckt haben, noch einmal wieder investieren, denn das ist auch nicht nachhaltig. Sie haben nach Nachhaltigkeit gefragt, und das wäre ganz sicherlich nicht im Sinne aller.

Die Wahrheit ist aber, das muss zwischen den Ressorts entschieden werden. Das können wir als Kulturressort nicht machen, wir können nur sagen, dass wir ein Interesse daran haben – und das sage ich hier deutlich –, auch eine solche Szene für die Stadt zu halten. Das ist uns wichtig, denn die Stadt ist eine plural aufgestellte Stadt, eine vielfältige Stadt, und diese Vielfalt muss sich auch in der Kulturförderung abbilden, und da muss nicht jeder von uns und auch nicht jeder aus unserem Haus von jeder Initiative gleichermaßen begeistert sein, das

gibt es gar nicht. Jeder hat seinen eigenen Geschmack und seine eigenen Gewohnheiten, aber ich finde, wir sollten diesen jungen Initiativen auch Raum geben. Das versuchen wir zu machen, und das versuchen wir in einem angemessenen Verhältnis zu anderen Förderungen zu machen, und darum geht es uns in der Sache.

Es ist unglaublich schwierig, Räume zu finden, das ist vollkommen klar, und es ist unglaublich schwierig, Platz zu finden, aber ich erlebe auch sehr oft, dass dann Brachen lange leer stehen und wir uns wahnsinnig ärgern, warum wir sie nicht haben temporär besetzen können über eine Zeit, wenn auch Investoren zurückziehen und sagen, jetzt unter Corona will ich gar nicht investieren, und solche Maßgaben hat es ja in dem Moment auch gegeben, und auch eine temporär langfristige Nutzung zu machen, ist sinnvoll, weil man Zeit hat, andere Orte zu suchen. Ob das der Fall sein wird, kann ich hier nicht beurteilen, und ob man das später einmal anders entscheiden wird, kann ich auch nicht beurteilen. Ich weiß nur, dass es nach Corona auch einen Rückgang nach aktuellen Nutzungsinteressen gegeben hat, weil alle gesagt haben, wir sind jetzt vorsichtiger mit unseren Investitionen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Maja Tegeler. – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Frau Staatsrätin, Sie haben ja eben schon erklärt, dass ein großer Teil der Ausgaben auch in investive Maßnahmen geflossen ist. Können Sie uns sagen, wie groß der Anteil war, um da wirklich die Infrastruktur auch auszubauen, oder würden Sie das gegebenenfalls in der Kulturdeputation nachreichen können?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich hole es lieber nach, bevor ich es ungenau sage. Ich meine, es wären zwei Drittel gewesen, aber ich bin vorsichtig, deshalb möchte ich das auch nicht zu Protokoll genommen haben. Ich sage das jetzt einmal in Klammern.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Die meisten Fragen haben Sie schon beantwortet, aber würden Sie mir zustimmen, dass das Kulturzentrum „Irgendwo“ eine wertvolle Bereicherung für die Bremer Kulturszene darstellt und wirklich auch über dieses Jahr hinaus weiter gefördert werden

sollte, wenn die Förderung ausläuft, und zwar an diesem Ort?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Frau Abgeordnete, Sie konnten es nicht wissen: Die Kulturdeputation hat das bereits in der letzten Sitzung beschlossen.

(Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE]: Danke!)

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen. – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Wir reden ja über Nachhaltigkeit in diesem Bereich, Sie haben das eben auch schon selbst erwähnt. Das Hauptprojekt vom Kulturbeutel e. V. ist ja das „Irgendwo“. Wie weit sind denn die Maßnahmen, die dazu führen werden, dass es einen dauerhaften Mietvertrag für das „Irgendwo“ gibt?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Es gibt Verhandlungen, das weiß ich, ich weiß, dass sie finalisiert werden sollen, das ist jetzt mein letzter Stand. Ich glaube, dass man sich über die genaue Frist noch mit den beteiligten Ressorts unterhält, das ist allerdings nicht unsere Angelegenheit.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Elombo Bolayela. – Bitte sehr!

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Frau Staatsrätin, Bremen wächst, und die Kultur wächst auch mit. Junge Menschen brauchen letztlich Platz, um sich zu entfalten. Sehen Sie es als eine Bereicherung, dass junge Menschen bei uns in Bremen so etabliert sind, dass ihnen auch hier kulturmäßig mit Gebäude und Grundstücken geholfen wird?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich glaube, dass das Ausweisen von Kulturflächen die richtige Maßnahme ist, weil wir sonst immer in Kontakt mit Gewerbenutzung kommen, in Konflikte mit Gewerbenutzung kommen, und das wird uns auf Dauer Schwierigkeiten machen, das wollen wir nicht. Wenn wir wollen, dass wir konsequent sagen, wir wollen Platz für junge Menschen schaffen, dann müssen wir auch konsequent in unsere Planung eine junge Planung/eine jugendorientierte Planung mit aufnehmen. Das ist uns wichtig, und dafür stehen wir auch ein.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Danke, Herr Präsident, keine weiteren Fragen! Ich bin zufrieden!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Bevor wir zur nächsten Anfrage kommen, möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir heute ein Geburtstagskind unter uns haben, und zwar Herrn Olaf Zimmer.

Herzlichen Glückwunsch im Namen des ganzen Hauses! Ich wünsche Ihnen hier heute einen schönen Tag!

(Beifall)

Anfrage 2: Wie inklusiv sind unsere Stadtfeste und Weihnachtsmärkte?

Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 9. November 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Barrierefreiheit der Bremer Stadtfeste wie zum Beispiel der Osterwiese, der Breminale, des Summersounds und des Freimarktes sowie der Bremer Weihnachtsmärkte in diesem Jahr mit Blick auf die unterschiedlichen Bedarfe von Senior:innen und Menschen mit Behinderung?

2. Mit welchen Maßnahmen und auf Grundlage welcher Leitlinien und Vorgaben wirkt der Senat bisher darauf hin, Senior:innen und Menschen mit Behinderungen einen barrierearmen Besuch der Bremer Stadtfeste und Weihnachtsmärkte zu ermöglichen?

3. Welche Relevanz hat eine barrierearme Gestaltung der Bremer Stadtfeste und Weihnachtsmärkte aus Sicht des Senats, und welche Möglichkeiten und Herausforderungen sieht er, zukünftig stärker auf barrierearme Stadtfeste und Weihnachtsmärkte hinzuwirken?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Fragen 1 bis 3 werden gemeinsam beantwortet: Die Barrierefreiheit spielt eine wichtige Rolle bei der Auswahl der Geschäfte für die Osterwiese, den Freimarkt und den Weihnachtsmarkt. Die Zulassungsrichtlinie enthält hinsichtlich der Auswahlkriterien seit 2019 den Grundsatz, dass für den Fall, dass mehrere Geschäfte gleicher Art und Qualität zur Wahl stehen, dasjenige bevorzugt werden soll, dessen Geschäft barrierefrei ist. Die überwiegende Zahl der Fahrgeschäfte ist so ausgestattet, dass Menschen mit Behinderung diese nutzen können, entweder durch speziell für Rollstühle ausgestattete Chaises und/oder durch Rampen. Die Schaustellerinnen und Schausteller sind zudem bemüht, ein breites Angebot für Menschen mit Behinderung anzubieten. Das gilt sowohl für die Nutzung von Fahrgeschäften als auch für den Zugang zu verschiedenen Geschäften, zum Beispiel durch Anpassung der Fahrtgeschwindigkeit oder indem die Mitarbeitenden bei fehlender Barrierefreiheit Hilfestellungen bieten.

Das Thema Barrierefreiheit ist zudem sowohl bei der Breminale als auch beim Summersounds-Festival zentraler Bestandteil des jeweiligen Gesamtkonzepts. Die Breminale passt die Barrierefreiheit in einem stetigen Verbesserungsprozess jährlich den Gegebenheiten an. Grundsätzlich ist das Festivalgelände ebenerdig zu erreichen. Die Rasenflächen können nicht vollständig barrierefrei sein, so dass teil- und zeitweise Rollstuhlplatten ausgelegt werden müssen. Es gibt in allen Bühnenzelten rollstuhlgerechte Bereiche.

Durch Kooperationen, unter anderem mit dem Martinsclub und verschiedenen Projekten, wird kontinuierlich daran gearbeitet, das Festival noch barrierefreier und zugänglicher zu gestalten. Beim Summersounds-Festival kann aufgrund der Gegebenheiten eines Stadtteilstestes nicht alles vollständig barrierefrei und eben sein. Auch hier wird laufend an Konzepten und in Zusammenarbeit mit dem Martinsclub an der Weiterentwicklung und Verbesserung gearbeitet. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Vielen Dank, Herr Staatsrat, es freut mich, dass wir da zumindest angefangen haben! Ich habe mit großer Freude

wahrgenommen, dass der Schaustellerbund im Bund einen Meinungsaustausch mit Behindertenverbänden durchgeführt hat, und ich weiß gar nicht, ob auch Behindertenbeauftragte dabei waren. Wissen Sie, ob es in Bremen auch einen solchen Dialog gibt?

Staatsrat Jan Fries: Es ist mir nicht bekannt, ob es einen solchen Dialog gibt, ich bin mir sicher, dass die Wirtschaftssenatorin in der Wirtschaftsdeputation darüber berichten wird.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Mir ist sehr bewusst, dass Sie hier ja nur einen Teil der Zuständigkeit repräsentieren, von daher bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Anregung zu Ihrer Kollegin mitnehmen und einen solchen Austausch vielleicht anregen, auf dem kurzen Dienstweg, vielleicht mit einem Kollegen hier aus dem Parlament. Ist Ihnen bekannt, Herr Staatsrat, wie wir Hinweise auf die Barrierefreiheit von Buden, von Fahrgeschäften, von Zelten oder Bühnen kommunizieren?

Staatsrat Jan Fries: Auch dazu kann ich keine Auskunft geben, sondern gebe das weiter an die Kollegin.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgitt Pfeiffer (SPD): Ich gestehe, ich habe einmal ein bisschen herumgeschaut und gesehen, dass das größte Volksfest – so proklamiert es sich wenigstens – in München eine hervorragende öffentliche Kommunikation über die Barrierefreiheit insgesamt hat. Könnten Sie sich vorstellen, dass wir unsere eigenen Feste auch entsprechend etwas besser kommunizieren?

Staatsrat Jan Fries: Ich glaube, aus der Antwort ist deutlich geworden, dass es ein großes Bestreben gibt, die Barrierefreiheit als wichtiges Thema und Qualitätsmerkmal unserer Volksfeste zu etablieren, dass wir das auch in den Richtlinien festgelegt haben und es als einen kontinuierlichen Prozess verstehen, da besser zu werden, und das macht auch nur Sinn, wenn Leute das nutzen können. Dafür muss man das bewerben, und das ist sicher auch ein Qualitätsmerkmal.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 3: Verantwortung für Drogenprobleme am Bahnhof übernehmen!

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP

vom 10. November 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie nachhaltig war die große Reinigungsaktion im Parkhaus am Bahnhof, und wie sieht seither die tägliche Kontrolle aus, damit das Parkhaus künftig sauber bleibt?

2. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass ein privater Garagenbetreiber, der für die Stadt Infrastrukturvoraussetzungen schafft – zum Beispiel für den geplanten Busbahnhof –, nun ganz allein die Folgekosten von mangelnden Unterschlupforten für Drogenabhängige und Obdachlose tragen muss?

3. Wie begründet der Senat im Detail den Entschluss des Senats, dass Drogenkonsumräume in der Friedrich-Rauers-Straße aus Kostengründen erst 2024 entstehen sollen, angesichts der Tatsache, dass die Bahnhofssituation in der Bevölkerung als zentrales Thema von Politikversagen wahrgenommen wird und angesichts der Tatsache, dass niemand Auskunft über eine zukünftige Kostenentwicklung überhaupt geben kann?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Parkhaus ist aktuell, das heißt, Stand der 48. Kalenderwoche, in einem akzeptablen Zustand. Der Ordnungsdienst sowie die Polizei haben das Parkhaus in den letzten Wochen regelmäßig, teilweise sogar täglich, überprüft. Nachdem das Parkhaus durch das Ordnungsamt geschlossen wurde, erfolgte eine Reinigung durch die Betreiberin, sodass das Parkhaus wieder geöffnet werden konnte. Leider hatte sich der Zustand des Parkhaus-

ses nach der Schließung nicht nachhaltig verbessert, sodass durch das Ordnungsamt eine Anhörung der Betreiberfirma erfolgte. Nachdem daraufhin eine tägliche Reinigung sowie Betreuung durch einen Sicherheitsdienst umgesetzt wurde, stellte sich eine Verbesserung ein. Ordnungsrechtliche Platzverweise, eine Videoüberwachung und Hausverbote durch den Betreiber haben darüber hinaus zu einer erheblichen Verbesserung der Situation geführt. Das Ordnungsamt wird den Prozess weiter überwachen und eng begleiten.

Zu Frage 2: Bei dem Garagenbetreiber handelt sich um ein privatwirtschaftliches Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht. Soweit privater Raum für Dritte geöffnet wird, sind grundsätzlich Verkehrssicherungspflichten zu beachten. Aus staatlicher Sicht ist darüber zu wachen, dass entsprechende Sorgfaltspflichten nicht derart missachtet werden, dass Gefahren entstehen. Das Ordnungsamt ist in diesem Fall eingeschritten, weil eine akute Gefahr für die Nutzer:innen bestanden hat.

Zu Frage 3: Der Senat hat bereits im September 2020 durch eine Übergangslösung in Containern mit vier Plätzen zum intravenösen und zwei Plätzen zum inhalativen Konsum einen provisorischen Konsumraum geschaffen. Der Senat bedauert, dass sich die Planungsphase für die Bündelung der niedrigschwelligen Drogenhilfeangebote des derzeit noch am Bahnhofplatz angesiedelten Kontakt- und Beratungszentrums sowie der Angebote des Drogenkonsumraums in einer festen Immobilie in der Friedrich-Rauers-Straße länger als vorgesehen hinzieht.

Zuletzt wurde ein zur Unterzeichnung fertiger Mietvertrag durch die Vermieterin wider Erwarten nicht unterzeichnet. Die Vertragsverhandlungen hierzu werden mit hoher Priorität fortgesetzt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Dieser Garagenbetreiber betreibt ja auch in anderen Städten Garagen. Da hat er aber solche Probleme nicht, und die Probleme, die er hat, sind ja dadurch entstanden, dass der Senat im Grunde einfach der Situation nicht Herr geworden ist. Ist es dann nicht unfair, dass man diese Kosten allein diesem Betreiber, den man wünscht, den man haben möchte, der Infrastrukturvoraussetzungen schafft und so weiter, die ganzen Kosten aufdrückt?

Staatsrat Olaf Bull: Nein, ich finde es nicht unfair, weil es nicht so ist, dass er alleingelassen wird. Die Polizei bestreift den Bereich enger, und es werden viele Gespräche geführt. Nichtsdestotrotz, es scheint ja eine Gewinnerzielungsabsicht zu geben, und er will das Parkhaus nicht aufgeben, insofern muss er sich auch selbst an die Verkehrssicherungspflichten halten und sich an den Aktionen beteiligen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Jens Eckhoff. – Bitte sehr!

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Herr Staatsrat, ich bin gerade etwas über Ihre Antwort zur Friedrich-Rauers-Straße gestolpert, da haben Sie den Mietvertrag angesprochen, der durch den Vermieter nicht unterzeichnet wurde. Dieser Vorgang hat ja schon häufiger im Haushalts- und Finanzausschuss eine Rolle gespielt. Können Sie uns einmal sagen, von wann der Stand ist und warum der Mietvertrag nicht unterschrieben wurde?

Staatsrat Olaf Bull: Mein Stand ist der von der Befassung des Senats am letzten Dienstag. Sie haben eine Antwort auf die Große Anfrage zum Drogenkonsum erhalten. Ich kann Ihnen nur berichten, dass die Vermieterin tatsächlich zunächst zurückgetreten ist, aber man versucht, sie wieder an den Verhandlungstisch zu bekommen, und das Gesundheitsressort ist da sehr hinterher, weil dem Ressort die Erwartungshaltung des Parlaments auch sehr bewusst ist.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Zumindest von der Mehrheit des Parlaments! Ja, diesem ist aber ja schon eine Vorgeschichte vorausgegangen: Es gab ja schon erheblichen Nachhilfeunterricht von staatlichen Stellen, dass dieser Mietvertrag überhaupt erarbeitet werden konnte. Das hat schon, wie gesagt, eine Rolle im Haushalts- und Finanzausschuss gespielt, und vor diesem Hintergrund meine Frage: Könnten Sie vielleicht noch ein bisschen mehr zu den Gründen sagen, die dazu geführt haben, trotz Hilfe durch die Behörden diesen Mietvertrag nicht zu unterschreiben?

Staatsrat Olaf Bull: Ich durfte diesen Nachhilfeunterricht ja nicht genießen, insofern können Sie jetzt keine Erfolgskontrolle erwarten. Ich rege dringend an, das im Rahmen der Aussprache zur Großen Anfrage zu diskutieren.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 4: Beschulung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer, umA, der Einrichtung Alfred-Faust-Straße

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. November 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele der bis zu 40 unbegleiteten minderjährigen Ausländer, die in der Unterkunft an der Alfred-Faust-Straße untergebracht sind, verfügen über einen Vormund, Stichtag 1. November 2022 – bitte aufteilen nach ehrenamtlichem Vormund, sonstigem Vormund und Amtsvormund –?

2. Über wie viele der aufgezeigten Vormünder ist zwischenzeitlich nach Kenntnis des Senats eine Schulanmeldung für ihr in der Alfred-Faust-Straße untergebrachtes jeweiliges Mündel getätigt worden – bitte ebenfalls Stichtag 1. November 2022 –?

3. In welcher konkreten Zeitspanne gedenkt der Senat grundsätzlich sicherzustellen, dass umA, unabhängig von ihrer jeweiligen Unterbringungsform – unter Umständen auch Zelt, Leichtbauhalle, Turnhalle et cetera –, einen ordentlichen Schulplatz zugewiesen bekommen haben?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für 39 der im Zelt in der Alfred-Faust-Straße untergebrachten jungen Menschen wurde durch das Jugendamt die Bestellung eines Vormunds beantragt. Bei einem der jungen Menschen besteht die Zuständigkeit eines anderen kommunalen Jugendhilfeträgers. Mit Stand 22. November 2022 hatten 19 von ihnen einen Vormund. Es handelte sich in allen Fällen um Amtsvormunde. Ist noch kein Vormund bestellt, ist das Jugendamt im Rahmen der Inobhutnahme berechtigt und verpflichtet, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohle des Kindes oder Jugendlichen erforderlich sind.

Zu Frage 2: 39 der in dem Zelt an der Alfred-Faust-Straße untergebrachten unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten wurden durch das Jugendamt Bremen zum Schulbesuch angemeldet. Einer der jungen Menschen unterliegt in einer anderen Kommune der Schulpflicht.

Zu Frage 3: Die Schulplatzsuche für umA erfolgt nach der Schulanmeldung grundsätzlich durch die Erziehungsberechtigten. Derzeit sind die Kapazitäten der Regelschulplätze und Vorkurse aufgrund der anhaltend hohen Zuwanderungszahlen extrem ausgelastet, die Senatorin für Kinder und Bildung arbeitet intensiv und ständig an der Erweiterung dieser Kapazitäten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Versorgung der umA mit Schulplätzen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herr Staatsrat, wie kann es sein, dass Kinder, die unabweisbar schulpflichtig sind und dauerhaft in Bremen verbleiben werden aufgrund der Regelungen, die Sie getroffen haben, über Monate keinen Amtsvormund erhalten – hier sind immer noch 20 ohne Amtsvormund – und damit nach Ihrer Antwort auf Frage 3 nicht für einen Schulplatz angemeldet werden können? Können Sie mir das erläutern? Warum dauert das so lange?

Staatsrat Jan Fries: Wie zu Frage 1 beantwortet wurde, kann, wenn kein Vormund bestellt ist, das Jugendamt in Form der Casemanager alle notwendigen Rechtsgeschäfte tätigen, dazu gehört auch die Anmeldung der Schulplätze. Das wird auch deutlich in der Antwort zu Frage 3, dass für alle 39, für die wir zuständig sind, die Anmeldung für einen Schulplatz erfolgt ist, unabhängig davon, ob der Vormund schon bestellt ist oder nicht. Bei der Bestellung des Vormunds haben wir auch darauf hingewiesen, dass sie alle schon bei dem entsprechenden Gericht angemeldet sind. Die entsprechende Bestellung dauert immer ihre Zeit. Ich würde mir auch wünschen, dass das alles schneller geht, aber es ist zu jedem Zeitpunkt gesichert, dass die notwendigen Rechtsgeschäfte und Erklärungen für die Jugendlichen abgegeben werden können.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Warum brauchte es die ständigen Nachbohrungen der CDU, damit jetzt das Bildungsressort, ohne dass

das ordnungsgemäße Verfahren abgearbeitet worden ist, allen 40 umA einen Schulplatz zugewiesen hat?

Staatsrat Jan Fries: Das ist eine Mutmaßung, dass das an Ihrer Intervention liegt, die ich nicht kommentiere.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Diese Mutmaßung wurde bestätigt in der letzten Sitzung der Bildungsdeputation.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sieht die Bildungsressortin offenbar anders!)

Deswegen: Warum ist es an der Stelle dem Sozialressort in den Abläufen nicht wichtig, das schnell abzuarbeiten, und warum arbeitet hier das Bildungsressort im positiven Sinne sehr viel unbürokratischer und hilft?

Staatsrat Jan Fries: Also die Unterstellung weise ich hiermit ausdrücklich zurück!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Beide Häuser haben zu keiner Zeit Zweifel daran gelassen, dass die Beschulung ein unheimlich wichtiger Faktor ist, und in unseren Verfahren erfolgt die Anmeldung zur Schule sehr zeitnah, wenn der Übergang von der vorläufigen Inobhutnahme nach § 42a entweder in die Inobhutnahme nach § 42 oder die Unterbringung nach § 34 erfolgt, wie gesagt, unabhängig davon, ob ein Vormund bestellt ist. Dann ist auch der Prozess an das Bildungsressort weiter geklärt.

Trotzdem müssen wir doch zur Kenntnis nehmen, was in diesem Jahr passiert ist, nämlich dass sich mit einem sehr kräftigen Zuzug aus der Ukraine und auch weiteren Zuwanderungsgeschehen die Anzahl der Kinder, die in Vorkursen unterrichtet wird, dieses Jahr verdoppelt hat, und ich finde es eine beachtliche Herausforderung an neuen Kursen, die das Bildungsressort schon geschaffen hat. Dass das leider noch nicht für alle Kinder gelungen ist, ist bedauerlich, aber es liegt nicht daran, dass sich dort niemand kümmert, sondern da wird hart gearbeitet, und ich bin zuversichtlich, dass wir das

gemeinsam im Schulterschluss unserer beiden Ressorts hinbekommen. Sie können den Keil suchen, den Sie da hineintreiben: Es gibt ihn nicht!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 5: Ausfall der Beschulung von Kindern mit Behinderung und Assistenzbedarf
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Yvonne Awerwaser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 10. November 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Welche Vorkehrungen wurden für diesen Winter neu getroffen, um nicht selbst erkrankten Kindern mit Assistenzbedarf auch bei zunehmenden Corona- und Grippeerkrankungen den Besuch von Schule, Kita und Fördereinrichtungen durchgängig zu ermöglichen?

2. Wie legitimiert der Senat, dass die Erfüllung der Schulpflicht für Kinder mit Behinderung in Bremen wesentlich öfter und schneller ausgesetzt wird, als für Kinder ohne Behinderungen?

3. Gibt es Eltern, die wegen wiederholten Schulausfalls durch abwesende Assistenzen, Lehrer oder Lehrerinnen oder weitere betreuende Personen für ihre Kinder den Klageweg beschritten haben, und welche Bedeutung misst der Senat solchen Verfahren bei?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zum Ausgleich von Erkrankungen von Lehrkräften ist eine Vertretungsreserve in Höhe von sechs Prozent vorgesehen, beim nicht unterrichtenden pädagogischen Personal beträgt diese 15 Prozent. Im Bereich des nicht unterrichtenden pädagogischen Personals im Ganztags wird zudem

aktuell an der Einrichtung eines Vertretungspools gearbeitet.

Im Krankheitsfall von Assistenzkräften sind die Träger der Assistenzleistungen verpflichtet, schnellstmöglich Vertretungspersonal zur Verfügung zu stellen.

Die optimierte Personalversorgung in den betroffenen Beschäftigtengruppen ist Gegenstand einer behördeninternen Taskforce, die kurzfristige und schnell wirksame Maßnahmen zur Problemlösung entwickeln und umsetzen wird.

Neben der Möglichkeit, Lehrkräfte über die Stadtteilschule bei Vertretungsanlässen zu beschäftigen, soll in erster Linie Teilzeitbeschäftigten, die circa 50 Prozent der Gesamtzahl ausmachen, unkompliziert und schnell die Möglichkeit gegeben werden, ihr Unterrichtsdeputat aufzustocken. Darüber hinaus werden Seiteneinstiegs- und Quereinstiegsprogramme ausgeweitet

Im Assistenzbereich werden Ansätze des Poolings und der systemischen Bereitstellung von Assistenzleistungen erprobt, um Ressourcen effektiver nutzen zu können. In der ersten Jahreshälfte 2023 wird den Deputationen und dem Jugendhilfeausschuss eine erste Auswertung vorgestellt. Des Weiteren wird insbesondere die Möglichkeit der Steigerung von Ausbildungskapazitäten im Bereich der Sozialpädagogischen Assistenzkräfte geprüft.

Zu Frage 2: Die Schulpflicht wird in Bremen weder für Kinder mit noch für Kinder ohne Beeinträchtigungen ausgesetzt. Dennoch kann nicht in jedem Fall sichergestellt werden, dass es im Zusammenhang mit Unterrichtsausfällen auch stets eine Vertretungslösung gibt. Da Schüler:innen mit Assistenzbedarf in stärkerem Maß der Unterstützung pädagogischen Personals bedürfen, sind sie hiervon in etwas stärkerem Maß betroffen.

Zu Frage 3: Klageverfahren wegen wiederholten Schulausfalls durch abwesende Assistenzen, Lehrer oder Lehrerinnen oder andere betreuende Personen sind nicht anhängig und wurden auch in der Vergangenheit nicht geführt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Frau Senatorin, wie sieht es in der aktuellen Krankheitswelle

mit dem Schulbesuch von Kindern mit Assistenzbedarf aus? Ist davon auszugehen, dass diese Krankheitswelle sie in Bezug auf Schulausfall doppelt betrifft, zum einen, wenn sie selbst krank sind, und zum anderen, wenn die Assistenzen krank sind?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Wenn Kinder krank sind, dann können sie nicht zur Schule gehen, ganz unabhängig von den Beeinträchtigungen, die sie in die Schule mitbringen, und wir erleben, womöglich auch Sie in Ihrem Bekannten- und Familienkreis ja auch, dass im Moment – Herr Strohmann hustet auch schon gleich passend zum Thema!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, das ist Raucherhusten!)

Das ist natürlich eine schwierige Situation, weil die Kinder dann auch Unterricht und all das andere, was sie in der Schule erfahren, eben nicht mitbekommen und mitnehmen können, und das betrifft die Kinder dann auch noch einmal wieder in unterschiedlicher Art und Weise.

Wenn Personal in den Schulen, die für die Beschulung der Kinder da und verantwortlich sind, krank wird, dann leidet darunter insbesondere in der Situation, die wir im Moment haben – dass wir eben die dünne Personaldecke entsprechend versuchen müssen, so weit zu ziehen, dass wir den Unterricht so weit wie möglich abdecken –, natürlich auch die Versorgung der Schulkinder. Die Kinder mit Beeinträchtigungen sind, ich würde nicht sagen, doppelt betroffen, aber natürlich fällt es schwerer, diese Kinder zu beschulen und ihnen Unterricht angedeihen zu lassen, wenn die Lehrkräfte krank sind – so wie bei allen anderen Kindern auch, also wenn die Klassenleitung nicht da ist, dann kann Unterricht zum Teil nicht stattfinden, wenn es nicht schnell genug eine entsprechende Vertretung gibt –, und zusätzlich, wenn die persönliche Assistenz dieses Kindes krank ist, aber der Unterricht ansonsten stattfindet, weil die Lehrkräfte nicht krank sind. Dann werden zwar die anderen Kinder ohne Beeinträchtigung beschult, aber bei diesem Kind ist es schwieriger, zumindest dann, wenn der Träger der Assistenzleistung nicht schnell eine Vertretung organisieren kann, weil entweder der Vertretungspool erschöpft ist oder, was ja im Moment an der einen oder anderen Stelle leider auch der Fall ist, weil auch die Vertretungskraft erkrankt ist.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Gibt es zurzeit Kinder, die unabhängig von der Krankheitswelle nicht zur Schule können, weil es nicht ausreichend Assistenzkräfte gibt – also nicht, weil die Assistenzkräfte krank sind, sondern weil wir zu wenige davon haben –, und wenn das so ist, von welcher Größenordnung reden wir? Wie viele Kinder sind es ungefähr, und von welchem zeitlichen Rahmen sprechen wir mit Blick auf den Unterrichtsausfall?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Eine konkrete Zahl muss ich Ihnen nachliefern, die habe ich jetzt tatsächlich nicht parat.

(Zuruf)

Na ja, wenn diese Frage schriftlich gestellt worden wäre, dann hätten wir uns natürlich bemüht, die Frage hier auch im Parlament gleich zu beantworten und möglichst mit einem zeitnahen Stand, das ist ja selbstverständlich. Dass mir mein Haus noch nicht aufgeschrieben hat, um wie viele Kinder es in dieser Frage geht, da bitte ich das Parlament, es mir nachzusehen, und, wie gesagt, das liefern wir gern nach.

Aber ja, es ist so, dass viele Stellen für persönliche Assistenzen bei den Trägern zurzeit nicht besetzt werden können, weil eben auch in diesem Bereich geeignetes Fachpersonal fehlt, wie in ganz vielen Sozial- und Erziehungsberufen, und wenn keine Vertretung und kein Ersatz da ist, führt das natürlich dazu, dass in vielen Fällen in den Schulen oder auch in den Kitas die Kolleginnen und Kollegen versuchen, das selbst im Kollegium aufzufangen. Wenn das aber tatsächlich nicht möglich ist, führt das dann dazu, dass die Kinder weniger Schule genießen können, als andere.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Also wir dürfen ja Nachfragen stellen, wir können ja gar nicht alles schriftlich einreichen. Jetzt aber doch noch einmal konkreter: Sie haben vorhin beschrieben, dass es für Kinder mit Behinderung auch mit Blick auf die Krankheitswelle, die wir jetzt haben, mit Blick auf Coronaerkrankungen/Grippeerkrankungen – das war ja auch meine Frage – schwierig ist, die Schule zu besuchen, haben mir aber keine Zahlen genannt. Könnten Sie das bitte in dem Fall nachholen für Kinder mit Behinderung, die jetzt während der Krankheitswelle nicht zur Schule können?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Auch das ist ja ein relativ volatiles System, weil kurzfristig natürlich auch Vertretungskräfte von den Trägern gestellt werden. Da handelt es sich dann auch um sehr unterschiedliche Zeiträume und unter Umständen eben auch tageweise, deswegen kann ich jetzt hier keine aktuelle Zahl nennen und sagen, wie viele Kinder das in welchem Zeitraum betrifft. Aber auch das ist ein bisschen schwierig, da müsste man wahrscheinlich einen Durchschnittswert bilden, um darüber dann entsprechend zu informieren.

Jetzt kann ich natürlich zusagen, dass wir auf eine entsprechende Berichtsbite dazu in der Deputation für Kinder und Bildung einen Bericht geben werden, wie wir immer gern Berichte zu Ihren Berichtsbitten geben, aber dann müssten Sie sich das möglicherweise von Ihren Kolleginnen aus der Deputation für Kinder und Bildung berichten lassen. Natürlich wollte ich nicht sagen, dass ich nur das beantworte, was schriftlich gefragt wird, ich habe nur gedacht, ich wollte eine Erklärung dafür liefern, wenn die Kollegin Frau Bergmann zumindest zum Ausdruck bringt, dass es vielleicht seltsam sein könnte, dass ich die Zahlen nicht parat habe.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Darf ich darum bitten, in dem Bericht dann nicht nur mit blumigen Worten zu beschreiben, was wir eigentlich schon wissen, sondern tatsächlich auch ein bisschen Zahlenfutter mitzuliefern?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Darum dürfen Sie selbstverständlich bitten!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 6: Wer baut in Bremen Sozialwohnungen?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 10. November 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Sozialwohnungen wurden seit 2018 jährlich, Stichtag 31. Oktober 2022, fertiggestellt?

2. Wie viele dieser Sozialwohnungen, bitte jährlich und getrennt aufschlüsseln, wurden a, von privaten Investoren und b, von der GEWOBA und BREBAU zur Verfügung gestellt – bitte für die GEWOBA und die BREBAU zusätzlich angeben, ob es sich um eigene Bauprojekte oder Ankäufe von Sozialwohnungen privater Bauherren handelt –?

3. Wie viele Sozialwohnungen werden durch welche Wohnbauprojekte der GEWOBA und der BREBAU voraussichtlich im nächsten Jahr entstehen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau berichtet halbjährlich der zuständigen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung zum Umsetzungsstand der Wohnraumförderung und jährlich dem Senat. Im Jahr 2018 wurden 93, im Jahr 2019 433, im Jahr 2020 225, im darauffolgenden Jahr 2021 66 und 2022 199 Wohnungen fertiggestellt.

Zu Frage 2: Von der GEWOBA wurden 2018 keine geförderten Wohnungen, 2019 376, 2020 169, 2021 45 und im Jahr 2022 179 geförderte Wohnungen erstellt. Von der BREBAU wurden im Jahr 2018 keine geförderten Wohnungen erstellt, im Jahr 2019 wurden 23, 2020 41 und in den Jahren 2021 und 2022 keine geförderten Wohnungen erstellt. Es handelt sich bei allen Projekten der GEWOBA und der BREBAU um eigene Bauprojekte, in denen die Gesellschaft jeweils die Bauherrin ist und die Wohnungen plant.

Im Jahr 2018 sind 83 geförderte Wohnungen durch Dritte, also private Investoren, erstellt worden, 2019 waren es 34, im Jahr 2020 15, 2021 21 und im Jahr 2022 20 geförderte Wohnungen.

Die Wohnraumförderung spricht grundsätzlich nicht nur die städtischen Wohnungsgesellschaften an. Gerade durch die Sozialwohnungsquote ist der Kreis der Förderungsnehmer:innen deutlich vergrößert worden. Dies ist auch weiterhin das Ziel der Bremer Wohnraumförderung, sowohl in der klassischen Wohnraumförderung, aber auch bei der Ver-

längerung von Miet- und Belegungsbindungen sowie dem neuen Förderbaustein „mittleres Preissegment“.

Zu Frage 3: Nach jetzigem Planungsstand werden im nächsten Jahr 82 geförderte Wohnungen seitens der GEWOBA fertiggestellt. Bei der BREBAU werden voraussichtlich keine geförderten Wohnungen fertiggestellt. Zur Wohnraumförderung angemeldet und damit in Planung oder im Bau sind bei der GEWOBA derzeit 24 Projekte mit insgesamt 923 Wohnungen.

Bei der BREBAU werden im Jahr 2023 voraussichtlich keine geförderten Wohnungen bezugsfertig, aber die BREBAU hat zwei Projekte mit insgesamt 18 Wohnungen zur Förderung angemeldet. Diese befinden sich derzeit im Bau, geplante Fertigstellung ist 2024. Die BREBAU plant auch noch weitere Projekte, zum Beispiel auf dem Ellener Hof, diese haben allerdings noch nicht den Planungsstatus erreicht, als dass eine konkrete Anmeldung für die Wohnraumförderung sinnvoll wäre. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Im Jahr 2019, als die BREBAU gekauft wurde, wurde uns gesagt, dass man sie auch aus dem Grund kauft, weil man dadurch den sozialen Wohnungsbau stärken könnte. Sehen Sie es so, dass diese Zahlen, die Sie mir jetzt genannt haben, ausreichend sind, oder könnte die BREBAU noch mehr Wohnungen im sozialen Wohnungsbau bauen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich teile Ihre Einschätzung und auch das Ziel, dass sich die BREBAU im Segment sozialer Wohnungsbau engagieren soll, das macht sie, aber auch noch vermehrt soll, aber ich hatte ja in meiner Antwort auch vorgelesen, das macht sie auch weiterhin, wie zum Beispiel beim Ellener Hof. Ich glaube, man muss einmal sehen, die GEWOBA macht das natürlich, da haben wir Zahlen, 769 Wohnungen waren es in der Zeit, wenn ich mich nicht verzählt und verrechnet habe. Im Vergleich dazu hat die BREBAU da deutlich weniger Wohnungen realisiert, aber ich habe ja gesagt, die BREBAU plant auch weitere Projekte. Die GEWOBA macht das natürlich schon sehr viel länger, aber klar ist ein Ziel, mit der BREBAU den sozialen Wohnungsbau auch weiter auszuweiten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Im letzten Bündnis für Wohnen äußerte sich der neue Chef der GEWOBA dahin gehend, dass die GEWOBA in Zukunft ihren sozialen Wohnungsbau zurückschrauben will. Ist das richtig?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich glaube, das muss man noch einmal in dem Kontext sehen. Es ging darum, wer sich im sozialen Wohnungsbau in Bremen engagieren soll, und er hat gesagt, er kann nicht alles auffangen, was private Investoren nicht realisieren. Wir haben ja gesetzlich eine Quote für Sozialwohnungen von 30 Prozent festgelegt, und das Petitum des neuen Vorsitzenden war, dass die GEWOBA das nicht alles allein schaffen kann, aber die Realität ist im Moment, dass viele private Investoren kommen und sagen, das solle doch bitte die GEWOBA für sie in neuen Quartieren richten, oder das soll die BREBAU richten. Aber der soziale Wohnungsbau spricht auch die privaten Investoren an, und das war das Petitum des Vorsitzenden.

Man kann nicht von der GEWOBA allein erwarten, dass sie das alles allein baut. Warum? Aus den gleichen Gründen, wie im Moment auch die privaten Bauherren und Investoren Probleme haben: Auch die GEWOBA muss Gelder in die Hand nehmen. Sie muss das Ganze finanzieren, sie leidet unter den hohen Zinsen, unter den hohen Bau- und Energiekosten wie alle anderen, und deswegen kann sie nicht der einzige Akteur in Bremen sein – oder mit der BREBAU zusammen –, der für den sozialen Wohnungsbau zuständig ist. Insofern hat er gesagt, ja, sie müssen es reduzieren, weil sie die Kosten sonst gar nicht mittragen können.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Auch, als die Debatte damals um die BREBAU ging, wurde gesagt, dass man die BREBAU und auch die GEWOBA dafür nutzen will, wenn jetzt sehr viele Wohnungen aus der sozialen Bindung auslaufen, wie es ja in den nächsten Jahren der Fall ist, durch die GEWOBA und die BREBAU sicherzustellen, dass die Mieten nicht steigen. Ist das immer noch der Wunsch der BREBAU und der GEWOBA?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wir haben ja – und das weiß jeder, Ihr Kollege Herr Eckhoff sitzt

ja auch im Aufsichtsrat der GEWOBA – Mietsteigerungen im ganz normalen Segment. Das wird man immer haben, also keine Miete bleibt auf Dauer auf dem gleichen Niveau, sondern natürlich – wir haben die Sanierung der Bäder und anderes –, wenn neu vermietet wird, ist damit auch immer eine sehr moderate Mietsteigerung verbunden. Insofern stimmt die Aussage von Ihnen nicht, dass die Mieten nie steigen werden, aber dass die Mieten weiter in einem geringen Umfang steigen werden und bezahlbar und dann auch im unteren Mietsegment bleiben, ist, glaube ich, das erklärte Ziel von beiden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU]: Das war übrigens kein Ausspruch von mir, sondern diese Aussage kam aus der damaligen Debatte vom damaligen Bürgermeister, Frau Bürgermeisterin! Nein, weitere Fragen habe ich nicht! – Vielen Dank!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 7: Geschwindigkeitsbegrenzung für Radfahrende innerhalb von Begegnungsräumen, -zonen zur Unfallrisikominimierung!

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 14. November 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit gibt es in Bremen Geschwindigkeitsbegrenzungen für den Radverkehr innerhalb von Begegnungsräumen, -zonen oder schwer einsehbaren Bereichen?
2. Inwieweit plant der Senat, ein solches Instrument zur Risikominimierung von Unfällen mit Radfahrern und Fußgängern einzuführen oder auszubauen, und wie bewertet der Senat ein solches Instrument hinsichtlich der zunehmenden Durchschnittsgeschwindigkeit des Radverkehrs?
3. Wie hoch schätzt der Senat den Aufwand zur Einführung und Kontrolle von Geschwindigkeitsbegrenzungen innerhalb von Begegnungsräumen, -zonen oder schwer einsehbaren Bereichen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es existieren keine Geschwindigkeitsbeschränkungen innerhalb von Begegnungsräumen, -zonen oder schwer einsehbaren Bereichen für den Radverkehr in Bremen.

Zu Frage 2: Eine Einführung von Geschwindigkeitsbeschränkungen ist nicht geplant. Eine Einführung wäre in jedem Fall nur dort denkbar, wo eine besondere Gefahrenlage vorliegt. Hierzu gibt es in Bremen keine Hinweise.

Zu Frage 3: Für eine abschließende Antwort sind noch rechtliche Fragestellungen zu klären. Eine aktuelle Gerichtsentscheidung aus Berlin hält Geschwindigkeitsbeschränkungen für Radfahrer:innen bei vorhandener Gefahrenlage grundsätzlich für zulässig. Eine prophylaktische Einführung in Begegnungsräumen oder den anderen genannten Bereichen ist ausgeschlossen.

Die Polizei Bremen verfügt über verschiedene technische Systeme, die eine Messung von gefahrenen Geschwindigkeiten von Kraftfahrzeugen rechtssicher ermöglichen. Zur Messung von Geschwindigkeiten bei Radfahrenden käme nur eine Messung mit einem Handlasermessgerät infrage. Alle anderen Messgeräte sind ungeeignet. Mit einem Handlasermessgerät müsste direkt auf eine Reflektionsfläche beim Rad gezielt werden. Die erforderliche Reflektionsfläche eines Fahrrads ist jedoch, wenn sie überhaupt vorhanden ist, erheblich zu klein. Dadurch und auch aufgrund der technisch bedingten Streuwirkung eines Handlasermessgeräts würde eine eindeutige, zwingend nötige Zuordnung schwierig. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ja, vielen Dank für die kompakte Antwort! Wie schätzen Sie denn die Situation ein, dass Fahrräder ja nun zunehmend auch immer höhere Geschwindigkeiten fahren können – da muss man ja gar nicht an Pedelecs denken, die ja, ich glaube, bis 25 km/h fahren können, sondern auch an schnelle Rennräder und so weiter – und wir teilweise in gewissen Straßen sogar Schrittgeschwindigkeit für Autos haben,

während die Fahrradfahrer dort mit 25 km/h entlangschleichen können, obwohl sie keine Knautschzone haben und noch nicht einmal einer Helmpflicht unterliegen. Wird es nicht Zeit, einmal darüber nachzudenken, da auch für eine gewisse Gleichbehandlung beziehungsweise auch einen Schutz der Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer durch Geschwindigkeitsbegrenzungen zu sorgen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wir haben uns heute Morgen in der Vorbereitung auf die Frage noch einmal ganz genau die Straßenverkehrsordnung angeschaut. Da, wo es für Autos Geschwindigkeitsbeschränkungen gibt – also in Spielstraßen ist Schrittgeschwindigkeit –, gilt das auch für Fahrräder. Es gilt für alle Verkehrsteilnehmer, also da, wo 50 gilt, darf das Fahrrad auch nicht 60 fahren, und da, wo 30 erlaubt ist, darf das Fahrrad auch nicht 40 fahren. Ich gehöre nicht zu denen dazu, die das hinbekommen, aber andere mit einem E-Bike können solche Geschwindigkeiten erreichen, das heißt, da gibt es die Gleichbehandlung zwischen Radfahrern und Autofahrern schon.

Ich teile aber Ihre Einschätzung – und deswegen beschäftigen sich ja jetzt auch schon Gerichte mit solchen Fragestellungen –, dass, anders als in der Vergangenheit, gerade mit E-Bikes enorme Geschwindigkeiten erreicht werden können und man deswegen noch einmal ganz genau schauen muss. Es geht auch darum, Fahrradfahrende untereinander zu schützen, also jemand, der mit einem E-Bike andere überholt, muss natürlich sicherstellen, dass sie auch nicht gefährdet werden. Insofern teile ich die Auffassung, dass sich mit der Einführung der E-Bikes da eine neue Fragestellung ergeben hat, aber Fahrräder werden nicht übervorteilt im Vergleich zu Autos, das war ja Ihre Frage. Das Gleiche gilt für Autofahrer wie für Fahrradfahrer.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ich habe noch eine Nachfrage zur Konkretisierung: Teilen Sie denn meine Einschätzung, dass Fahrradfahrer einfach aufgrund des mangelnden Schutzes darum herum natürlich noch einmal anders gefährdet sind und sich im Straßenverkehr auch gegenseitig anders gefährden, auch noch einmal beispielsweise Fußgänger anders gefährden, wenn sie mit 25 km/h irgendwo entlangfahren, als es vielleicht bei einem Auto der Fall ist, gerade im Hinblick darauf, dass ja beispielsweise Fahrradwege oft neben Fußwegen verlaufen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Die Einschätzung teile ich, Herr Schäck, und das ist der Grund, warum wir Radpremiumrouten bauen und warum wir Protected Bike Lanes einrichten: um Fußgänger und Fahrradfahrer auseinanderzubringen und nicht mehr wie jetzt bisher, klassisch den Fußweg und den Radweg nebeneinander zu haben, nur mit unterschiedlichen Farben auf dem Pflaster. Gerade mit den Protected Bike Lanes trennen wir alle Verkehrsteilnehmenden zum größeren Schutz, und bei den Radpremiumrouten ist ja gerade der Sinn, dass es breitere Fahrradwege gibt, damit sich Lastenräder, E-Bikes und andere Fahrräder auch überholen können, ohne sich gegenseitig zu gefährden. Ich freue mich aber, dass Sie das jetzt auch teilen und endlich den Sinn von Radpremiumrouten erkannt haben!

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Schäck, ich sehe ein fragendes Lächeln in Ihrem Gesicht.

(Heiterkeit)

Ist das korrekt? Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ich weise diese Unterstellung zurück, aber nehme diese politische Einschätzung zur Kenntnis! – Herzlichen Dank!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 8: Zustandsbewertung von öffentlichen Gebäuden in Bremen!

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 14. November 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie regelmäßig und in welcher Tiefe erfolgt eine objektive Zustandsbewertung und -erfassung von öffentlichen Gebäuden?
2. Welche objektiven Kennzahlen und Daten werden für die Zustandsbewertung der Gebäudebestände in Bremen verwendet?
3. Inwiefern ist die objektive Zustandsbewertung und -erfassung digitalisiert, und inwieweit werden Algorithmen zur Zustandsbewertung verwendet?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Martin Hagen.

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Immobilien Bremen als Eigentümervertreterin des Sondervermögens Immobilien und Technik kommt der Verpflichtung nach, durch turnusmäßige Begehung der Objekte im Dreijahresrhythmus eine Datenlage über den baulichen Zustand der Gebäude zu schaffen. Bei der Zustandsbewertung Bau handelt es sich um ein Werkzeug zur Bewertung des Gebäudebestands, welches unter anderem zur strategischen Planung der Bauprogramme herangezogen wird. Dabei wird der Gebäudezustand je Gebäudecode zerstörungsfrei durch Inaugenscheinnahme durch qualifiziertes Personal bewertet, jedoch werden keine weiterführenden Untersuchungen vorgenommen, wie etwa statische Überprüfungen oder Schadstoffuntersuchungen. Betrachtet werden einzelne Bauteile, wie zum Beispiel Dach, Fassade, Fenster und technische Anlagen.

Zu Frage 2: Die Einstufung der Mängel erfolgt in Kategorien eingeteilt von 1 bis 5. Kategorie 1: sehr guter Zustand, kein Sanierungsbedarf. Die Flächen wurden in den letzten Jahren saniert oder sind optisch und technisch in einwandfreiem Zustand. Kategorie 2: guter Zustand, der in den nächsten Jahren allenfalls kleine Arbeiten erforderlich macht. Kategorie 3: mäßiger Zustand, der mittelfristig Arbeiten erfordert. Kategorie 4: schlechter Zustand, der in den nächsten Jahren Arbeiten erfordert. Kategorie 5: Sanierungsbedarf liegt bei 100 Prozent beziehungsweise sehr schlechter Zustand. Der bauliche Zustand erfordert dringend größere Reparaturen.

Zu Frage 3: Die Daten der Zustandsbewertung Bau werden digitalisiert in einer Datenbank, genannt ZuBau 2.0, eingepflegt. Für die Bewertung wird kein Algorithmus verwendet, diese erfolgt in Form visueller Betrachtung durch qualifiziertes Fachpersonal. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Erst einmal herzlichen Dank für die Antworten! Sie haben jetzt von den Kategorien gesprochen. Verstehe ich es richtig, dass das den Zustand des Gebäudes im

Hinblick auf den Sanierungsbedarf beschreibt, aber nicht unbedingt den Sanierungsumfang?

Staatsrat Dr. Martin Hagen: Also das sind die Kategorien, wie wir das jetzt, glaube ich, erläutert haben, und dann gibt es durchaus noch Schätzungen, wie viel Geld es kosten würde, das dann entsprechend zu sanieren. Das muss dann wahrscheinlich, das weiß ich jetzt nicht ganz genau, aber ich vermute einmal, mit Quadratmetern oder was auch immer dann der andere Faktor ist –. Dann kommen die Erfahrungswerte dazu, dazu haben wir ja auch neulich im Haushalts- und Finanzausschuss berichtet.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage sind wir am Ende der Fragestunde angekommen. [\(Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite Fehler! Textmarke nicht definiert.\)](#)

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Tami-Oelfken-Grundschule: Dramatischer Einzelfall oder Spitze des Eisbergs?

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Aktuelle Stunde für heute beantragt, weil eine Bremer Schule uns Einblick in ihren Alltagskampf gewährt, indem sie einen Hilferuf in Form einer Überlastungsanzeige an die Senatorin für Kinder und Bildung öffentlich machte. Dieser Hilferuf kommt nicht etwa von einer Schule, die unerschwellig mit Integration oder Inklusion fremdelt, sondern von der Tami-Oettken-Schule, einer Schule, die für ihr inklusives –.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Oelfken!)

Bitte?

(Zurufe CDU, SPD: Oelfken!)

Oelfken! Das ist eine Schule, die für ihr inklusives Schulkonzept bekannt ist und der es damit sogar gelingt, Lehrkräfte für ihre periphere Lage im Stadtteil Blumenthal zu gewinnen. Wenn ein so engagiertes Kollegium um Hilfe rufen muss, dann ist klar: Hier hat sich in unserer Bildungslandschaft inklusive der Bildungsbürokratie eine erhebliche Notlage entwickelt, und die Frage ist, sprechen wir von einem dramatischen Einzelfall, oder ist dies allein die Spitze des Eisbergs im Bremer Schulalltag.

Worum geht es? Das Kollegium der Schule spricht von alltäglichen schwersten sexistischen Beleidigungen gegenüber Lehrkräften und Kindern, von körperlicher Gewalt wie Schlagen, Treten, Beißen gegen Lehrkräfte, Prahlern mit Straftaten. Sie reden bildlich belegt von Zerstörung und Verwüstung von Material, Mobiliar und sanitären Einrichtungen. Wir reden von Arbeitsverweigerung und Ohnmacht, von Zusatzbelastungen durch vermehrte Meldungen von Kindeswohlgefährdung. Sie sprechen auch von Bedrohung durch Eltern. Das Kollegium hat Angst, morgens in die Klasse zu gehen, hat Angst vor drohenden Eltern. Der Berufsalltag ist zum Spießrutenlauf geworden, der Schulalltag dieser Grundschul Kinder ebenso. Hier bekommen wir einen Einblick in ein Schulsystem, das ein Minimum an Betreuung und Schutz häufig nicht mehr leisten kann. Von einer Bildungsatmosphäre kann man hier wohl nicht mehr reden.

Wie konnte es nur zu einer solchen Situation kommen? Das Kollegium zeichnet selbst den Weg in diese Falle: Immer weniger Kinder sprechen die deutsche Sprache, es wachsen die Schülerzahlen ebenso wie der Anteil der Kinder mit sozialemotivalem Förderbedarf. Was dagegen nicht wächst, ist die Anzahl an Fachpersonal, Drittkräften und persönlichen Assistenten. Funktions- und Fachräume werden zu Klassenräumen, eine Mensa gibt es nicht, also werden auch die Mahlzeiten in den Klassen eingenommen. Es gibt trotz Ganztags keine Räume, um den Irrsinn wenigstens zeitweise entzerren zu können.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn ich das höre und lese, bin ich wirklich entsetzt. Meine Fantasie reicht aus, um mir vorzustellen, in welcher Zwickmühle sich dieses Kollegium Tag für Tag befindet und wie es versucht, bis an den Rand seiner körperlichen und seelischen Kräfte dafür zu kämpfen, diesen Kindern gerecht zu werden, an seinem

menschenwürdigen Konzept festzuhalten und wenigstens ein Minimum an Normalität für die Kinder aufrechtzuerhalten. Die Kollegen haben meinen allergrößten Respekt dafür, dass sie sich einen menschlichen Blick bewahrt haben, auch auf die chaotisch agierenden Kinder, und dass sie über die Jahre wiederholt angemessen und ruhig das einfordern, was sie für eine fachkompetente Arbeit benötigen.

(Beifall FDP)

Danke, dass Sie nun, an diesem Punkt angekommen, Ihren dramatischen Hilferuf gestartet haben, der heute auf dem Tisch liegt, denn dazu gehört Mut, insbesondere in Bremen, wo man erleben kann, wie viele Ressourcen eine Bildungsbehörde in Not mobilisiert; nicht etwa, um einer Schule zu helfen, sondern um sie in ihre Schranken zu weisen und zu kontrollieren, wenn allein vereinzelt Mobbingvorwürfe in die Öffentlichkeit kommen!

Tief betroffen und doch wissend, was sich im Bremer Bildungssystem abspielt, hörte sich die Bildungssenatorin in der letzten Woche die Not des Blumenthaler Kollegiums an, übernahm Verantwortung und erklärte, wie das aktuelle Feuer gelöscht, wie kurz-, mittel- und langfristig personelle, bauliche und strukturelle Maßnahmen aussehen werden und wie in Bremen wieder ein Raum für gute Bildung hergestellt werden kann. Ach nein, nicht ganz so! Der Senatorin war die Thematik bereits mehrfach vorgetragen worden. Sie war bereits im Februar bereits vor Ort. Die vom Kollegium geforderten Notwendigkeiten hatte sie seither nicht umgesetzt. Zu hören bekamen wir in der Bildungsdeputation den machtvollen Kommentar der Senatorin: Ich hätte mir auch gewünscht, dass es anders gelaufen wäre.

Liebe Bildungssenatorin, wir erleben Sie erneut als jemanden, der abwiegelt: Die Opposition würde übertreiben wegen Wahlkampf, würde Weltuntergangsszenarien zeichnen. Wir erleben Sie gleichzeitig als Gutmenschen, die Empathie verteilt und reaktiv vielleicht irgendwann in der eingeforderten Form Abhilfe beschleunigen möchten, aber verdammt noch mal, das ist nicht das, wofür Sie in dieses Amt berufen worden sind!

(Beifall FDP)

Sie sind keine Schulsozialarbeiterin, sondern haben eine große Organisation so zu leiten, dass in Bremen Bildung stattfinden kann.

(Beifall FDP)

Löschen Sie doch erst einmal den Brand, bevor Sie sich Gedanken über die Bestückung der Gerätehäuschen machen, und nehmen Sie um der Schulgemeinschaft willen trotz all Ihrer ideologieverbohrtten Pädagogik für die nächsten Monate einmal die Systemsprenger heraus! Bitte, auch um derer selbst willen: Wer nicht gehalten werden kann, der hat auch keinen Halt. Unter diesen Umständen mit diesem mangelhaften Maß an Ressourcen findet keine inklusive Pädagogik statt, sondern so geht Ihnen das Kollegium vor die Hunde und die Schülerschaft auch gleich mit dazu.

Auch, wenn es in dieser Schule hoch erfahrene und gegebenenfalls vielleicht sogar therapeutisch qualifizierte Lehrer und Lehrerinnen geben mag: Man kann dies nicht als Standardausrüstung von Lehrkräften erwarten, und eine Schule ist keine Kinder- und Jugendpsychiatrie und kann auch ein entsprechendes Setting nicht leisten. Für die Schülerinnen und Schüler ist es nicht länger zumutbar, sich Tag für Tag vom frühen Morgen bis in den Nachmittag hinein in einem einzigen Raum aufzuhalten, in dem eine Atmosphäre herrscht, die von Gewaltausbrüchen, Bedrohungen, Verletzungen, Zerstörungen oder massiven sexistischen Beleidigungen geprägt ist, in der sie noch nicht einmal sicher sind, ob diejenige Person ausreichend geschützt ist, die für die Gewährung ihrer eigenen Sicherheit verantwortlich ist.

Stellen Sie sich doch einfach einmal vor, Ihr eigenes Kind würde in diese Schule gehen! Dann käme es vielleicht auch abends fix und fertig nach Hause, ohne allerdings etwas gelernt zu haben, weil es einfach mit dem Überleben beschäftigt war. Wer von uns könnte in einer solchen Atmosphäre lernen? Lernangebote, ganzheitliches Lernen, außerschulische Lernorte: Es bleibt einem einfach alles im Hals stecken.

Frau Senatorin Aulepp, liebe Abgeordnete der Koalition, wir sind in den letzten Monaten unserer parlamentarischen Kontrollverantwortung wieder und wieder dadurch nachgekommen, dass wir mehrere Initiativen eingebracht haben, in denen wir Gewalt an Schulen, Überlastung von Lehrkräften und vieles mehr abgefragt haben. Immer gab es Antworten, die waren glatt wie die stille See, eine heile Bremer Schulwelt wie bei den Kindern aus Bullerbü. Wie kann das sein? Wie passt das zusammen? Hat die Behörde tatsächlich keine Kenntnis von den völlig unverantwortlichen Alltagsdramen, die an unsere Ohren kommen, oder bekommen wir

im Parlament keine wahrheitsgemäßen Antworten? In diesem konkreten Fall hatten Sie ja Kenntnis.

Die FDP hat nachgefragt, weil wir wissen, dass es all die Dinge in Bremen gibt und nicht alle den Mut haben, damit zu Ihnen zu kommen. Wir alle sehen heute deutlich die Spitze des Eisbergs. Schauen wir endlich unter die Wasseroberfläche, damit wir nicht donnernd auflaufen, und bitte beantworten Sie die Fragen, die wir stellvertretend an Sie richten: Wie konnte sich die Lage an der Tami-Oelfken-Schule überhaupt so zuspitzen? Wie steht es um die Lern- und Lebenswelt in Bremer Schulen wirklich? Haben Sie Instrumente, um dies überhaupt zu identifizieren? Ist das Recht auf Bildung in Bremen Realität oder nur noch bürokratischer Wunschgedanke? In welchen Schulen ist Handlungsbedarf, um Lehren und Lernen wieder zu ermöglichen, und ist die Sicherheit, die Würde und der Schutz von Lehrkräften und Schülerschaft noch gewährleistet?

Wie sehen Ihre kurz- und langfristigen Lösungen aus, liebe Frau Aulepp? Ich fordere Sie auf, den Zustand der Schulen in Bremen zu den genannten Indexthemen durch geeignete quantitative und qualitative Instrumente, also zum Beispiel durch eine Befragung von Schulleitungen und Kollegen, flächendeckend zu analysieren, damit in der Folge kurz-, mittel- und langfristige strukturelle Anpassungen erfolgen können, die Lehren und Lernen und Leben auch in herausgeforderten Bremer Schulen wieder möglich machen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Gönül Bredehorst.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die Überlastungsanzeige der Tami-Oelfken-Schule hat uns erneut und besonders plastisch vor Augen geführt, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen Schulleitungen, Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter:innen teilweise agieren müssen und mit wie viel persönlichem Engagement sie dennoch dabei sind, um für ihre Schüler:innen auch unter widrigen Umständen gute Lernbedingungen und Unterricht zu gewährleisten. Sowohl die Schulleitung als auch die weiteren Beschäftigten an der Schule gehen mit dieser Situation sehr konstruktiv um. Dafür will ich ihnen meinen Dank aussprechen!

(Beifall SPD – Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Für die Tami-Oelfken-Schule hat die Bildungsbehörde annehmbare Lösungen gefunden und ist dabei den Wünschen der Schule so weit als möglich gefolgt. Gleichwohl bleibt festzustellen, dass die aktuelle Situation in Schulen für uns alle hier nicht zufriedenstellend ist, aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Schülerinnen- und Schülerzahlen in den letzten Jahren gestiegen sind und auch noch weiter steigen werden. Neben den gestiegenen Geburtenzahlen sind in den letzten Jahren mehr und mehr zugewanderte und geflüchtete Kinder und Jugendliche zu uns gekommen, die das gleiche Recht auf Beschulung haben und in den Schulen kurzfristig aufgenommen wurden und werden. Allein in diesem Jahr wurden bisher circa 2 400 im schulpflichtigen Alter gezählt, von denen circa zwei Drittel bisher in Vorkursen an Regelschulen aufgenommen wurden.

Die Bereitstellung zusätzlicher Raumkapazitäten durch Um-, An- und Neubauten von Schulen sowie von zusätzlichem Fachpersonal ist demgegenüber ein langwieriger Prozess. In der letzten Deputationsitzung wurden uns die Kapazitätsberechnungen für das kommende Schuljahr vorgelegt. Demnach müssen in der Stadt Bremen 39 Klassenverbände mehr in den Grundschulen eingerichtet werden. In den weiterführenden Schulen haben sich die Schülerinnen- und Schülerzahlen nicht sehr erhöht, aber hier ist zu bemerken, dass die Zahl der Kinder mit sozialemotionalem Förderbedarf signifikant zugenommen hat. Dies wird sich auch in den Anforderungen an die in Schulen Beschäftigten niederschlagen. Das sind die Kinder, die wir bereits im System haben und von denen wir wissen, dass sie definitiv einen Schulplatz benötigen.

Durch den Krieg in der Ukraine und Fluchtbewegungen aus weiteren Krisengebieten, da dürfen wir uns nichts vormachen, können noch viel mehr Kinder zu uns kommen. Das können wir aber heute noch nicht absehen und deshalb auch noch nicht planen, so, wie wir auch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine nicht vorhersehen konnten. Was aber jetzt schon absehbar ist, ist, dass die vorhandenen Kapazitäten in Form von Räumlichkeiten an den bestehenden Schulen nicht ausreichend sind und uns gleichzeitig auch Lehrkräfte fehlen werden.

So viel zur Analyse der jetzigen Situation, und jetzt zu den Lösungsansätzen! Keine Frage, wir müssen unsere Schulplätze noch schneller ausbauen. Wir

werden nicht umhinkommen, jeden Standort einzeln zu betrachten. Interimsmäßig müssen wir hier auch weiterhin auf Mobilbauten setzen, um kurzfristig zusätzliche räumliche Kapazitäten zu schaffen. Mittelfristig muss eine Steuerung über eine Neuordnung des Einzugsgebietes erfolgen, wenn neue Schulen entstanden sind, und wir müssen schnellstens mehr Köpfe in die Schulen bekommen, um die Qualität zu halten und auszubauen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Als SPD setzen wir kurzfristig unter anderem auf die Ausweitung von Einstiegs- und Quereinsteigerprogrammen sowie auf eine schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und längerfristig auf Kapazitätserhöhungen im Bereich der Lehrerbildung an der Universität und am Landesinstitut für Schule. Unserer Auffassung nach müssen prioritär die Schulen als Erstes betrachtet werden, die sowieso schon den Sozialindikator 5 haben, also ohnehin schon als sehr belastet gelten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dann muss auch dort kurzfristig eine Entlastung in Form von Mobilbauten oder anderen räumlichen Möglichkeiten gebaut werden, genauso müssen an diesen Schulen mehr Kräfte eingesetzt werden. Als am wichtigsten aber erachten wir die Kommunikation mit den betroffenen Schulen. Sie kennen am besten ihre Möglichkeiten und wissen, was für ihre Schule funktioniert oder auch nicht.

Meine Damen und Herren, wir werden nicht zum letzten Mal über dieses Thema gesprochen haben, und ich möchte doch jetzt auf die Rede von Frau Bergmann eingehen!

(Zurufe FDP)

Nein, ich musste so anfangen, weil das, was Sie gerade erzählt haben, natürlich etwas damit zu tun hat, dass die Tami-Oelfken-Schule sich zu Recht beschwert hat, dass so viele Faktoren zusammengekommen sind, damit es zu dieser Überlastungsanzeige kommt, und das hat etwas mit Räumlichkeiten zu tun.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Liebe Frau Bredehorst, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Bergmann?

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Selbstverständlich!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bitte, Frau Bergmann!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehen Sie denn die Begründungen für diese aktuelle Situation allein in diesen externen Dingen, oder sehen Sie auch eigenes Versagen der Behörde?

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Ich sehe kein eigenes Versagen der Behörde.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Vielen Dank!)

Was ich sehe, ist, dass wir – –.

(Abgeordnete Antje Grotheer [SPD]: Frau Bergmann, Sie müssen die Antwort schon noch abwarten!)

Was ich sehe, ist, dass wir darauf bedacht sind, inklusiv zu arbeiten. Dass das an der Tami-Oelfken-Schule, ich sage einmal, eskaliert ist, wollte ich ja gerade erzählen, dass da sehr viele Faktoren zusammenkommen, die da zum einen wären die Räumlichkeiten und natürlich die soziale strukturelle Zusammensetzung des Quartiers, und dann natürlich, dass dort Lehrkräfte fehlen. Ich meine, das alles ist einfach eine explosive Mischung. Diese Schule hat nicht seit gestern den Sozialindikator 5, den hat sie schon sehr viel länger, und das hängt natürlich damit zusammen, was für Kinder dort ankommen. Ich sage einmal, diese Eskalation, die dort jetzt war – –. Ich weiß, wovon Sie reden, Sie reden von Protokollauszügen – –.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Nein, ich rede davon, dass man nicht zurückgemeldet hat! – Zurufe)

Ich rede jetzt, Frau Bergmann!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Frau Bergmann, Sie müssen sich schon an die Gepflogenheiten unserer Geschäftsordnung halten!

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Das ist schwer! – Zurufe – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Dann kann sich Frau Bergmann auch wieder hinsetzen!)

Ich habe noch die Sitzungsleitung! Sie haben somit diese Frage beantwortet, so verstehe ich das, Frau

Bredehorst, oder wollen Sie weiter darauf eingehen?

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Ja, von mir aus! Ich mache jetzt gleich weiter, wenn Frau Bergmann sich hingesetzt hat.

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Frau Bergmann, Sie können sich hinsetzen, aber ich bitte darum, dass Sie zukünftig, wenn Sie eine Frage stellen, auch so lange warten, bis die Frage beantwortet ist! Das gehört sich so. Bitte schön, Frau Bredehorst, fahren Sie fort!

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Ich gehe davon aus, dass das Vorkommnis in der Tami-Oelfken-Schule eher ein Einzelfall ist in der Dimension, wie es da stattgefunden hat. Sie haben aus Protokollen zitiert. Das betrifft drei Schüler und Schülerinnen. Ich finde, das können Sie nicht verallgemeinern, und Sie können nicht davon ausgehen, dass es in der Dimension an allen Schulen solche Kinder gibt.

(Abgeordneter Uwe Felgenträger [L.F.M]: Nein, aber bald! – Zurufe)

Davon würde ich nicht ausgehen.

Es war für mich auch schwer, diese Protokolle zu lesen, denn immerhin sprechen wir über Grundschüler und Grundschülerinnen, und das finde ich unglaublich. Ich finde, diese Kinder brauchen eine besondere Hilfe und eine besondere Unterstützung, und deshalb kam auch in meiner Rede vor, dass insbesondere an die Schulen mit dem Sozialindikator 5 – und da habe ich natürlich über die Tami-Oelfken-Schule gesprochen – viel mehr Köpfe gehören. Ich finde, an der Stelle hat die Senatorin nach diesem Hilferuf sehr adäquat reagiert,

(Zuruf Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU])

und da wird Hilfe geleistet. – Ich danke Ihnen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

(Zurufe)

Schön, wenn Sie sich freuen, Frau Ahrens!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Moment fehlen gerade 19 Abgeordnete der Regierungskoalition in einer Aktuellen Stunde, in der es um das Herzensthema Bildung geht, das angeblich Rot-Grün-Rot ein Herzensanliegen ist. Hier die Realität!

(Beifall CDU, FDP – Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Frau Ahrens, ich unterbreche sehr ungern, aber die Abgeordneten, die hier fehlen, fehlen alle entschuldigt. Sie sind krank, und Sie wissen, es geht gerade eine Grippe-welle um.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Und haben ihre Laptops hiergelassen!)

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Die Laptops haben sie hier vergessen. Das ist der Grund, das haben wir nachgezählt.

Bevor ich nun inhaltlich in die Debatte der Aktuellen Stunde einsteige, möchte ich mich als Erstes beim Kollegium der Tami-Oelfken-Grundschule bedanken. Einen solchen Brandbrief, eine Überlastanzeige eines gesamten Kollegiums gemeinsam auf den Weg zu bringen, ist kein leichter Schritt. Es ist ein Hilferuf, der unweigerlich öffentlich wird, der den hektischen, aber umso intensiveren Scheinwerfer politischer und journalistischer Aufmerksamkeit auf einen richtet und – auch das dürfen wir hier im Parlament nicht vergessen – der zusätzlich belastet.

Danke, dass Sie sich getraut haben, stellvertretend für die vielen anderen Schulen auf das Thema aufmerksam zu machen und sich damit vehement für die Ihnen anvertrauten Kinder einzusetzen! Man mag nur erahnen, wie viele Monate kräftezehrender Arbeit dem vorausgegangen sind. Niemand kann Ihnen vorwerfen, dass Sie nicht mit genug Herz und Energie bei der Sache waren. In den Dank möchte ich den Schulleiternvertreter Herrn Terkes ausdrücklich einschließen.

(Beifall CDU)

Es kann aber schlicht nicht ausreichen, denn die gesetzten Rahmenbedingungen, das, was wir machen, machen es Ihnen unmöglich, einen inklusiven Grundschulunterricht wirklich zu organisieren, den eigenen pädagogischen Ansprüchen gerecht zu werden, damit er den Namen auch verdient.

Womit wird die Tami-Oelfken-Grundschule seit Jahren konfrontiert? Die Schule ist im Gebäude auf zwei Klassenzüge pro Jahrgang ausgelegt, und noch in diesem Sommer wurde uns bei der Schulstandortplanung versichert, ja, es soll bei einer Zweizügigkeit bleiben. Selbst noch letzten Monat wurde meiner Nordbremer Kollegin Frau Hornhues in der Deputation geantwortet: ja, grundsätzlich dauerhaft zweizügig, aber Abfederung temporärer Spitze, einmal vierzügig. Die Aussage war nichts wert, weder die Aussage in Schriftform – sie hielt keine vier Monate – noch die Aussage in der letzten Deputation, sie hielt nicht einmal einen Monat. Wir erfuhren nämlich nun am 30. November, fünf Klassen sollen aufgenommen werden; und es setzt sich fort, denn dieser Kinderreichtum ist schon sehr lange vor Ort. Wir haben in den letzten fünf Jahren Überlast in dieser Grundschule gehabt: jedes Jahr dreizügig, ein Jahr vierzügig. Wir haben Grundschüler, die die Schule inzwischen verlassen haben, die in ihrer gesamten Grundschulzeit nichts anderes, als Ihre temporäre Spitze kennengelernt haben, auf Neudeutsch: Verdichtung, Überforderung und Überfüllung.

Es ist nicht irgendeine Schule, über die wir hier sprechen, meine Damen und Herren. Dieser Standort ist einer der Standorte mit den meisten Kindern mit Inklusionsbedarf im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung in ganz Bremen. Zwei Drittel der Schülerschaft gehen und lernen in sogenannten W+E-Klassen. Dazu kommen noch rund 30 Prozent Schüler:innen ohne Anerkennung, aber mit eindeutigem Förderbedarf.

Jetzt reichte es auch dem Schulleitersprecher der Tami-Oelfken-Schule, und er reichte eine Petition ein, in der er beklagt, dass die Differenzierungsräume für die Beschulung der Kinder im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung in Klassenräume umfunktioniert werden sollen. Das Gleiche gelte für Musik- Zirkus- und Bewegungsräume sowie die Bibliothek. Immer mehr Kinder werden aufgenommen – inzwischen 19 Prozent mehr –, ohne dass das Raumangebot entsprechend ausgeweitet wurde. Es gibt immer mehr Innenverdichtung, inzwischen essen die meisten Kinder in ihren Klassen.

Der Mensabau – jahrelang versprochen und in Hochglanzbroschüren der Behörde quasi schon gebaut – steht immer noch nicht. Gefordert wurde er erneut in der Überlastanzeige. Das können Sie nachlesen, das ist keinen Monat alt. Nun, kommen wird er nicht, wie uns auf unsere Berichtsbitte am 30. November schriftlich mitgeteilt wurde, und das

in einer derzeit verbindlichen Ganztagsgrundschule! Wie weit hat sich die Behörde eigentlich von den pädagogischen Konzepten der Ganztagsbeschulung entfernt? Die CDU-Fraktion sieht das anders: Mensa, Differenzierungsräume, Rückzugsmöglichkeiten für Kinder mit inklusivem Förderbedarf sind essenziell und nicht verhandelbar.

(Beifall CDU)

Nun also erneut eine angebliche kurzfristige Abfederung von temporären Spitzen! Die letzte dauert schon fünf Jahre.

Inzwischen wissen wir, dass es nicht nur an dieser Schule so ist, denn man kann sagen, temporäre Spitze ist eine freundliche Umschreibung für die Tatsache, dass Bremen es einigen Schulen überlässt, die Hauptlast der Integration und Inklusion zu tragen, ohne ausreichende Ressourcen wohlgemerkt. Fakt ist, dass der propagierte Spruch „kurze Beine, kurze Wege“ in den sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen dazu führt, dass in den Schulen oftmals nur noch Betreuung und eben nicht gute Bildung geleistet werden kann. Sie nennen diese Quartiere verniedlichend Willkommensstadtteile. Willkommen fühlen sich aber weder die Fachkräfte in den Kitas noch in den Grundschulen.

Die Eltern verstehen dank der nicht mitgeteilten Vertretung in der Zeit des Unterrichts und der KompoLei-Zeugnisse gerade bei Sprachbarrieren oft erst zu spät, was die Probleme bei ihren Kindern sind. Im Ergebnis bleiben Bildungschancen ganzer Schülerkohorten und des Personals auf der Strecke.

Es brodelt auch nicht erst seit gestern, ich zitiere aus einem Brandbrief: „Kinder können ihr Lehrpotenzial nicht ausschöpfen. Auffälligkeiten aufgrund mangelnder Förderung wachsen zu Störungsbildern. Die Teilhabe an Bildung und Gesellschaft wird nicht gewährleistet. Die inklusive Beschulung erweist sich bei den Kindern, die in besonderem Maße davon profitieren, als nicht ausreichend.“ Wissen Sie, von wem und von wann dieses Zitat stammt? Aus dem Jahr 2016! Es war eine Bestandsaufnahme aller Grundschulen und des ReBUZ im Bremer Westen, und zwar dem gesamten Bremer Westen. Dem ging übrigens ein Brandbrief der Gröpelinger Kitas aus dem Jahr 2013 voraus, das sogenannte 7-Punkte-Papier, das Frau Krümpfer und ich nur noch zu gut kennen, ein Papier, das ich übrigens als Einstandsgeschenk Ihrer Vorgängerin Frau Dr. Bogedan mitgebracht habe.

(Abgeordneter Muhammet Tokmak [SPD]: Ja, wo sind wir eigentlich hier?)

Getan hat sich allerdings nichts, meine Damen und Herren. Neun Jahre später kann man sagen, Ihre Überwindung der sozialen Spaltung ist krachend gescheitert.

(Beifall CDU, L.F.M.)

Sie lassen die sogenannten Willkommensstadtteile und ihre Einrichtungen im Stich.

Der Inklusion erteilte dieser Brandbrief schon im Jahr 2016 ein vernichtendes Zeugnis, ich zitiere: „Anstelle einer Fortentwicklung und Stabilisierung in vielen Bereichen haben wir eine Verschlechterung wahrgenommen.“ Bereits 2016 wurde mitgeteilt, dass Regelschüler – das ist ein ganz wichtiger Punkt – aufgrund der hohen Unterstützungsbedarfe der anderen nicht ausreichend unterstützt werden können und unter ihren Möglichkeiten bleiben. Das sei insbesondere unter dem Blickwinkel der Bildungsgerechtigkeit fatal.

(Beifall CDU)

Recht haben sie!

Nun haben sich die gleichen Gröpelinger Grundschulen erneut im Bildungsausschuss des Gröpelinger Beirats zu Wort gemeldet. In der Deputation trauen sie sich das schon gar nicht mehr. Der „Weser-Kurier“ titelte am 19. November im Hauptteil: „Wir sind völlig verzweifelt! Hilferuf aus den Gröpelinger Grundschulen!“; die gleichen Grundschulen, die übrigens auch im Jahr 2016 unterschrieben haben, das hat sich nicht geändert.

Der Brandbrief aus dem Jahr 2016 wurde erneut bekräftigt. Es war von immer mehr Grundschulern die Rede, die, obwohl hier geboren, nicht die deutsche Sprache sprechen, die keine Kita besucht haben, die nicht gelernt haben, zuzuhören. Es wurde von Kindern gesprochen, wie sie auch die Tami-Oelfken-Schule betreut, die traumatisiert sind, soziale emotional auffällig, denen Strukturen fehlen oder die schlicht einfach Hunger haben. Praktisch alle Grundschulen im Bremer Westen können von unterbesetzten Lehrerkollegien und einem hohen Krankenstand berichten. Es fehlen Klassenleitungen, Assistenzkräfte, Sozial- und Sonderpädagoginnen.

Inzwischen verweigert der Senat uns sogar die Aussage, wie es im Detail personell in den Schulen

aussieht, wie uns süffisant in der Antwort auf unsere Nachfrage zur Personalsituation an Bremer Schulen, Drucksache [20/1574](#), mitgeteilt wurde. Das ist Ihr Verständnis von Transparenz und demokratischer Kontrollfunktion! Wir als CDU-Fraktion haben ein anderes, und wir werden uns entschieden dagegen wehren.

(Beifall CDU)

Bürokratische Hürden und langwierige Prozesse verhindern, dass die Unterstützung und Hilfe bei den Kindern tatsächlich ankommt. Wenn das Behindertenteilhabegesetz in der Konsequenz dafür sorgt, dass persönliche Assistenten nach § 35a oder IHTE-Plätze in den Schulen nur noch von den Eltern selbst im Behördendschungel Bremens durchgekämpft werden können, wird die Hilfe bei diesen Kindern in der Tami-Oelfken-Schule und in anderen sogenannten Willkommensstadtteilen nicht mehr ankommen. Entsprechende Hilferufe aus Kattenturm, aus Bremen-Nord und dem Bremer Westen erhalten wir zurzeit.

Nehmen Sie das ernst! IHTE-Plätze wurden geschaffen, um Kindeswohlgefährdung zu unterbinden, um Fremdplatzierungen zu vermeiden, also die Herausnahme von Kindern aus der Familie. Nehmen Sie das ernst, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Liebe Frau Senatorin Aulepp, Sie tragen die Verantwortung für die Rahmenbedingungen, unter denen das engagiert arbeitende Team der Schule sich seinem Alltag stellen kann und muss. Sie tragen gemeinsam, nicht allein, mit Ihrer Kollegin vom Sozialressort – und da schaue ich jetzt ganz direkt die Grünen an – die Verantwortung dafür, dass jedes Kind dieser Stadt die Bildung und die Hilfe findet, die es braucht, um nach seinen Talenten und vor allem mit größtmöglichem Schutz heranzuwachsen.

(Beifall CDU)

Bitte ersparen Sie mir künftig ideologische Träume von gelingender Inklusion, wenn die Realität in den Klassen ganz anders aussieht! Wir haben keine Evaluation, wie die Doppelbesetzung denn auch tatsächlich erfolgt. Wir wissen an vielen Stellen, dass wir mehr Platz brauchen, eine ansprechendere Lernumgebung brauchen, aber wo ist denn schon umgebaut, um genau das umzusetzen? Übrigens auch Forderungen, die die Tami-Oelfken-Schule

jetzt stellt: Es braucht umgebaute Flure zu Bewegungslandschaften, es braucht Lernbüros, es braucht Lernecken in den Fluren bei der Enge, die wir haben.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Ja, bekommen sie doch!)

Versprochen wurde das jetzt erstmalig, nachdem sie fünf Jahre Überlast hatten mit der Fünfzügigkeit. Hoffen wir, dass das nicht so endet wie der Mensabau, als Hochglanzbroschüre in irgendeinem Behördenpapierkorb! Ihre Schulen platzen wie Ihre Kitas aus allen Nähten.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Ach so, das sind unsere Kitas!)

Ein paar Mobilbauten hier, ein umgebauter Förderraum da, das sind keine nachhaltigen Lösungen für so drängende Probleme!

Jetzt komme ich zu Ihnen, Frau Bredehorst!

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Das lohnt sich doch sowieso nicht!)

Wieso stritt sich Wissenschaftsstaatsrat Cordßen-Ryglewski in der letzten Fragestunde mit unserem Geburtstagskind Herrn Zimmer und mir überhaupt, ob der Studiengang Sonderpädagogik an der Uni Bremen ausgeweitet werden muss? Hören Sie den Schulen überhaupt nicht zu? Lesen Sie keine Zeitung? Da hören wir jeden Tag vom Mangel. Bewerber:innen abzuweisen, die diesen Studiengang gern aufnehmen würden, und noch nicht einmal über eine Ausweitung nachzudenken, wie uns hier vorn von Herrn Cordßen-Ryglewski mitgeteilt wurde, das kann es nicht sein! Reden Sie im Senat miteinander, reden Sie innerhalb der SPD miteinander, dann kommt ja vielleicht auch einmal etwas Gutes dabei heraus!

(Beifall CDU)

Abschließend: Wir brauchen die am besten ausgestatteten Kitas und die besten Schulen in den sozioökonomisch benachteiligten Quartieren, Ihren sogenannten Willkommensquartieren. Das Gegenteil ist derzeit der Fall, und BRISE, Ihr Konzept zum Thema frühkindliche Bildung stärken, hat ganz deutlich gesagt: Ist das so, dann hat das einen strukturell bedingten Nachteil, und dieser strukturell bedingte Nachteil ist das Versagen rot-grün-roter Regierungspolitik. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleg:innen, liebe Gäste! Wir diskutieren hier heute über den Hilferuf aus dem Kollegium der Tami-Oelfken-Schule, und es ist uns völlig klar, dass dieser Hilferuf sehr ernst genommen werden muss. Die engagierten Kolleginnen an der Schule, aber auch in den anderen Grundschulen in der Umgebung dürfen in dieser schwierigen Situation nicht alleingelassen werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Es muss endlich und schnell Entlastung organisiert werden, und die Senatorin hat in der Sitzung der Deputation für Kinder und Bildung in der letzten Woche kurz- und mittelfristige Maßnahmen in Aussicht gestellt, um die Situation an dieser Schule zu verbessern. Das ist gut so, und ich hoffe sehr, dass sie zumindest kurzfristig Entlastung an die Schule bringen, bevor dann die längerfristigen Maßnahmen greifen, die auch erwähnt wurden, wie die Errichtung der Mobilbauten oder die noch längerfristige Maßnahme, die Neugründung der Grundschule an der Cranzer Straße zum Sommer 2024.

Es muss aber schon die Frage gestellt werden, warum es erst des öffentlichen Hilferufs der Schule bedarf. Wieso haben die verschiedenen Termine der Schulaufsicht mit der Schule nicht schon früher zu Entlastungsmaßnahmen aus dem Bildungsressort geführt? Es ist die Aufgabe und Verantwortung der Schulaufsicht, die Qualität und den Betrieb der Schulen sicherzustellen. Wenn diese wie im Fall der Tami-Oelfken-Schule klar gefährdet sind, dann stellt sich uns die Frage, warum hier nicht früher gehandelt wurde.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Da muss dann auch die Frage gestellt werden, ob die Schulaufsicht ihrer Rolle gerecht wird und woran es liegt, wenn sie das nicht wird. Aus den Schulen bekomme ich oft zu hören – was ja auch ein Vorwurf der Tami-Oelfken-Schule war –, wenn Kommunikation über die Schulaufsicht mit der Behörde passiert, sei es bei Schulbauten, sei es bei anderen Konzepten, dass dann die Rückmeldung immer einmal wieder monatelang auf sich warten

lässt. Ich glaube, das ist ein Kommunikationsproblem, das gerade vorherrscht, das unbedingt gelöst werden muss, denn es ist ja völlig klar, dass nicht jedes Problem, das auftaucht, sofort gelöst werden kann. Es kann nicht überall sofort ein Mobilbau errichtet werden oder eine zusätzliche Lehrkraft gefunden werden, aber es ist wichtig, dass die Schulen wissen, woran sie sind, und ich glaube, dass wir da unbedingt zusehen müssen, dass da die Kommunikation in Zukunft besser wird,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

denn diese Fragen müssen wir ja auch unbedingt in einem größeren Kontext sehen.

Es wurde jetzt auch schon in verschiedenen Redebeiträgen angesprochen: Wir haben den Fachkräftemangel auf allen Ebenen, der in den Schulen voll durchschlägt. Gleichzeitig steigen die Schüler:innenzahlen durch höhere Geburtenraten, aber auch durch die vielen Schülerinnen, die nach Deutschland flüchten, an. Gleichzeitig haben die Schulen, die Kollegien und die Schülerinnen die Nachwirkungen der Coronapandemie, die auch noch immer nicht überwunden sind, die sich sicherlich auch noch einige Zeit auswirken werden und dazu führen, dass einige Kollegen und Schulen sich durchaus überlastet oder der Überlastung nahe fühlen, was dann eben zu Krankheitsfällen führt, die dann diese Belastung noch einmal steigern.

Das sind Fragen, große Fragen, die nicht einfach zu lösen sind. Das sind riesige Herausforderungen für das Ressort und für die Senatorin, die ein beherrztes Vorgehen erfordern, die an vielen Stellen auch angegangen werden, überhaupt keine Frage, die aber definitiv nicht leicht zu lösen sind. Es reicht eben nicht, die Probleme zu benennen und dann zu sagen, die Lösung wäre doch so einfach, bringt doch einfach mehr Fachkräfte in die Schulen, macht doch einfach die Schulen größer, indem ihr anbaut, und dann sind die Probleme nicht mehr da. So einfach, liebe Abgeordnete der CDU, geht es nicht!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Die Belastungen für die Schulen sind enorm, und wir müssen uns fragen, wie können wir sie entlasten, zumal wir ja auch wissen – und das ist ja auch in allen Redebeiträgen bisher klar geworden –, dass die Belastungen in den Stadtteilen wie in Lüssum-Bockhorn, die Ankunftsquartiere sind, wo viele der Geflüchteten ankommen, wo besonders viele Kinder in den Stadtteilen jetzt sind und dann

natürlich in die Schulen drängen und die Schülerinnen selbst auch noch einmal mehr Unterstützung brauchen, weil sie in schwierigen Lebenssituationen sind, weil sie in vielen Fällen schlimme Sachen erlebt haben – . Das zusammen mit den beengten Verhältnissen, mit der Aufmerksamkeit für sie, die vielleicht im Familienumkreis auch nicht so da ist, führt ja dazu, dass diese Schülerinnen dann auch noch einmal besondere Bedarfe mitbringen und auch häufig ein auffälliges Verhalten im sozialemotionalen Bereich haben, das noch einmal deutlich größer ist. Das zusammen dann mit der Aufgabe, all diese Schülerinnen in diesen Stadtteilen unterzubringen, führt dazu, dass die Grundschulen oder dann auch die weiterführenden Schulen mehr Klassen aufnehmen sollen.

Im Moment haben wir das insbesondere an den Grundschulen, und es ist ja so, wenn sie mehr aufnehmen müssen, fallen Räume weg. Es ist einfach nicht möglich, gleichzeitig über die Sommerferien anzubauen. Auch bei den Mobilbauten gibt es im Moment lange Wartezeiten von, ich glaube, jetzt einem Dreivierteljahr.

(Senatorin Sascha Karolin Aulepp: 13 Monaten!)

Von 13 Monaten, also wahnsinnig langen Zeiten! Trotzdem ist diese Aufgabe ja da, die Schülerinnen aufzunehmen. Wenn die Schülerinnen aufgenommen werden, was gut ist – und da gilt unbedingt auch der Dank diesen Schulen und den Kolleginnen, die bereit sind, sich nicht vor dieser Verantwortung zu drücken, sondern die Schülerinnen aufzunehmen, zusätzliche Klassenverbände einzurichten –, dann rückt eben alles zusammen, und das führt zu Konflikten, das ist völlig klar.

Die Tami-Oelfken-Schule ist jetzt, was das betrifft, besonders betroffen. Ursprünglich war die Zweizügigkeit für diese Schule vorgesehen,

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Nicht mehr!)

mittlerweile ist sie drei-, vierzügig und eventuell zum nächsten Schuljahr sogar fünfzügig.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Das wurde doch gerade beschlossen! Das ist doch nicht – –!)

Na gut, aber wir haben ja immer noch Schwankungen, und einmal wird es dann weniger, einmal wird es mehr.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Na, so läuft es ja nun gerade Gott sei Dank nicht!)

Wir können ja nicht voraussehen, wie im nächsten halben Jahr die Umzüge sind, Frau Ahrens, das wissen Sie auch, und dass es da hinterher immer noch Anpassungen gibt, ist ja auch nichts Neues. Wahrscheinlich wird es fünfzügig, so ist es derzeit beschlossen, da haben Sie recht, aber wie die Situation dann aussieht, werden wir sehen.

Diese Schule, die jetzt so viel mehr Schülerinnen aufgenommen hat, die ein wirklich tolles Kollegium hat, multiprofessionell aufgestellt, mit vielen Professionen, so, wie es sich andere Schulen ja auch wünschen würden, dieses Kollegium der Schule kommt jetzt an seine Grenzen. Das ist besonders deshalb dramatisch, weil diese Schule ja ein richtig gutes Konzept hat, um mit diesen Schülerinnen, mit all ihren Belastungen, mit den Rucksäcken, die sie mit in die Schule bringen, umzugehen. Wenn aber dann die Differenzierungsräume, die Bewegungsräume und so weiter genutzt werden müssen, um andere Schülerinnen unterzubringen, dann funktioniert das Konzept nicht mehr. Das ist die dramatische Situation, die wir da haben, und das ist der Grund, warum diese Schule an ihre Belastungsgrenze kommt.

Deswegen ist ganz klar, dass die Maßnahmen, die die Senatorin in der letzten Woche in der Deputation benannt hat, jetzt schnell umgesetzt werden müssen. Die Differenzierungs- und Bewegungsräume, die weggefallen sind, müssen irgendwie ersetzt werden. Die Schülerinnen brauchen Möglichkeiten, sich zu bewegen, sie brauchen die Möglichkeit, auch einmal aus dem Unterricht herausgehen zu können, wenn die Belastung zu groß ist, wenn sie dem Unterricht nicht mehr folgen können, wenn sie mit ihrer Energie irgendwohin müssen.

Vielleicht muss man da auch noch unkonventioneller denken und irgendwie schauen, dass man noch anderes Personal in Schulen bekommt, einen Boxtrainer aus der Umgebung oder so, der einfach einmal dafür sorgt, dass die Kinder sich so richtig auspowern können oder anderes. Da müssen wir noch einmal schauen, wie wir die Sportvereine viel besser einbinden können, um einfach unkonventionell dafür zu sorgen, dass die Kinder, die im Unterricht an ihre Grenzen kommen, die sich einfach austoben müssen, diese Möglichkeiten auch bekommen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ganz klar, das möchte ich ganz klar in Richtung Frau Bergmann entgegen: Exklusion ist nicht die Lösung, um mit diesen Problemen umzugehen,

denn was wollen Sie denn mit diesen ganzen Schülerinnen machen?

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Sollen die jetzt auch noch zu Hause sitzen? Das kann nicht die Lösung sein! Wir müssen zusehen, dass wir diese Probleme, die es dort gibt, vernünftig in den Schulen auffangen.

Das übergeordnete Ziel, das darüber steht, dürfen wir dabei nicht aus den Augen verlieren, und das möchte ich hier noch einmal betonen: Wir haben zu viele Schülerinnen in Bremen, die die Basiskompetenzen beim Lesen, Schreiben und Rechnen nicht erreichen, und unser Ziel ist es ja, die Qualität zu steigern. Wenn wir die Qualität steigern wollen, wenn wir wollen, dass das IQHB in Zukunft mit seiner Datenerfassung dann darin mündet, dass Schul- und Unterrichtsentwicklung passiert, dann müssen die Schulen auch eine Entlastung haben, um damit umgehen zu können, und deswegen ist es so wichtig, dass wir Wege finden, damit hier insbesondere diese Schulen, die diese Schülerinnen vor Ort haben, eine Entlastung bekommen, um das zu schaffen.

Da müssen wir uns jetzt die Frage stellen: Wie bekommen wir zum einen mehr Personal in das System? Wir haben hier in der Bremischen Bürgerschaft den Antrag beschlossen, dass der Senat dazu aufgefordert wird, eine Personalbedarfsprognose zu erstellen, die wird jetzt demnächst in der Deputation besprochen. Wir müssen uns aber auch fragen, wie wir es schaffen, eine bessere Verteilung des Personals dorthin zu bekommen, wo es am dringlichsten gebraucht wird,

(Beifall DIE LINKE)

ohne gleichzeitig die Strukturen an anderen Schulen zu beschädigen, also nicht Löcher zu stopfen, indem wir woanders welche aufreißen.

Gleichzeitig dürfen wir es aber auch nicht riskieren, dass wir irgendwie mit Zwangszuweisungen dafür sorgen, dass dann mehr Bewerberinnen in das Umland gehen und wir insgesamt weniger Lehrkräfte haben. Das ist also eine total schwierige Aufgabe, um die ich die Senatorin überhaupt nicht beneide, aber wir müssen sehen, wie wir es schaffen, dass an diesen Schulen, insbesondere denen mit einem hohen Sozialindikator, die Anreize so gesteigert werden, dass Lehrkräfte dahin gehen wollen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Das ist etwas, was wir dann unbedingt auch im Rahmen des Personalbedarfsprognosekonzepts – ich hoffe, das habe ich jetzt richtig gesagt –, auf jeden Fall im Rahmen dieses Konzepts, besprechen müssen. Da gibt es ja Vorstellungen, ohne sie jetzt direkt zu bewerten, da müssen wir noch einmal tiefer hineinschauen, aber Thüringen zum Beispiel macht es jetzt so, dass Lehrkräfte, die an Schulen mit besonders großem Bedarfen wechseln, einen nicht gerade kleinen Zuschlag bekommen, was das Gehalt angeht. Das habe ich jetzt noch nicht mit unserem Finanzsenator besprochen, aber da muss man einmal sehen, was es ist. Oder sind es Entlastungen bei den Stundendeputaten? Das müssen wir uns ganz genau ansehen, das ist nicht leicht, aber da müssen wir unbedingt herangehen, um diese Schulen in Zukunft zu stärken.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Zuruf)

Ich gehe jetzt nicht auf die Sachen ein, die wir in dieser Legislaturperiode vorgebracht haben – Sprachförderkonzept, die Entlastung bei der Beschulung von Schülerinnen mit sozialemotionalen Förderbedarfen –, ich spreche jetzt von den temporären Lerngruppen, vom Ausbau der Bildungsabteilung an den ReBUZ. Diese Sachen müssen unbedingt schnell und tatkräftig vorgebracht werden.

Ich möchte aber zum Schluss noch einmal ein Thema ansprechen, und zwar die Schulsprengel. Ich glaube, Frau Ahrens hat es eben auch erwähnt: Wir wollen natürlich nicht, dass Grundschülerinnen weit durch die Stadt gefahren werden müssen, um zu ihren Schulen zu kommen. Wir wollen, dass Grundschülerinnen im besten Fall wohnortnah eine Grundschule besuchen können. Wir müssen aber trotzdem darauf schauen, ob wir nicht die Organisation der Schulsprengel so besser organisieren können, dass die Durchmischung der Schulen mit den Schülerinnen und ihren einzelnen Herausforderungen besser gelingt, um die großen Herausforderungen, die die Schulen haben, nicht an einzelnen Standorten zu konzentrieren, sondern ein bisschen besser zu verteilen. Das geht natürlich nicht, indem wir Schülerinnen aus Blumenthal an das andere Ende der Stadt nach Mahndorf schicken oder so, sondern wir müssen schauen, dass das natürlich einigermaßen wohnortnah ist. Ich glaube aber trotzdem, dass man mit einer etwas großzügigeren Auslegung der Sprengel eine bessere Durchmischung und so auch relativ kurzfristig Entlastung schaffen kann. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich vielen Analysen und Feststellungen meines Vorredners anschließen und möchte auch noch einmal in meiner Rede auf ein paar strukturelle Fragen eingehen! Zunächst einmal, und das muss man, glaube ich, sagen: Die Situation an der Tami-Oelfken-Grundschule ist dramatisch, und ich glaube, wir waren alle erschrocken, als wir von Angst der Lehrkräfte gelesen haben und auch von Meldungen über Kindeswohlgefährdungen, die sie abgeben müssen.

An dieser Schule ballen sich alle Probleme, die zurzeit im Bremer Schulsystem vorhanden sind: Es gibt zu wenig Räume, und es gibt zu wenig Personal. Gleichzeitig liegt die Schule in einem Quartier, in dem Familien vergleichsweise einfacher bezahlbaren Wohnraum finden. Dementsprechend ziehen dort viele Familien neu hin, auch solche, die eine Flucht- oder Zuwanderungsgeschichte haben, und die Schule muss – nicht nur, aber auch – deswegen schnell wachsen und auch noch zusätzliche Sprachförderung und Traumabegleitung leisten. Die Kinder, die dort zur Schule gehen, kommen mit besonders vielen Paketen auf den Schultern in der Schule an, und beim Tragen, Ertragen und Bewältigen dieser Pakete brauchen sie Unterstützung. Dafür wiederum braucht man Personal mehr als anderswo, man braucht Räume, und man braucht Zeit,

(Beifall DIE LINKE)

alles Dinge, von denen die Tami-Oelfken-Schule zu wenig hat.

Die Schule ist deshalb zunehmend damit überfordert, diesen Kindern die individuelle Unterstützung und Hilfestellung zu geben, die sie benötigen, die sie brauchen und die sie auch verdienen, liebe Kolleginnen und Kollegen. In dieser Problembeschreibung werden sich viele Bremer Schulen wiederfinden, so oder so ähnlich, und wir haben ja auch vom Personalrat Schulen in der letzten Woche in der Bildungsdeputation klar zurückgespiegelt bekommen, dass die beschriebenen Herausforderungen nicht ausschließlich an der Tami-Oelfken-Schule existieren.

Dass es zurzeit überall in Bremen eine große Herausforderung sein kann, zu unterrichten, und in bestimmten Regionen ganz besonders, das wissen wir. Was aber die Tami-Oelfken-Schule besonders macht, ist der Personalmangel, er war in der Statistik der Senatorin für Kinder und Bildung im vergangenen Schuljahr an dieser Schule signifikant höher als an anderen Schulen. Zwar konnten die meisten Stunden über die Stadtteilschule vertreten werden, aber wir wissen ja, was das heißt: Es heißt Studierende statt Lehrkräfte, es heißt viele Kräfte mit Kleinstverträgen anstatt einem festen Personalstamm, und es heißt dann eben auch, wenn es Studierende sind, dass sie wenig Erfahrung im Schulbetrieb haben. Das kann ein Kollegium vor Herausforderungen stellen, die es nicht mehr stemmen kann, von denen eben gerade auch die Tami-Oelfken-Grundschule betroffen ist. Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass die Senatorin für Kinder und Bildung jetzt noch einmal zugesagt hat, diese Schule bei Einstellungen besonders zu berücksichtigen und Personal zuzuweisen. Personelle Stabilität mit gut ausgebildetem Personal ist ein wesentlicher Schlüssel dafür, die Lage an der Schule zu entspannen.

Dann ist es natürlich auch richtig, dass die Senatorin die Priorisierung bei den Mobilbauten zugesagt hat. Auch da waren zu geringe Ressourcen an die Schule gesteuert worden. Das Signal der Politik ist klar: Wir lassen die Schule in dieser akuten Krise nicht allein, der Hilferuf ist gehört worden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Und ja, auch das kann man sagen: Er ist spät gehört worden, aber er ist gehört worden.

Ich zähle jetzt nicht alle Maßnahmen auf. Die Senatorin hat ja ein ganzes Bündel an Soforthilfen zusammengestellt, die in der Deputation für Kinder und Bildung schriftlich vorgestellt wurden, und ich bin mir sicher, dass sie auch gleich noch einmal genannt werden, richtige und wichtige Akutmaßnahmen. Mit dieser Hilfe wird es hoffentlich schnell gelingen, wieder Ruhe in die Schule zu bringen, dort in der Inklusion eine angemessene Förderung sicherzustellen und zum kommenden Schuljahr alle Kinder im Quartier zu versorgen, und zwar gut zu versorgen, und auch die Bedingungen für die Lehrkräfte zu verbessern.

Besonders wichtig ist uns, dass im Sommer 2024 dann die neue Schule an der Cranzer Straße bereits ihre Arbeit in Mobilbauten aufnehmen kann. Das ist relativ schnell, wenn man sich anschaut, wie

Mobilbauten derzeit lieferbar sind und wie lange auch das dauern kann. Dadurch wird die Tami-Oelfken-Schule dann dauerhaft entlastet, und es wird sichergestellt, dass die Schule nicht zu groß wird, denn auch das wurde ja gesagt: Je größer eine Schule ist, mit je mehr Zügen sie arbeiten muss, desto unübersichtlicher wird sie, und desto herausfordernder wird es für Schüler:innen und auch Lehrkräfte an dieser Schule.

Neben diesen Akutmaßnahmen für die Tami-Oelfken-Schule müssen wir aber auch einige generelle Strukturen anfassen, um solche dramatischen Zuspitzungen wie in Blumenthal künftig zu vermeiden. Erstens müssen wir unserer Meinung nach Personal besser über die Stadtgemeinde verteilen. Damit hat die Senatorin für Kinder und Bildung ja bereits begonnen, indem sie Neueinstellungen gezielt an Schulen mit starker Unterversorgung vornimmt. Möglicherweise reicht das aber nicht, denn wir werden auch über temporäre Abordnungen nachdenken müssen, denn es gibt zurzeit einzelne Schulen, an denen trotz Zuweisung der Neueinstellungen immer noch eine deutlich größere Lücke beim Personal besteht als an anderen Schulen.

Außerdem entstehen so Schulen, an denen auch viele jüngere und damit eben auch weniger erfahrene Kolleg:innen arbeiten. Für eine Schule wie die Tami-Oelfken-Schule wäre es aber wichtig, dass dort genügend Lehrkräfte mit längerer Berufserfahrung arbeiten. Deswegen ist es nötig, dass wir über neue Modelle nachdenken. Das kann die Abordnung sein, das kann aber natürlich auch das sein, was der Kollege Herr Hupe gerade gesagt hat und was wir im Kitabereich bereits seit einigen Jahren machen. Dort wird nämlich die tarifliche Zulage nach Gruppe 8 b für die Standorte mit erhöhten Sozialindikatoren gezahlt, und hier müssen wir Anreize schaffen. Wenn die Anreize aber nicht reichen, dann müssen wir auch darüber nachdenken, welche neuen Steuerungsinstrumente wir an dieser Stelle wählen. Ich erwarte dann auch, dass die Opposition die Zustände nicht nur beklagt, sondern dann auch den Rücken gerade macht, wenn es um solche Maßnahmen geht – sowohl haushaltspolitisch als auch steuerungspolitisch –, schulpolitisch an dieser Stelle die Maßnahmen dann auch zu verteidigen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens müssen wir besser darin werden, Interimsstandorte zu gründen und Schulteilungen früh voranzutreiben. Die kommenden Jahre werden ja die Jahre mit den geburtenstarken Jahrgängen,

und wir haben eben auch Zuwanderung, und in einigen Quartieren ist es uns geglückt, mit zusätzlichen Schulgründungen schnell zu reagieren, zum Beispiel an der Grundschule der Walliser Straße, die bereits in der Planung enthalten ist, in Osterholz, oder mit Interimsstandorten, die im kommenden Sommer in der Vahr die Arbeit aufnehmen werden. Über dieses schnelle Agieren, das ja auch eine gewisse Beweglichkeit in der Schullandschaft bedeutet, gelingt das an einigen Standorten, aber es gelingt eben nicht überall.

Der Tami-Oelfken-Schule hätte es sicher geholfen, wenn die Schule an der Cranzer Straße ebenfalls schon im Jahr 2023 an den Start gegangen wäre. Es ist jetzt schon absehbar, dass auch in Gröpelingen und Huchting Interimsschulen nötig sein werden, und da müssen wir schnell die Planung vorlegen, und vor allem müssen wir vorausschauend planen und solche Interimsstandorte bereits vorausschauend einplanen.

Was uns aber insbesondere nicht mehr passieren darf, ist die Umwandlung von Differenzierungsräumen – da bin ich wieder auf der Seite der Räume, nicht auf der Seite des Personals – in reguläre Klassenräume. Die Inklusion kann ja nicht gelingen, wenn zusätzliche Ressourcen wie Förderstunden oder eben auch Differenzierungsräume immer wieder als Verfügungsmasse für den Unterricht missverstanden werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wie es inzwischen ja eine klare Dienstanweisung gibt, dass die Stundenzuweisung für Inklusion nicht für Vertretungsunterricht verwendet werden darf, so muss auch deutlich gemacht werden, dass Differenzierungsräume nicht zu Klassenräumen umgewandelt werden dürfen. Wenn eine Schule zusätzliche Klassenzüge bekommt, dann muss sie auch zusätzliche Räume bekommen, und zwar, wenn nötig, mit Mobilbauten.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Aber genau das passiert doch an der Tami-Oelfken-Schule! Genau deswegen ist doch die Petition eingereicht worden!)

Ich möchte dazu sagen, dass ich es nicht in Ordnung finde – und da schließe ich mich Herrn Hupe an –, Inklusion durch Exklusion zu beantworten oder Inklusion als Ideologie zu bezeichnen. Das haben sowohl Sie, Frau Bergmann, als auch Sie, Frau Ahrens, gerade gemacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Das habe ich nicht gemacht!)

Ich möchte auch noch eine Sache sagen: Bei aller Dramatik und bei allem Schrecken, mit dem wir den offenen Brief aus der Tami-Oelfken-Schule gelesen haben, ich finde, es wird der Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen, der Lehrkräfte an der Schule, auch der Inklusionskräfte an der Tami-Oelfken-Schule nicht gerecht, wenn man von der schlimmsten Schule Bremens spricht, wie es die „Bild-Zeitung“ gemacht hat. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Ja!)

Das diffamiert sowohl die Arbeit und ist irgendwo auch respektlos für die Arbeit, die die Pädagoginnen dort leisten, und es wird auch nicht den Herausforderungen der Schüler und Schülerinnen dort gerecht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Frau Leonidakis, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Bergmann?

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Nein! Ich habe noch Punkte. Sie können ja gleich noch einmal reden, das machen Sie ja sicher!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Sie müssen schon abwarten! Sie haben die Möglichkeit, nach der Rede eine Kurzintervention zu machen. Sie können nicht einfach dazwischensagen, was Sie wollen!

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Sie ist neu! – Heiterkeit – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Aber sie geht auch bald!)

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Drittens muss die Schulaufsicht unserer Meinung nach noch besser darin werden, Schulen in Krisensituationen zu stabilisieren.

(Unruhe)

Es ist ein bisschen laut!

(Zurufe)

Ich will ja Antworten auf die Herausforderungen geben, Frau Bergmann! Drittens muss die Schulaufsicht unserer Ansicht nach schneller und besser darin werden, Schulen in Krisensituationen zu unterstützen, und da, das muss ich deutlich sagen, sind einige Monate vergangen, bis man Maßnahmen an die Tami-Oelfken-Schule gesteuert hat. Wir brauchen zentral vorgehaltene Ressourcen, mit denen an einzelnen Schulen interveniert werden kann, wenn es zu einer akuten Kumulation von Problemen kommt.

Neben dieser akuten Interventionsmöglichkeit müssen wir auch bei der Planung besser werden, das habe ich eben schon angedeutet, und das habe ich auch in der Deputation für Kinder und Bildung gesagt. Wir müssen die Herausforderungen und auch die Bevölkerungsentwicklung besser antizipieren und verhindern, dass solche Versorgungslücken entstehen.

Für die Personalplanung, auch das wurde bereits gesagt, haben wir in der Bremischen Bürgerschaft im Landtag den Senat beauftragt, ein neues Personalentwicklungskonzept für die Schulen vorzulegen. Der Senat soll nicht nur den Personalbedarf an den Schulen neu berechnen, sondern auch kurz- und mittelfristige Maßnahmen benennen, um die Lücken zu schließen. Ich weiß, dass bei der Senatorin für Kinder und Bildung im Haus von Frau Senatorin Aulepp derzeit mit Hochdruck an diesem Konzept gearbeitet wird, und wir sehen der Vorlage Anfang kommenden Jahres mit großem Interesse entgegen. Dann muss aber auch gehandelt werden, und es kann dann nicht Jahre dauern, bis wir die benötigten Studienplätze an der Universität – übrigens auch im Bereich Inklusionspädagogik – oder die Ausbildungsplätze für Erzieherinnen schaffen. Das muss sofort gehen, und das muss auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die Haushaltsverhandlungen abgebildet werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Neben der Personalplanung geht es natürlich auch um die Schulstandortplanung. Vielleicht klingt das jetzt alles sehr technisch, aber natürlich sind das die Weichenstellungen, um neben den notwendigen Akutmaßnahmen, die jetzt getroffen wurden, zukünftig solche dramatischen Umstände an den Schuhen zu verhindern. Ich möchte nur noch einmal sagen, dass die Senatsbaukommission für Schul- und Kitabau da auch tatsächlich einiges in die Gänge gebracht und den Schulbau beschleunigt hat, und es ist auch richtig, dass da auch die Steuerungsprozesse in der Bildungsverwaltung

verbessert wurden. Es gibt immer noch Luft nach oben, wie es so oft und in so vielen Bereichen ist, aber ich glaube, die Strukturen sind da bereits verbessert worden, und da ist auch einiges in Gang gesetzt worden.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte noch einmal auf grundsätzliche Feststellungen eingehen, die Frau Ahrens angesprochen hat, die sogenannten Ankommensquartiere! Ja, es ist ein Problem der sozialen Spaltung, was die Schulen und die Bildungseinrichtungen und die Kitas nur sehr, sehr begrenzt auffangen können. Das ist tatsächlich eine große Herausforderung, und hier müssen wir auch mit neuen Maßnahmen und mit verstärkten Bemühungen in der Stadtentwicklungspolitik herangehen, weil ich glaube, ohne bessere Instrumente, die eine soziale Durchmischung von Stadtteilen herstellen können, werden die Bildungseinrichtungen mittelfristig mit ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen haben. Ich glaube, da ist es wichtig, dass es Lehr- und Lernvorbilder an allen Bremer Schulen gibt und dass es auch eine gemischtere Stadtteilpolitik gibt, die dann eben auch zu gemischteren Bildungseinrichtungen führt und dieser Ballung von bestimmten Herausforderungen auch entgegenwirkt.

Das heißt dann aber auch, liebe Kollegin Frau Ahrens, dass man auch offen sein muss für Debatten zu Mietendeckeln, zur Steuerung zur Bezahlbarkeit von Mieten auch in stadtzentralen Lagen, und da erwarte ich dann auch von Ihnen, dass Sie da so konsequent sind, dann auch zu den Instrumenten, die für mehr bezahlbaren Wohnraum auch in stadtzentralen Gebieten sorgen, Ja zu sagen und nicht nur die Probleme zu beklagen. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Es gibt aber auch noch andere Lösungen, wie zum Beispiel sozialen Wohnungsbau!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich habe eine inhaltliche und eine Strukturanmerkung! Die inhaltliche: Ich habe zu keinem Zeitpunkt Inklusion als Ideologie bezeichnet. Nichts läge mir ferner! Eine gelingende Inklusion ist ein großes Glück und ein großer Segen.

(Beifall FDP)

Zweitens: Ich finde es einfach eine Dreistigkeit, dass Frau Leonidakis so häufig in meinen Debatten versucht, mir das Wort im Mund so umzudrehen, dass am Ende tatsächlich eine Unwahrheit steht und es dann verhindert, dass ich das direkt im direkten Kontext dazu kommentieren kann. Ich finde, es sagt eigentlich einiges über ihre und nicht über meine Person.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Schulen in Blumenthal stehen, das ist hier ja in der Diskussion auch schon deutlich geworden, vor besonderen Schwierigkeiten und Herausforderungen, und diese besonderen Schwierigkeiten und Herausforderungen liegen zum einen an der Randlage von Blumenthal. Innenstadtnähere Stadtteile haben es zum Beispiel bei der Personalgewinnung deutlich leichter, auch wenn man ja sagen muss, dass die Wege zwischen Bremen-Stadt und dem Bremer Norden gar nicht so fürchterlich lang sind, wenn man sich Flächenländer anschaut, aber es ist Fakt, dass da besondere Herausforderungen sind, insbesondere eben in Blumenthal.

Zugleich – auch das ist hier schon deutlich geworden – ist Blumenthal einer der am stärksten gewachsenen Stadtteile, und der Bevölkerungszuwachs, und eben gerade auch mit Kindern, ist nirgendwo so hoch wie in Lüssum, und das ist da, wo die Kinder leben, die zur Tami-Oelfken-Schule gehen. Die tatsächliche Zahl der aufzunehmenden Kinder in Blumenthal – 439 sind zum kommenden Schuljahr bislang für die Tami-Oelfken-Schule angemeldet, im Einzugsgebiet sind es 96 – liegt deutlich höher als prognostiziert. Das liegt aber nicht daran, dass die Prognostizierenden und die Planenden wenig Sachverstand haben, sondern das ist Ausdruck einer extrem hohen Dynamik, einer sprunghaften Entwicklung des Zuzugs insbesondere in diese Quartiere, des Bevölkerungszuwachses, und das hängt natürlich auch mit dem Vorhandensein von erschwinglichem Wohnraum zusammen. Deswegen gehört natürlich auch in eine solche Bildungsdebatte die Frage: Wie können wir sozialer Segregation entgegenwirken?

(Beifall SPD)

Aber ja, wir müssen darauf reagieren, weil jedes Kind natürlich unabhängig davon, wo es wohnt, einen Grundschulplatz braucht, und ich bin davon überzeugt, dass es richtig ist, diesen Grundschulplatz auch möglichst wohnortnah anzubieten. Das ist wichtig für Freundschaften für die Kinder, das ist wichtig für die Entwicklung der Eigenständigkeit, das ist wichtig dafür, dass sie den Schulweg allein zurücklegen können und dafür nicht auch wirtschaftliche Mittel aufwenden müssen.

Ja, es stimmt, die Ausstattung der Schulen mit besonderen Herausforderungen muss diesen Herausforderungen entsprechen. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz hat gerade für die Grundschulen empfohlen, dass man einen Sozialindex einführen sollte, nach dem die Schulen ausgestattet sind. Da haben wir in Bremen also schon einen richtigen Schritt unternommen, aber ich bin ganz bei all denjenigen, die sagen, das müssen wir noch vertiefen, da müssen wir in der Ausstattung tatsächlich auch noch größere Schwerpunkte setzen. Das heißt aber natürlich auch, dass diese Schulen, wenn die Kinder zu diesen Schulen gehen, was ich richtig finde aufgrund der Wohnnähe, dann eben auch deutlich anders und besser ausgestattet werden müssen als andere Schulen.

(Beifall SPD)

Mir ist sehr bewusst, dass es sich bei der Tami-Oelfken-Schule um eine Schule handelt, die aufgrund der Zusammensetzung ihrer Schüler:innen-schaft jeden Tag vor besonders großen Herausforderungen steht, und deswegen bedanke ich mich an dieser Stelle auch bei dem hochengagierten Kollegium der Tami-Oelfken-Schule, das gemeinsam mit seiner Schulleitung für diese Kinder ein besonderes pädagogisches Konzept entwickelt hat, um diesen Kindern möglichst gut gerecht zu werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb ist es natürlich richtig, dass wir uns die Rechnung nicht einfach machen und sagen können, die Schule hat 17 Klassenräume, zurzeit 13 Schulklassen und zwei Vorkurse, da sind ja noch zwei Räume übrig, da packen wir einfach einmal jeweils eine zusätzliche Klasse hinein. Nein, Räume zur Differenzierung und um diesen Kindern gerecht zu werden, sind nicht einfach Verfügungsmasse für den Unterricht, aber die Entscheidung, wo denn diese Kinder tatsächlich in Blumenthal zur

Schule gehen, musste meine Behörde treffen. Sie hat sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Sie hat die Möglichkeiten an allen Blumenthaler Grundschulen, die im Übrigen alle vor großen Herausforderungen stehen, intensiv geprüft. Die Schule am Pürschweg zum Beispiel ist in diesem Jahrgang fünfzügig und kann schlecht im kommenden Jahr auch noch einmal fünfzügig werden, und deswegen ist die Situation an der Tami-Oelfken-Schule so, dass sie aus räumlichen Gesichtspunkten einen zusätzlichen Klassenverband, dann also fünfzügig, aufnehmen kann.

Dennoch, und das ist völlig klar, braucht die Schule Unterstützung bei der Gestaltung der räumlichen Gegebenheiten, braucht einen Umbau, damit die Räume für die Kinder und das Kollegium eben auch für Differenzierung und um diesen Kindern gerecht zu werden, gut nutzbar sind, sie braucht eine Kapazitätserweiterung in Form eines Mobilbaus und auch Unterstützung bei der Gewinnung des erforderlichen Personals, wie übrigens alle Schulen, die in einer ähnlich schwierigen Lage sind, auch.

Es ist bereits erwähnt worden, und in der Bildungsdeputation haben wir es auch erörtert, welche Maßnahmen veranlasst wurden: der Umbau der Bestandsgebäude, damit sie zum Schuljahresstart 2023 fertig sind. Die zusätzlichen Möglichkeiten zur Differenzierung in den Räumen durch Einrichtung und Mobiliar sind mit der Schulleitung besprochen, werden diskutiert und werden sich in der Ausstattung niederschlagen, und auch der Wunsch der Schule, Flure als zusätzliche Bewegungs- und Differenzierungsräume auszubauen, muss geprüft werden, weil das natürlich auch brandschutzrechtliche Fragen beinhaltet, weil Flure eben auch Fluchtwege sind. Da werden wir aber nach Wegen suchen, die es ermöglichen, dass die Kinder sicher in diesen Räumen beschult werden und dennoch die Bewegungs- und Differenzierungsfläche entsteht. Der Mobilbau ist hier auch schon mehrfach erwähnt worden.

Ich möchte noch einen Punkt sagen zu der Frage, wie nehmen eigentlich die Kinder in der Tami-Oelfken-Schule ihr Mittagessen ein. Ich finde es völlig richtig, dass die Schule selbst und das Kollegium sagt: Für unsere Kinder ist es notwendig, das Essen in einem kleineren Rahmen einzunehmen.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Ach, so heißt das jetzt!)

Wir brauchen dafür nicht eine große Mensa, sondern wir brauchen kleinere Räume, in denen unsere Schülerinnen und Schüler in kleineren Gruppen gemeinsam das Essen einnehmen wollen und müssen. Das, was sie dafür brauchen, ist zum Beispiel personelle Unterstützung, aber auch logistische Unterstützung, wie man das bewerkstelligen kann. Deswegen ist es gut und richtig, dass jetzt gemeinsam mit der Schule auch besprochen wird, wie das da den Kindern gerecht werdend anders organisiert werden kann.

Die Schulen zukünftig vorrangig mit Personal zu berücksichtigen, ist auch schon erwähnt worden. Es ist wichtig, dass diese Schulen vorrangig zum jeweiligen Schulhalbjahr schauen können, welche Bewerberinnen und Bewerber mit ihrer Ausbildung fertig geworden sind, in Bremen bleiben und Lehrkraft werden wollen, um diese dann auch zu kontaktieren, und es ist genauso wichtig und richtig, dass diese Bewerberinnen und Bewerber aus meiner Behörde von der Unterrichtsversorgung kontaktiert werden und es eben darum geht, an welcher Schule sie tätig sein wollen oder können und unter welchen Bedingungen.

Blumenthal wächst, das habe ich eingangs gesagt, durch Zuwanderung, aber zum Beispiel auch durch ein großes Neubaugebiet mit Einfamilienhäusern, das an der Cranzer Straße entstehen soll. Deswegen ist zukünftig auch mit einer steigenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern zu rechnen, und deswegen ist es richtig und gut, da eine weitere Grundschule zu gründen. Weil es aber lange dauert, eine Schule zu bauen – und ja, auch mir viel zu lange –, ist es notwendig, da einen Interimsstandort fertigzustellen, der leider nicht zum kommenden, aber zum darauffolgenden Schuljahr im Sommer 2024 fertig sein wird. Das wird auch zu einer Entlastung aller Grundschulen in Blumenthal führen, und zwar dadurch, dass vor Ort mehr Schulen sind, in die die Kinder sich verteilen können, in denen Personal mit diesen Kindern arbeitet, und nicht dadurch, dass die Kinder quer durch die Stadt fahren müssen, um zu ihren Schulen zu kommen. Das, liebe Damen und Herren Abgeordnete, ist nicht der richtige Weg.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist mit den Worten überschrieben „Dramatischer Einzelfall oder Spitze des Eisbergs?“. Ich gestehe: Wie antwortet man auf eine derart plakative und Alles-oder-nichts-Gegenüberstellung? Ja, die Situation an der Tami-Oelfken-Schule ist eine besondere,

und ich glaube, das habe ich deutlich gemacht, und das ist auch in dieser Diskussion deutlich geworden. Aber ja, sie ist auch ein Beispiel dafür, welche große Dynamik derzeit bei der Zahl und auch bei den besonderen Bedarfen der zu beschulenden Kinder besteht, wie sich fehlende Fachkräfte auswirken und vor welchen Herausforderungen in Bremen aktuell insbesondere Schulen in Stadtrandlage und in Quartieren stehen, in denen viele Kinder mit besonders großen Päckchen zur Schule kommen.

Deswegen müssen wir natürlich all diese Schulen und ihre Herausforderungen in den Blick nehmen, und das werden wir auch. Das hat nicht nur etwas damit zu tun, wie viele Kinder zusätzlich nach Bremen kommen. Seit März dieses Jahres sind mehr als 1 500 Kinder zusätzlich nach Bremen gekommen und zusätzlich in unsere Schulen integriert worden; 1 500 Kinder von der Grundschule bis hin zu den berufsbildenden Schulen, das ist ein immenser Kraftakt, aber den haben wir gestemmt, den mussten wir stemmen, den wollten wir auch stemmen, weil es um die Kinder geht, und natürlich wäre das nicht gegangen ohne die hochengagierten Schulleitungen und die Kolleginnen und Kollegen, denen ich an dieser Stelle dafür auch noch einmal danken möchte.

(Beifall SPD)

Mit den Schulleitungen im Gespräch zu sein, ist richtig und wichtig, und ich darf Ihnen versichern, dass ich das bin. Glauben Sie mir, ich erlebe die Schulleitungen der Bremer Schulen und im Übrigen auch der Schulen in Bremerhaven als sehr selbstbewusst. Dass sie sich also nicht trauen, ihre Kritik zu äußern, wie es ja hier an der einen oder anderen Stelle gesagt wurde, ich glaube, das würden selbst die Schulleitungen und auch die Kolleginnen und Kollegen selbst weit von sich weisen. Im Gegenteil: Sie trauen sich sehr wohl, ihre Kritik, ihre Bedürfnisse zu äußern, aber auch ihre Ideen zur Abhilfe, und auch dafür bin ich den Bremer Schulen sehr dankbar. Das hat auch etwas mit Kooperation mit Akteuren vor Ort zu tun, aber diese Ideen greifen wir gern auf.

Es geht zum Beispiel ganz konkret darum, dass Schulleitungen gern Menschen an ihren Schulen beschäftigen wollen und sagen: Die würden uns richtig gut helfen, da haben wir auch eine konkrete Person, aber aufgrund ihrer formalen Qualifikation konnten wir diese Menschen bislang nicht an den Schulen beschäftigen. Diese Menschen auf den Wunsch der Schulleitungen und der Kollegien hin

in den Schuldienst zu holen, meine Damen und Herren, das habe ich mir zum Anliegen gemacht, das greifen wir gern auf.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

In der letzten Debatte zur Situation an den Bremer Schulen habe ich Ihnen zugesagt, dass wir sehr schnell Maßnahmen entwickeln mit dem Ziel, auch kurzfristig mehr Personal in die Schulen zu bekommen. Die eine Maßnahme habe ich gerade genannt: Wir stellen die Kolleginnen und Kollegen ein, die in den Schulen für notwendig und sinnvoll erachtet werden, aber es gibt noch weitere Maßnahmen, die ich Ihnen hier gern vorstellen will!

Wie Sie wissen, wurde bislang mit der Coronapandemie als Begründung schwangeren an Schulen Beschäftigten ein sofortiges Beschäftigungsverbot an Schulen erteilt, unabhängig davon, ob sie das wollten oder nicht. Das hat zum Teil zu den skurrilen Situationen geführt, dass Kolleginnen gesagt haben, ich sage lieber nicht, dass ich schwanger bin, damit ich weiter unterrichten kann. Das ist ein Unding, und deswegen haben wir jetzt in enger Abstimmung mit den Interessenvertretungen der Schulen – der Frauenbeauftragten, dem Personalrat und der Schwerbehindertenbeauftragten – eine andere Regelung getroffen. Schwangere Lehrkräfte haben jetzt wieder die Möglichkeit, bis zum Beginn der regulären Mutterschutzzeit zu unterrichten, wenn sie das möchten.

(Beifall SPD, FDP)

Wir werden auch ab sofort Anreize schaffen, um Kolleg:innen in Teilzeit – über sie ist ja heute auch schon gesprochen worden – zu motivieren, ihre Verträge aufzustocken. Das werden wir flexibilisieren, damit alle Lehrkräfte ihre Unterrichtsverpflichtung auch kurzfristig erhöhen können. Ja, ich weiß, mir ist sehr bewusst, die Gründe dafür, in Teilzeit zu gehen, sind sehr vielfältig. Es gibt Kolleginnen und Kollegen an den Bremer Schulen, die sagen, ich reduziere meine Arbeitszeit, weil ich ansonsten meinem Anspruch an meine Arbeit als Pädagogin/als Pädagoge nicht gerecht werde.

Es gibt aber auch Kolleginnen und Kollegen, die sagen, ich reduziere auf Teilzeit, weil ich anders meiner Familie und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gerecht werden kann, und ich bin gezwungen, mindestens ein Drittel meiner Arbeitszeit zu reduzieren, um am Ende einen unterrichtsfreien Tag zu haben. Auch das werden wir in diesem Schuljahr ändern. Dann werden wir uns die

Auswirkungen anschauen, um es denjenigen Lehrkräften zu ermöglichen, die in Teilzeit gehen und jetzt aufstocken wollen, damit sie über diese zwei Drittel Teilzeit kommen, trotzdem den einen unterrichtsfreien Tag zu haben, um da ihre Planung, ihre Lebensplanung anders zu gestalten. Ich weiß, dass das die Stundenplanung für die Schulleitungen deutlich schwieriger macht, aber wenn wir dadurch zusätzliche Lehrer:innenwochenstunden gewinnen können, dann ist es das jedenfalls wert, das auszuprobieren und zu schauen, wie es sich auf die Schulen auswirkt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, es geht nicht nur darum, Kolleginnen und Kollegen in den Schuldienst zu holen, die eine Qualifikation mitbringen, die es möglich macht, sie jetzt in den Schuldienst einzustellen, sondern wir wollen auch Kolleginnen und Kollegen gewinnen, sich in diesen Beschäftigungsverhältnissen in den Schulen weiterzuqualifizieren, und deswegen werden wir für Bremen ein neues Quereinsteigendenprogramm auflegen. Bislang war es ja so, in den Schuldienst kam man mit einer regelhaften Lehramtsausbildung oder über eines der Seiteneinstiegsprogramme, intensiv, zeitaufwendig und mit viel zusätzlichem Studium auch an der Universität zum Erwerb einer bestimmten Anzahl von Credit Points. Das stellt Kolleginnen und Kollegen, die an den Schulen unterrichten, auch vor noch einmal größere Herausforderungen.

Es gibt natürlich auch Kolleginnen und Kollegen, die sagen, ich weiß gar nicht, ob ich tatsächlich noch einmal derart wissenschaftlich arbeiten möchte oder kann. Diese Lücke schließen wir. Wir wollen die Schule als Arbeitsort auch für die Fachkräfte öffnen, die über einen wissenschaftlichen Hochschulabschluss oder einen Masterabschluss einer Fachhochschule verfügen. Diese sollen dann am Landesinstitut für Schule die Möglichkeit erhalten, eine Lehrbefähigung in einem Fach zu erhalten, und das, während sie bereits an einer Schule in Bremen arbeiten, also berufsbegleitend natürlich mit den weiteren Aufstiegsmöglichkeiten, was die Qualifizierungsprogramme, die ich gerade genannt habe, die Seiteneinstiegsprogramme angeht, und natürlich auch mit einer entsprechenden Begleitung im Kollegium.

Auch die Beschleunigung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikationen, die hier ja auch schon mehrfach angesprochen wurde, gehört zu diesen Personalgewinnungsmaßnahmen, und ich bin mir sicher, dass wir

auf diese Weise tatsächlich Kolleginnen und Kollegen ansprechen und gewinnen können, bei uns in den Bremer Schulen zu arbeiten.

(Beifall SPD)

Die Personalbedarfsprognose und das Personalentwicklungskonzept sind hier auch schon angesprochen worden. Natürlich müssen wir uns das auch längerfristig anschauen.

Lassen Sie mich damit schließen, noch einmal zu betonen, dass es natürlich darum geht, sich die Situation vor Ort an den Schulen konkret anzuschauen und zu überlegen, wie wir damit umgehen. Ich möchte aber auf der anderen Seite nicht nur eine Lanze brechen für all die Kolleginnen und Kollegen, die mit viel Herzblut mit den Kindern in ihren Schulen arbeiten und sagen: Natürlich sind uns die Kinder in unseren Schulen willkommen. Wir wollen und wir werden mit diesen Kindern arbeiten, brauchen dafür aber Unterstützung. Die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen sagen eben nicht, es wäre total gut, wenn wir diese Kinder, die bei uns besonders große Schwierigkeiten machen, abschieben, heraus aus unseren Schulen haben, aus den Augen, aus dem Sinn, sondern sie sagen, wir wollen inklusive Schulen sein. Das hat eben nichts mit ideologischen Träumen zu tun, ganz unabhängig davon, ob man jetzt Inklusion als Ideologie bezeichnet – aber die ideologischen Träume wurden uns ja gerade vorgeworfen –, sondern das hat etwas damit zu tun, wie wir hier in Bremen Inklusion leben. Die Expertise von Natascha Korff und Herrn Professor Idel, die wir ja in der Bildungsdeputation erörtert haben, hat eben auch ganz deutlich gezeigt, es sind nicht nur die Schulen, nicht nur die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, sondern die Bremer Stadtgesellschaft, die sagt, auf diesem Weg müssen wir weitergehen.

Da sind noch Schritte zu unternehmen, da müssen wir auch noch mehr das Augenmerk darauf richten, wie wir diesen Kindern gerecht werden, wie wir ihnen Beschulungsmaßnahmen anbieten, während sie an ihren Regelschulen Schülerinnen und Schüler sind. Da sind wir auch dabei, das sind auch Konzepte, die wir in der Bildungsdeputation ja beschlossen haben und weiterentwickeln: die Weiterentwicklung der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, die temporären Lerngruppen und auch die Frage natürlich, wie schaffen wir es, dass auch die Kinder, die im Moment zur Schule an der Fritz-Gansberg-Straße gehen, nicht mehr quer durch die Stadt fahren müssen, um ihre Schule zu

erreichen, sondern vor Ort wohnortnah und in ihren Sozialbezügen ein Beschulungsangebot bekommen. Ich freue mich auf die Unterstützung aus diesem Parlament bei dieser schwierigen Aufgabe. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wäre jetzt ein runder Schluss gewesen, aber man hatte irgendwie meine Meldung übersehen, jetzt bin ich eben wieder da! Das Dilemma noch einmal: immer mehr Kinder, Personalknappheit, Herbst, Krankheit, Überbelastung, und auch das therapeutische Umfeld ist nicht mehr in der Lage, zu leisten, was es müsste, wir haben das jetzt vielfach gezeichnet gehört. Trotzdem, um kurz-, mittel- oder langfristige Lösungen hinzubekommen, glaube ich nach wie vor, dass es nötig ist, eine umfassende Analyse der Zustände in der Schule durchzuführen,

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Ja!)

und zwar nicht nur der Zahlen, sondern auch der Lern- und Lebenswelt. Die Lösungen, das ist auch allen klar, glaube ich, werden keine glatten Listen sein, sondern das werden Abwägungen, Priorisierungen, Schwerpunktsetzungen und so weiter sein. Mir hat die Debatte des Kollegen Hupe dazu insofern sehr gut gefallen.

Im Mittelpunkt der Herausforderungen liegt natürlich das nachhaltige Personalmanagement für Schulen, das den Erhalt von Gesundheit, Motivation und ausreichender Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften ebenso berücksichtigt wie den Personalnachschub, und ich bin nach wie vor einfach der Meinung, dass sich die Schulbehörde hierfür Hilfe aus der privaten Wirtschaft holen sollte; je enger der Flaschenhals wird, umso dringender.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Warum wundert mich das jetzt nicht?)

Wegzugehen, wegzuschauen und so zu tun, als ob da nichts wäre oder als ob es ein Einzelfall wäre, das geht gar nicht mehr, das merken wir alle. Morgen wird eine Da-capo-Debatte stattfinden. Wir debattieren morgen unsere Große Anfrage zur Früh-

pensionierung von Lehrkräften, und in dem Kontext werde ich einige Zustände in Bremer Brennpunktschulen konkret benennen

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Wir haben keine Brennpunktschulen! – Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Spoileralarm!)

und hoffe, wo es brennt – –. Ich kann es auch so herum sagen: Ich hoffe nicht, dass dies dann alles neue Informationen für Sie sein werden.

Wie gesagt, niemand erwartet eine perfekte und glatte Lösung angesichts der aktuellen Herausforderungen in der Bildung, aber wir erwarten alle, dass eine Behörde mit einer Personalstärke, wie sie unsere Bildungsbehörde aufweist, auch mit Instrumenten aufwarten kann, die den Zustand im Bremer Bildungssystem analysieren kann.

Vielleicht – und ich sage das mit aller Vorsicht – ist es auch nötig, genauso wie in der frühkindlichen Bildung einmal einen Korridor zu definieren, wo die Dinge nicht exakt so laufen, wie wir sie gern hätten. Wir mussten das ganz bitter in der frühkindlichen Bildung und haben gesagt, gut, vielleicht gibt es einen zeitlichen Korridor mit allen Leitplanken und begrenzt und so weiter, wo wir vielleicht nicht mit voll ausgebildeten Fachkräften arbeiten, weil wir irgendwie durch diesen Kanal von Personalknappheit hindurchmüssen. Möglicherweise könnte es sein, dass wir auch einen solchen Kanal irgendwann im Bereich Schule definieren müssen.

Wenn wir es abgefedert bekommen mit Boxtraining, mit Sprachförderung, mit Tarifanreizen, mit Fluren als Bewegungsräume, mit Quereinstieg – es sind ganz viele Sachen genannt worden –, wunderbar! Wenn es nicht funktioniert, dann muss man vielleicht eben auch an heilige Kühe heran, die mir auch heilig sind,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Was wollen Sie den Eltern sagen, die auf einen Ganztagsplatz angewiesen sind?)

also zum Beispiel, dann geht vielleicht über eine Zeit lang der Ganztags nicht vollständig, dann geht vielleicht über eine Zeit lang nicht das ganze Curriculum, wenn es de facto tatsächlich nur gibt, dass die Kernfächer unterrichtet werden.

Ich will alle diese Sachen von ganzem Herzen überhaupt gar nicht – wirklich, ich glaube, dass es keiner will und dass man sich über die Sätze aufregen kann wie sonst was, wir als FDP wollen es nicht

–, aber Alltagssituationen wie in der Tami-Oelfken-Schule sind so dermaßen inakzeptabel, sie sind wirklich ein Verbrechen an den Kindern und ein sukzessives Vernichtungsinstrument für motivierte Kollegien. So sieht es aus, dass im Grunde – –.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ja, einfach nur einmal durchlesen, was in den Unterlagen steht!

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Ich habe das gemacht, Frau Bergmann! – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe das gelesen! Verbrechen an den Kindern ist etwas anderes!)

Es muss im Grunde alles auf den Tisch, was uns hilft, die Schule wieder in einen Ort zu verwandeln, in dem Lernen, Leben, Lehren, in dem Bildung einfach möglich ist.

Ich freue mich jetzt, dass so viele Dinge diskutiert worden sind, an die wir herankönnen. Ich hoffe, dass wir einen solchen Korridor nicht definieren müssen und an keine heiligen Kühe heran müssen. Ansonsten findet die Debatte morgen ein Dacapo zur Frühpensionierung von Lehrkräften. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich wollte noch einmal auf die Kurzintervention und die Redebeiträge der Kollegin Frau Bergmann eingehen! Frau Kollegin Bergmann, wenn man von ideologiegeleiteter Bildungspolitik im Zusammenhang mit Inklusion oder von Vernichtungsinstrumenten für motivierte Lehrkräfte spricht, dann muss man sich nicht wundern, wenn man hinterher mit diesen Aussagen konfrontiert wird. Ich biete Ihnen aber sehr gern an, dass wir uns dann noch einmal das Protokoll anschauen und da gemeinsam darüber sprechen, wie man das interpretieren kann, wie Ihre Aussagen zu werten sind. Das können wir gern noch einmal bei einem Kaffee machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Jetzt haben Sie es wiederholt gemacht!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Sie rüstet jetzt ab! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Schlichten Sie jetzt einmal ein bisschen!)

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem Streit, der eben gerade hier ausgetragen worden ist, empfehle ich Schulz von Thun, da gibt es vier verschiedene Ohren. Da können Sie sich dann vielleicht gemeinsam einigen, wer welches Ohr an dieser Stelle hatte!

Ich möchte aber auch noch einmal auf Ihren Punkt eingehen, Frau Leonidakis, weil mir das sehr wichtig ist! Ich habe gesagt – und ich möchte da auch nicht böswillig falsch von Ihnen zitiert werden –:

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Böswillig?)

Wenn Ihr politisch ideologischer Traum von gelingender Inklusion von Ihnen als Regierung nicht mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet wird, erteilen wir dem eine Absage.

(Beifall CDU – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Was ist ideologische Inklusion? – Zurufe CDU)

Wenn das Ergebnis Ihrer rot-grün-roten Inklusion ist, dass nicht genügend Hilfe bei den Inklusionskindern ankommt, dass Regelschüler:innen unter ihren Möglichkeiten bleiben, so, wie seit 2016 von den Gröpelinger Grundschulen festgestellt, erteilen wir dem als CDU-Fraktion eine Absage.

(Beifall CDU)

Wir wollen Chancengerechtigkeit. Blumenthaler und Gröpelinger Kids oder aus Huchting, aus Tenever

(Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

haben auch ein Recht auf ein Abitur, meine Damen und Herren. Gleiches Recht

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Echt? Wirklich?)

auf Chancen für alle Kinder, egal, wo diese wohnen, das fordern wir, und nicht nur wir allein, auch

die gesamten Grundschulen im Westen dieser Stadt. Das haben sie in den Brandbrief seit 2016 geschrieben, und ich werde ihn gleich auch noch einmal der Senatorin übergeben, nachdem ich ihn noch einmal wieder ausgedruckt habe, denn vielleicht ist er ja in den Annalen nicht mehr vorhanden.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Aber den hätten Sie doch mailen können! – Zurufe)

Scheinheilig und sogar unwahr habe ich wahrgenommen, dass hier wieder Bestrebungen unternommen wurden, die ganzen Probleme auf die aktuelle Fluchtbewegung und den Krieg in der Ukraine zu schieben. Das ist nachweislich falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Das ist aber ein Fakt, Frau Ahrens!)

Das Problem, liebe Frau Bredehorst, ist viel tiefergehend, und hätten Sie zugehört – das ist ja eigentlich die Grundvoraussetzung, wenn man irgendwie in eine Interaktion tritt –, dann hätten Sie gehört, dass die Gröpelinger Kitas im Jahr 2013, lange, bevor es die ersten Fluchtbewegungen gab, gesagt haben: Bei uns kommen Kinder in den Kitas an, die so starke Bedürfnisse haben, die so große Herausforderungen mit sich bringen, dass es in drei Jahren in den Grundschulen im Westen krachen wird.

(Beifall CDU – Zurufe SPD)

Raten Sie einmal, liebe Frau Bredehorst, was dann 2016 passiert ist, weil Sie nämlich nichts unternommen haben! Mit einer SPD-Bildungssenatorin kam es dann in den Grundschulen zum Eklat. 2016 gab es einen Brandbrief der Grundschulen im Westen, 2017 gab es einen fast gleichlautenden Brandbrief der Grundschulen im Westen, und ich empfehle Ihnen – ich kann Ihnen den gleich auch noch einmal geben – den Artikel im „Weser-Kurier“ vom 19. November 2022, das ist der nächste Brandbrief der gesamten Grundschulen aus dem Bremer Westen.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Was war in den Jahren dazwischen? 2018 bis 2021? – Zurufe)

Sie hatten neun Jahre Zeit, meine Damen und Herren, neun Jahre, um etwas zu verändern, und es zählen nicht warme Worte, es zählt nicht beschriebenes Papier, das Sie Koalitionsvertrag nennen, es zählen Taten,

(Beifall CDU)

und da haben sie vollumfänglich versagt.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Pfui, pfui, pfui! – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie weit wollen Sie im April eigentlich noch aufrüsten, wenn das hier jetzt schon so losgeht?)

Was mir wichtig ist – das möchte ich hier noch einmal ansprechen, weil das wirklich ein Problem ist, und da ich ja sowohl den Bereich Bildung als auch den Bereich Soziales seit vielen Jahren gemeinsam betreue, kann ich das auch ein bisschen in den Auswirkungen erkennen –: Die IHTE-Plätze an der Tami-Oelfken-Schule sind nicht mitgewachsen, sondern auf dem Stand der Zweizügigkeit verblieben. Wir haben inzwischen viel mehr Kinder, und schon bei der Dreizügigkeit ist die Hälfte der Kinder, die einen IHTE-Bedarf vom Amt für Soziale Dienste oder dem Gesundheitsamt, dem niedergelassenen Kinderarzt oder dem Arzt des Gesundheitsamtes bescheinigt bekommen, ohne einen entsprechenden Platz in dieser Schule. 50 Prozent gehen jetzt schon leer aus. Jetzt wollen Sie die Fünzügigkeit an dieser Schule umsetzen. Sollen demnächst 75 Prozent leer ausgehen? Das Problem muss gelöst werden, und da muss Frau Stahmann genauso heran wie Frau Aulepp, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Der letzte Punkt, Frau Leonidakis: Die Petition, die ich zitiert habe, die von der Person gekommen ist, die tagtäglich erlebt, was in der Schule los ist, nämlich dem Schulleitersprecher, beklagt, dass die Differenzierungsräume für die Beschulung der Kinder im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung in Klassenräume umfunktionierte werden. Das habe ich mir nicht ausgedacht.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das habe ich kritisiert! Das habe ich doch genannt!)

Er hat gesagt, das Gleiche gelte für Musik-, Zirkus- und Bewegungsräume sowie die Bibliothek. Das ist die Realität, die diese Schule gerade hat, und Herr Hupe hat doch einen ganz wichtigen Punkt angesprochen: Er hat gesagt, Mobilbauten haben derzeit eine Lieferzeit von mindestens 13 Monaten. So habe ich ihn verstanden, und so hat die Senatorin in dem Moment ja auch entsprechend genickt. Wir schaffen es nicht einmal, zum nächsten Schuljahr Mobilbauten und Entlastung für die Fünzügigkeit

hinzustellen, weil Sie jetzt schon hinter Ihrem Zeitplan hinterher sind. Wenn Sie 13 Monate Wartezeit haben, wird es keinen Mobilbau zum 1. August des nächsten Schuljahres geben. Auch das muss ganz klar geklärt werden, dafür müssen wir Lösungen finden.

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD])

Ja, ich glaube, dass verpflichtender Ganztags an dieser Grundschule nicht mehr funktionieren wird. Deswegen hat ja Frau Senatorin Aulepp auch schon gesagt, dass sie bereit ist, das auszusetzen.

(Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Das mildert nur ein bisschen, Sie haben recht, Frau Dr. Müller, es ist in Wirklichkeit eine Katastrophe, weil eigentlich diese Kinder den Ganztags gut gebrauchen könnten,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Unbedingt gebrauchen können!)

aber unter diesen Bedingungen, das sage ich Ihnen auch ganz ehrlich, kann ich das als Jugendpolitikerin/als Kinderpolitikerin nicht mehr verantworten, und deswegen: Ihre Fehler in der Regierung führen zu diesen Taten. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Klarstellung zu Ihrer Einstellung zur Inklusion haben Sie gerade selbst geliefert, da muss man, glaube ich, nichts hinzufügen. Ich möchte vielleicht zum Abschluss der Debatte, hoffnungsweise zum Abschluss der Debatte, ein versöhnliches Angebot machen, ich glaube allerdings, dass Sie mich falsch verstanden haben, Frau Ahrens.

Ich habe sehr deutlich gesagt, dass Differenzierungsräume eben keine Verfügungsmasse sein dürfen, genauso, wie das für die Personalzuweisung von Inklusionspersonal nicht der Fall sein darf, und da gibt es auch eine Klarstellung, das Gleiche gilt aus unserer Sicht auch für die Differenzierungsräume. Ich glaube, Sie haben mich da

eben falsch zitiert, deswegen das einmal hier zur Klarstellung! Ich glaube aber, am Ende des Tages sind wir uns bei diesem Punkt zumindest einig.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

Zweites Ortsgesetz zur Änderung des Aufnahmeortsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 22. November 2022 (Drucksache [20/801 S](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 6. Dezember 2022 (Drucksache [20/817 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß § 62 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [20/817 S](#) zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Nun lasse ich über das Ortsgesetz abstimmen.

Wer das Ortsgesetz mit den soeben vorgenommenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Flächennutzungsplan Bremen, 26. Änderung, Bremen-Mitte, Östliche Vorstadt, Vegesack, Blumenthal, Burglesum, Findorff, Gröpelingen, Horn-Lehe, Huchting, Neustadt, Osterholz, Vahr, Walle, Woltmershausen, Hemelingen, Obervie-land, Oberneuland, Borgfeld, Schwachhausen (zentrale Versorgungsbereiche) Mitteilung des Senats vom 22. November 2022 (Drucksache [20/802 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur 26. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(CDU, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Zweites Ortsgesetz zur Änderung der Feuerwehrkostenordnung Mitteilung des Senats vom 29. November 2022 (Drucksache [20/808 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(CDU, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Drittes Ortsgesetz zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 29. November 2022
(Drucksache [20/809 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Zweites Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 29. November 2022
(Drucksache [20/810 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, L.F.M., Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 33
vom 2. Dezember 2022
(Drucksache [20/816 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 20/324 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, L.F.M.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Personalausweise für Obdach- und Wohnungslose gebührenfrei ermöglichen!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis

90/Die Grünen und der SPD

vom 22. Februar 2022

(Drucksache [20/670 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Olaf Bull.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

(Unruhe – Glocke)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, würden Sie sich bitte wieder hinsetzen oder zügig den Saal verlassen? Wir sind nicht der Pause, sondern beim nächsten Tagesordnungspunkt. – Bitte, Frau Leonidakis!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Menschen, die in Obdachlosigkeit geraten, verlieren sehr schnell alles. Wenn erst einmal eine tiefgehende Krise zum Verlust der Wohnung geführt hat, dann folgen oft der Job, das soziale Umfeld und häufig auch die psychische Gesundheit. Hieraus einen Ausweg zu finden, ist für sehr viele ein steiniger und schwerer Weg. Deshalb ist es uns als LINKE gemeinsam mit der rot-grün-roten Koalition ein besonderes Anliegen, Maßnahmen zu schaffen, die Unterstützung in der Obdachlosigkeit schaffen und auch Wege aus der Obdachlosigkeit heraus. Wir haben hierzu bereits einiges in dieser Legislaturperiode erreicht, von Housing First über eine verbesserte Gesundheitsversorgung für Obdachlose bis hin zu zusätzlichen Trinkwasserbrunnen.

Der nun vorliegende Antrag für kostenlose Personalausweise ist ein weiterer kleiner, aber nicht unbedeutender Schritt in der Obdachlosenhilfe. Ausweispapiere sind für die meisten von uns eine Selbstverständlichkeit, für viele obdachlose Personen sind sie das nicht. Für alles Mögliche muss man sich ausweisen, es gibt eine Identitätspflicht, es gibt eine Ausweispflicht. Das gilt natürlich auch für Obdachlose, und sie brauchen den Personalausweis auch für viele Anliegen, zum Beispiel, um ein Bankkonto zu eröffnen, sich beim Jobcenter zu melden und im besten Fall irgendwann auch einen Arbeits- oder Mietvertrag zu unterschreiben. Für all diese Dinge muss man sich ausweisen. Übrigens hängt auch die Krankenversicherung dann wiederum daran, und es ist, wie gesagt, einerseits eine Pflicht, einen Personalausweis mit sich zu führen, es ist aber auch das Recht von deutschen Staatsangehörigen, ihn zu erhalten.

Der Personalausweis kostet derzeit 37 Euro und gilt für zehn Jahre. Das ist nicht viel, möchte man meinen, für einige Personengruppen ist es aber viel, vor allem, wenn sie das Geld für andere Dinge brauchen. Die bisherige Regelung, um obdachlosen Menschen diese Pflichterfüllung zu erleichtern, war das Angebot der BürgerServiceCenter, für eine geringere Gebühr einen zeitlich befristeten Personalausweis, also einen vorläufigen Personalausweis zu erhalten, der dann drei Monate gilt, aber sowohl diese zeitliche Befristung der Gültigkeit auf die drei Monate als auch die Gebühr, die dann natürlich immer wieder anfällt, sind eine für einige zu hohe Hürde, um sie zu überwinden, einmal ganz abgesehen davon, dass es für einige Menschen, die obdachlos sind, eine Hürde an sich bedeutet, sich in eine Behörde hineinzubegeben, weil sie befürchten, dort stigmatisiert oder auch abgewiesen zu werden und die vor allem auch gesundheitlich, physisch oder auch körperlich vor großen Herausforderungen stehen.

Deswegen haben wir uns überlegt, wie wir Abhilfe schaffen können, und Hamburg macht das bereits, und wir haben genau diese Antwort übernommen. Es ist den Kommunen freigestellt, § 1 Absatz 6 der sogenannten Personalausweisgebührenverordnung anzuwenden und – und das haben wir hier initiiert – obdachlosen Personen einen regulären Personalausweis mit der Gültigkeit für zehn Jahre gebührenfrei zur Verfügung zu stellen. Die hierfür notwendigen Personalmittel haben wir bereits im Haushalt eingestellt, und heute gilt es zu beschließen, den Senat zu beauftragen, dieses Vorhaben auch bekannter zu machen.

Menschen ohne Wohnung und ohne Personalausweis selbst, aber auch die Träger der Wohnungslosenhilfe müssen erfahren, dass es den kostenfreien Personalausweis für Obdachlose mit deutscher Staatsangehörigkeit gibt und auch, welche Vorteile er ihnen bringt. Vor allem muss aber auch vermittelt werden, dass die wohnungslosen Personen in den Behörden willkommen sind und dass es kein Almosen ist, sondern ihr Recht, einen Personalausweis zu beanspruchen, denn darum geht es ja: auch Menschen in großer Not, die nicht den Vorstellungen eines normalen Lebens entsprechen, auf Augenhöhe zu begegnen, ihnen keine Hürden in den Weg zu stellen, sondern die vorhandenen Hürden abzubauen und ihnen sinnvolle Angebote zu geben, um ihre Krise zu meistern.

Der kostenlose Personalausweis ist genau so eine Hilfestellung, aber er ist auch noch mehr: Er ist ein Recht für obdachlose Menschen, und er ist ein Türöffner, um weitere Rechte in Anspruch zu nehmen. Deswegen werbe ich für die Zustimmung zu unserem Antrag und für die entsprechende Umsetzung, die ja bereits läuft. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen sie, die Plastikkarte im handlichen Format, gespickt mit Namen, Geburtstag und Geburtsort, dazu meist freundlich aufgerundete Angaben zur Körpergröße und dazu ein Foto, welches uns im Normalfall eher peinlich ist. Der Personalausweis gehört zu uns wie die Steueridentifikationsnummer.

Wir sind verpflichtet, einen gültigen Ausweis zu besitzen, sobald das 16. Lebensjahr erreicht wurde und man der allgemeinen Meldepflicht unterliegt, aber auch Personen – und das wurde eben auch schon klar –, die keinen festen Wohnort haben, fallen unter die Ausweispflicht. Dieser Pflicht kommen wir nach, indem wir einen Personalausweis beantragen und ausgestellt bekommen, aber dies geht mit einer Gebühr einher, und diese ist im Laufe der vergangenen Jahre auch noch gestiegen, was natürlich vollkommen in Ordnung ist, aber eine höhere Gebühr macht es Menschen mit keinem oder einem geringen Einkommen natürlich schwierig, dieser allgemeinen Meldepflicht auch nachzukommen.

Um dieses Problem zu umgehen, lassen sich manche Menschen, welche die Gebühr von fast 40 Euro nicht aufbringen können, einen sogenannten vorläufigen Personalausweis ausstellen. Allerdings werden auch hier Gebühren fällig, zehn Euro, und das Problem ist nicht nachhaltig gelöst, denn ein vorläufiger Personalausweis verliert im vierten Monat nach seiner Ausstellung seine Gültigkeit.

Lassen Sie uns diese Tatsache also genau betrachten: Es gibt einen Bedarf nach einem amtlichen Ausweisdokument bei vielen Menschen in unserer Stadt, aber auch eine Vielzahl von Menschen, die keine 40 Euro übrig haben, wohl aber zehn Euro, wohl wissend, diese Investition zeitnah wiederholen zu müssen.

Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle sei mir der Hinweis gestattet, dass die derzeitige wirtschaftliche Situation, die wir alle mit Sorge betrachten, sicherlich dazu führen wird, dass es zukünftig mehr und mehr Menschen geben wird, die keine 40 Euro übrig haben, um einen neuen Personalausweis zu beantragen. Hier werden wir genau hinschauen müssen, denn wer gegen die Ausweispflicht verstößt, begeht eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldstrafe belegt wird.

Die den Personalausweis ausstellende Behörde kann in Anwendung der – und jetzt kommt dieses wunderbare Wort wieder! – Personalausweisgebührenverordnung die Gebühr für den Personalausweis für bedürftige Personen ermäßigen oder gar erlassen, und genau dies wollen wir mit diesem Antrag festschreiben. Hierzu haben wir im Doppelhaushalt bereits Geld zur Verfügung gestellt, keine Unsummen, aber ich glaube, dass die knapp 8 000 Euro richtig und wichtig investiert waren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Umso wichtiger, und ich wiederhole mich: Hier müssen wir genau hinschauen, ob es da vielleicht einer Nachsteuerung bedarf, denn 40 Euro für eine Plastikkarte, welche nicht die Wohnung heizt und nicht den Magen füllt, sind für viele Menschen in unserer Stadt vor dem Hintergrund der ungeheuren Preissteigerungen der letzten Wochen und Monate vielleicht 40 Euro, die man nicht übrig hat. Mit diesem Hinweis im Hinterkopf haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich würde mich freuen, wenn dieser Antrag eine breite Unterstützung erhalten würde. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sigrid Grönert.

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Ganze ist doch um einiges komplizierter, als es hier eben dargestellt wurde: Beim Bundesministerium des Innern können wir lesen, dass bei bedürftigen Personen von einer Gebührenerhebung für den Personalausweis abgesehen werden kann. Über die Umsetzung eines solchen Gebührenerlasses oder über eine ebenso mögliche Ermäßigung entscheiden aber die jeweils vor Ort zuständigen Bürgerämter, also die Politik. Erlass oder Ermäßigung sind demnach für Bedürftige schon längst möglich, zum Beispiel für Hartz-IV-Empfänger, die noch nicht lange genug im Leistungsbezug waren, um die für einen Ausweis nötige Summe anzusparen. Insofern ist es mehr als verwunderlich, auf Bremens Serviceportal lesen zu müssen, dass genau das hier nicht geht. Dort steht nämlich: „Eine Gebührenbefreiung wegen Bezuges von Leistungen nach SGB II“ – also Hartz IV“ – „oder SGB XII, Grundsicherung wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit, ist leider nicht möglich.“

Ja, aber warum nicht? Warum werden gerade hier Menschen mit wenig Geld nicht korrekt darauf hingewiesen, dass sie gesetzlich gesichert bei noch kurzem Hartz-IV-Bezug einen Gebührenerlass oder eine Ermäßigung für ihren Personalausweis bekommen können? Warum lässt Bremen sie einfach im Regen stehen? Dann kommen Sie heute mit solch einem Antrag. In der Praxis bekommen doch Bremer obdach- und wohnungslose Menschen, solange sie nicht im Sozialleistungsbezug sind, den Ausweis schon lange gebührenfrei ausgestellt, also wenn sie trotz Berechtigung kein Hartz IV beziehen, aber Sie tun hier, als wenn es das überhaupt nicht gäbe.

Stark verbesserungsbedürftig ist aber besonders auch für diese Gruppe der Service im Bürgeramt, denn gerade auch obdachlose Menschen brauchen manchmal recht schnell einen Personalausweis, weil sie ohne ihn eben kein Hartz IV beantragen und auch keinem Wohnungsangebot zusagen können. Im vorliegenden Antrag verliert die Koalition aber leider kein einziges Wort über diese Probleme, die man hier direkt auch lösen könnte. Warum schauen Sie da einfach weg? Genau hier könnten Sie doch mit einem Neustart, der vielen Obdachlosen durch einen gültigen Personalausweis zumindest wieder möglich wird, gute Schützenhilfe leisten.

Insgesamt tun sich zwischen den Zeilen Ihres Antrags aber noch mehr Fragen auf. Die Koalition will anscheinend zukünftig alle Menschen, die bereits Hartz IV oder Grundsicherung im Alter bekommen, in die Gebührenbefreiung mit einbeziehen, aber eben nur dann, wenn sie auch obdach- oder wohnungslos sind, das heißt, auch, wenn sie in einer Wohneinrichtung oder anderweitig untergekommen sind, denn auch dann gelten sie weiter als wohnungslos, weil sie keinen eigenen Mietvertrag haben. Die Koalition bleibt uns zu diesem Punkt in ihrem Antrag eine genauere Erklärung oder Aufschlüsselung einfach schuldig.

Doch wenn Sie das alles wirklich so wollen, dann stellt sich aber doch sofort die Frage: warum eigentlich nur für wohnungs- oder obdachlose Hartz-IV-Empfänger? Wir wissen doch alle, dass auch Hartz-IV-Empfänger mit einer Wohnung mit einem eigenen Mietvertrag in große Nöte geraten und dass sie ebenso oft „lebenspraktisch“, wie die Koalition das im Antrag ausdrückt, nicht in der Lage sind, das Geld für einen neuen Ausweis anzusparen oder, wie Frau Leonidakis es gerade gesagt hat, das Geld für anderes ausgeben oder vielleicht auch ausgeben müssen.

Aber warum müssen die Menschen eigentlich erst wohnungs- und obdachlos werden? Was ist mit denen, die kurz davor sind, ihre Wohnung zu verlieren, denen eine Räumung bereits bevorsteht oder denen sie zumindest angedroht wurde? Gerecht ist Ihr Vorhaben wohl nicht. Bei allen anderen bedürftigen Menschen wird auf dem Bremer Serviceportal nicht einmal die Möglichkeit einer Gebührenermäßigung aufgezeigt. Da steht, leider geht das nicht. Wenn Sie sich als Koalition mit einem Antrag aber so sozial präsentieren möchten, dann doch bitte zu Ende gedacht und nicht nur als ein kurzer Aufschlag, um die eigenen Wahlchancen zu verbessern!

(Beifall CDU)

Dass die Koalition aber auch noch Flyer über den heutigen Beschluss verteilen will, halten wir für nett, aber überflüssig, denn alle, die mit oder für obdachlose Menschen arbeiten, kennen die Möglichkeiten und geben sie auch gern mündlich weiter und begleiten dementsprechend. Das wurde mir von verschiedenen Stellen zugesichert.

Ich komme zum Schluss! Für sozialleistungsberechtigte wohnungs- und obdachlose Menschen, die mithilfe eines Personalausweises zum Beispiel wieder Sozialleistungen beantragen möchten, wird

sich mit Ihrem heutigen Beschluss nichts verbessern. Diese Menschen bekommen den Ausweis nach wie vor gebührenfrei, müssen aber leider weiter monatelang darauf warten, bis er ihnen dann auch ausgestellt wird.

(Glocke)

Die Koalition schafft mit ihrem Vorhaben für bereits im Sozialleistungsbezug befindliche, bereits obdach- oder wohnungslose Menschen aber zwingend neue Probleme. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag auch ab. Wir wünschen uns aber sehr, dass Sie alle Leistungsempfänger zukünftig auf dem Serviceportal darauf aufmerksam machen, dass für sie eine Gebührenermäßigung oder gar -befreiung unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nicht in den Streit einsteigen, ob die Gebührenbefreiung schon allein möglich ist, weil es auf einer Homepage steht, oder ob das dann nicht auch am Ende im Ort geregelt und in der Verwaltung geklärt werden muss, wie man diese Gebührenbefreiung festsetzt

(Zuruf Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU])

und eine Verwaltungsanweisung dahinterlegt, wie das denn umgesetzt werden soll, denn dass das Bundesministerium etwas sagt, dass lokale Behörden etwas tun, reicht meiner Erfahrung nach im Allgemeinen nicht aus, und deswegen, auch wenn das Bundesministerium diesen Hinweis gibt, muss eine Stadtgemeinde das ausfüllen. Nun macht die Koalition das schon, und das ist auch schon auf dem Weg, und wir sind wieder bei einem der berühmten Anträge: Wir machen es schon, wollen uns dafür aber noch feiern.

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Nein!)

Aber trotzdem ist es richtig.

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Nein!)

Frau Grönert, es mag Ihre Auffassung sein, lassen Sie mich doch vortragen, warum ich es richtig finde, und hören Sie dort zu!

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Warum ist das richtig? Weil es in das Bewusstsein der Obdachlosen, der Verwaltung und vieler Menschen muss, dass dieser Personalausweis die Eintrittskarte ist, die Eintrittskarte in das Sozialsystem und an ganz vielen anderen Stellen, und wenn wir das einmal durchdenken, müssen wir uns ja fragen: Warum hat Hamburg denn so ein Projekt aufgelegt, wenn das alles so einfach wäre, wie Sie uns das erzählen, Frau Grönert? Das bitte ich dann doch einmal auszuführen!

Das Spannende an Hamburg ist aber, dass sie damit dort schon Erfahrung haben,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, gute!)

und die Erfahrung ist erstens gut, zweitens gibt es Leute, die verlieren ihren Ausweis immer wieder, und da muss man darüber nachdenken, wie man damit umgeht, wie man das pädagogisch vielleicht auch aufbereitet, damit das nicht passiert, und man muss feststellen, die Obdachlosen kommen ohne Termin. Das kann ich auch nachvollziehen, aber da teile ich sogar Ihre Kritik: Wenn Bürger lange warten müssen und Obdachlose einen Bypass bekommen, dann trägt das nicht zur Akzeptanz einer solchen Maßnahme bei. Dann müssen wir im Stadtamt insgesamt besser werden, damit auch eine solche Maßnahme für Obdachlose am Ende akzeptiert wird und nicht als „warum werden die besser behandelt als ich“ wahrgenommen wird. Das muss man, glaube ich, an der Stelle tun.

Die nächste Frage ist dann: Reicht so ein Budget? Hamburg kommt mit einem relativ kleinen Budget von 20 000 Euro aus, wenn ich es richtig gelesen habe, und insofern ist das auch die Zielgruppe, die hier adressiert ist und nicht alle Menschen, die hier adressiert sind, sondern eine Gruppe, die besonders bedürftig ist, weil sie diese Eintrittskarte in das Sozialsystem/in unsere Gesellschaft nicht hat. Ehrlich gesagt, zu den 35 Euro kommen ja auch noch die Gelder für das Foto dazu,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Ja! – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

das ein Obdachloser in aller Regel nicht in der Tasche haben dürfte, so wie ich mir vielleicht mehrere machen lassen habe, die ich dann noch einmal verwende, weil die von früher vielleicht auch hübscher aussehen.

Insofern ist es so, dass man schlichtweg sehen muss, das ist eine hohe Hürde für diese Menschen, und diese Hürde muss genommen werden, und insofern ist es richtig, hier diesen Ansatz zu gehen. Wir als FDP-Fraktion unterstützen das und sagen, es ist richtig, man muss aber, bevor man es einführt, genau nach Hamburg schauen, aus den Fehlern von Hamburg lernen. Man kann daraus Etliches lernen, es verbessern, und dann muss man sagen, wir müssen endlich das, was das Bundesministerium richtigerweise schreibt, in die bremische Verwaltungspraxis umsetzen, denn da ist es leider noch nicht angekommen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Henrike Müller.

Abgeordnete Dr. Henrike Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt hat mir Herr Buhlert noch meine letzten zwei Argumente weggenommen, die ich in die Debatte einbringen wollte, dann bleibt mir, glaube ich, nur noch, noch einmal einen Punkt zu betonen! Ja, wir alle sind verpflichtet, ein Ausweisdokument mit uns zu tragen, das uns identifiziert, aber ich weiß nicht, wie es Ihnen geht: Ich werde sehr, sehr selten in meinem Leben nach dem Ausweis gefragt.

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Ich oft!)

Einmal im Jahr, alle zwei Jahre, zuletzt jetzt bei der Listenaufstellung brauchte man ihn auf einmal wieder. Das ist ein Riesenunterschied zu der sehr vulnerablen Gruppe der Obdachlosen. Sie werden manchmal mehrmals täglich nach ihrem Ausweisdokument gefragt, weil sie sich vermeintlich an verbotenen Plätzen aufhalten und so weiter und so fort.

Der Kollege Lenkeit hat genau darauf hingewiesen: Dann fängt nämlich der Kreislauf an mit der Ordnungswidrigkeit, dem Bußgeld und dem mangelnden Ausweisdokument, und von daher ist das eine absolut richtige Initiative der Koalition, mit freundlicher Unterstützung der FDP, vielen Dank dafür!

Ehrlich gesagt kann ich nicht nachvollziehen, wie man, wo es um so eine kleine Gruppe geht, die aber existenziell darauf angewiesen ist, an diesem Punkt nicht mit bürokratischen Hürden belästigt zu werden, dann alle anderen als Argument ins Feld führen kann, warum man das jetzt hier an dem Punkt nicht machen kann.

(Zuruf Abgeordnete Sigrud Grönert [CDU])

Frau Grönert, das hat mir wirklich gar nicht eingeleuchtet.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Von daher, es kommt doch nicht oft vor, die Gelegenheit haben wir ja wirklich nicht oft, dass wir mit minimalen finanziellen Mitteln maximal etwas Gutes tun können. Ich finde, allein das ist doch schon einer Zustimmung wert, und deswegen werbe ich auch noch einmal sehr darum, diesem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte tatsächlich auch noch einmal kurz auf den Beitrag von Frau Grönert eingehen! Wenn Sie sich so gut in der Szene auskennen, dann hätte eigentlich bei Ihnen auch die Meldung anlanden müssen, die bei uns angelandet ist und die für uns handlungsleitend war, weshalb wir überhaupt diese Initiative ergriffen haben: dass es nämlich die Möglichkeiten zwar auf dem Papier gibt, sie aber in der Praxis oft nicht funktionieren. Deswegen haben wir jetzt auch diesen Antrag, der auch klarstellen und das Ganze auch noch einmal in eine Verwaltungsanweisung gießen soll, damit allen Beteiligten klar ist, was erstens ihre Rechte sind, was zweitens ihre Pflichten sind und drittens, was ihre finanziellen Möglichkeiten betrifft. Insofern verstehe ich überhaupt gar nicht, wenn Sie schon sagen, dass das richtig ist, dass Sie an der Stelle gegen eine solche Klarstellung/gegen das Gießen einer Verwaltungsanweisung stimmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Hätten Sie unseren Antrag gelesen, dann wäre auch klar geworden, dass es hier nicht um ein Fast-Track-Verfahren geht, sondern dass es lediglich

um die Gebührenbefreiung geht. Selbstverständlich stellt die Bundesdruckerei, die die Personalausweise ausstellt, die Personalausweise für obdachlose Personen, die die Gebührenbefreiung in Anspruch genommen haben, nicht schneller aus, das ist doch völlig klar.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Den Termin beim Stadtamt, also den muss man erst einmal haben!)

Den Termin muss man trotzdem vereinbaren, das ist ja wohl klar! Es geht hier bei diesem Antrag um die Gebührenbefreiung, und die Gründe dafür haben wir bereits ausgeführt.

Interessant finde ich auch, dass Sie sich darüber beklagen, Frau Grönert, dass es zu viel Information gäbe. So einen Vorwurf habe ich bisher selten gehört. Ich sage einmal, lieber zu viel Information als zu wenig, und an der Stelle: Auch unter Obdachlosen gibt es Fluktuation, gibt es die Möglichkeit, dass einmal neue Obdachlose nach Bremen kommen und andere wegziehen, eine Wohnung finden und so weiter. Insofern, glaube ich, kann gar nichts gegen einen Informationsflyer an der Stelle sprechen.

(Beifall DIE LINKE)

Als Letztes möchte ich noch einmal auf Ihre Begründung auf so einer grundsätzlichen Ebene für Ihre Ablehnung zu sprechen kommen! Sie sagen, ja, das ist richtig, aber wir können nicht zustimmen, weil es noch andere Gruppen gibt, die bedürftig sind. Ich finde, das ist so ein lupenreiner Whataboutismus. Wenn es denn richtig ist, bedürftigen Personen den kostenlosen Personalausweis zu ermöglichen, dann kann man doch sagen, ja, aber, aber nicht, nein, weil! Ehrlich gesagt, das ist genau die falsche Antwort.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin genau, wie der Kollege Lenkeit eben gesagt hat, total offen für Debatten, wie wir in Bremen im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen dahin kommen, ob wir auch eine Gebührenfreiheit für Leistungsempfängerinnen und -empfänger finanziell ermöglichen können. Da bin ich sofort total offen, da rennen Sie bei mir offene Türen ein – ich bin gespannt auf Ihre Änderung zum Haushalt –, aber jetzt die eine Gruppe gegen die andere Gruppe auszuspielen, das finde ich ehrlich gesagt wirklich den absolut verkehrten Ansatz, und ich

frage mich, ob nicht eine grundsätzlichere Ablehnung dahintersteckt. Das ist aber vielleicht eine These, die man noch einmal irgendwann anders diskutieren kann.

Ich finde Ihre Ablehnung falsch, ich finde sie falsch begründet, und ich finde sie falsch hergeleitet, und ich glaube, dieser Antrag ist eine richtige Maßnahme, gerade, wenn man sich die Situation von wohnungslosen Personen anschaut. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich eigentlich kurzfassen: Wir haben hier eine wichtige Hürde abzubauen, das haben wir auch schon gemacht, und es wurde in der Debatte von Frau Dr. Müller darauf hingewiesen, der Ausweis für Obdach- und Wohnungslose hat eine besondere Bedeutung, er muss häufiger vorgezeigt werden. Das gesamte Vorhaben fügt sich ein in eine Reihe von verschiedenen Maßnahmen der Koalition im Sinnzusammenhang für Obdach- und Wohnungslose, ich durfte Ihnen schon berichten zum erleichterten Obdachlosenwahlrecht, all dies ist einfach zu begrüßen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Der Antrag hat in den Haushaltsberatungen der Koalition die Haushälter ein bisschen aufgewühlt, und zwar nicht, weil das BMI irgendetwas in dieser Hinsicht untersagt, sondern weil man als Kniff eine Haushaltsstelle braucht, damit man diese Gebühr dann auch ordentlich abrechnen kann. Aber das haben wir natürlich hinbekommen, und wir mussten nicht abwarten, bis die Koalition ihren Antrag am 22. Februar eingereicht hat, sondern wir haben schon seit dem 21. Februar ein Verfahren etabliert, und das ist eigentlich ganz einfach: Die Betroffenen machen einen Termin oder lassen sich bei der Terminierung von Mitarbeitern der Einrichtungen helfen, die dafür sensibilisiert sind, und dann –. Ja, Herr Dr. Buhlert, es gibt das Problem mit der Verfügbarkeit von Terminen, aber bei eilbedürftigen Anliegen wird ein Sondertermin gemacht, und dass wir versuchen, mehr Termine anzubieten, ist ja völlig klar, darüber sind Sie informiert. Wenn der Termin dann verabredet ist, wissen die Mitarbeiter, die den Termin machen, selbstverständlich, dass es

keine Gebühren zu entrichten gibt, und die Maßnahme findet bei den Beschäftigten auch Akzeptanz.

Frau Grönert, ein Hinweis: Nach meiner Kenntnis gibt es im Internet auch diesen Hinweis der Gebührenfreiheit. Ich schaue das gern noch einmal nach, wenn Sie meinen, dass es da nicht steht.

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: Da steht direkt, dass es keine Ermäßigung gibt, und keinen Hinweis!)

Das wäre schlecht, dann müssen wir das verbessern.

Wenn die Betroffenen mit ihrem Termin vor Ort kommen, dann gibt es zuerst den vorläufigen Personalausweis, und auch da wird darauf geachtet, dass eine Blankokassenskarte ausgehändigt wird, damit keine weiteren Kunden mitbekommen, dass da eine Dienstleistung für null Euro stattfindet. Das bleibt verborgen, und niemand muss sich da irgendwie bei der Angelegenheit unwohl fühlen. Bei einem weiteren Termin kann der Ausweis dann abgeholt werden, und da werden dann nicht, wie beim ersten Schritt, zehn Euro erhoben, beim zweiten Schritt werden 37 Euro quasi nicht abgerechnet. Wenn der Ausweis nicht abgeholt wird, wird mit dem Betroffenen Kontakt aufgenommen, damit der Ausweis noch ausgehändigt werden kann.

Ich kann Ihnen jetzt eine erfreuliche Bilanz nennen: Nach sieben Monaten haben wir auf diese Weise immerhin 48 Ausweise ausgeben können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie können rechnen: Da kommt man nur bei so circa 2 300 Euro nicht verlangten Gebühren an, und 8 000 Euro wurden im Haushalt zur Verfügung gestellt. Da wäre noch ein bisschen Luft, und deswegen versuchen wir auch, das zu tun, wozu Sie uns auffordern, nämlich Informationsmaterial zu produzieren. Das machen wir mit dem Sozialressort, das kann nicht mehr lange dauern.

Herr Dr. Buhlert hat noch einen Aspekt angesprochen, das biometrische Passfoto. Ich habe vorhin nachgeschaut, sechs Bilder – das ist die kleinste Charge – kosten 12,50 Euro. Wir wollen gern, wenn die Self-Service-Terminals der Bundesdruckerei künftig im BürgerServiceCenter stehen, einen Weg suchen, dass auch diese 12,50 Euro erlassen werden können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Sie sehen, so einfach ist das ganze Verfahren, und wir sollten kein großes Thema daraus machen, es ist erfreulich. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sigrid Grönert.

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn Sie, Frau Leonidakis, einen Hinweis aus der Szene aufnehmen und daraufhin einen Antrag einbringen und ich mit Verantwortlichen aus der Szene spreche, zumindest aus der betreuenden Szene, sage ich einmal – ich möchte jetzt explizit keine Namen nennen, aber es waren Menschen aus der Inneren Mission –, die mir versichern, dass sich durch diesen Antrag nichts an dem verändern wird, was in der Praxis bislang passiert, dann bleiben trotzdem jetzt noch Fragen offen.

Wenn Sie Obdach- und Wohnungslose sagen und nicht differenzieren zwischen solchen, die eine Leistung beziehen und solchen, die keine Leistung beziehen, dann verstehe ich nicht: Was wollen Sie eigentlich sagen? Sollen alle wohnungslosen Menschen, die in einer Einrichtung untergebracht sind, die keinen eigenen Mietvertrag haben, aber Hartz IV beziehen, jetzt den Personalausweis umsonst bekommen, wo das Bundesministerium sagt, dass alle Menschen, die Hartz-IV-Leistungen beziehen – und das mag man jetzt richtig oder falsch finden, ich sage nicht, dass ich es richtig finde oder gut finde –, von diesen Leistungen Geld ansparen müssen, um auch irgendwann einen Personalausweis davon zu bezahlen? Dann frage ich mich: Mit welcher Berechtigung kann ein Mensch, der in einer Einrichtung lebt und Hartz IV bekommt, den Personalausweis umsonst bekommen, und der andere Hartz-IV-Bezieher, der einen eigenen Mietvertrag hat und in einer eigenen Wohnung genauso in Nöte geraten kann, aber eben nicht?

(Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Nein! Darüber verlieren Sie null Worte und tun so, als wenn bisher die obdachlosen oder auch wohnungslosen Menschen ohne Sozialleistungen keinen kostenfreien Ausweis bekommen würden.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Nein!)

Wenn das nicht so ist in Bremen, wenn das nicht in der Praxis passiert, dann hätten Sie einfach einmal an der Praxis ein bisschen bohren können, um das dort dann auch wirklich zu verbessern, weil es nämlich das gute Recht dieser Menschen ist. Dafür hätten wir aber hier heute keinen Antrag gebraucht. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 152 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Lebensmittelvollsortimenters in Bremen-Gröpelingen, Ortsteil Oslebshausen, zwischen Eisenbahnstrecke Bremen – Bremerhaven, Ritterhuder Heerstraße und Auf den Blöcken

Mitteilung des Senats vom 16. August 2022 (Drucksache [20/748 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Zuordnung Standort REWE-Markt im Kalmsweg zum Nahversorgungszentrum Oslebshausen Petition S 20/192

Mitteilung des Senats vom 29. November 2022 (Drucksache [20/811 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie Sie vermutlich zu Recht deuten, rede ich zum Teil der Petition mehr und zum Bebauungsplan konkret weniger, aber beides hängt miteinander zusammen, und unser Fraktionsvorsitzender wird sich später in der Debatte auch noch einmal zu Wort melden. Die Petition, um die es geht, hat den Petitionsausschuss zwei Jahre lang beschäftigt und wurde im Juni dieses Jahres hier von der Stadtbürgerschaft einstimmig, das heißt, mit den Stimmen der LINKEN, der Grünen und der SPD, dem Senat mit der Bitte um Abhilfe zugeleitet. Der Senat hat jetzt mit Datum vom 29. November mitgeteilt, dass er dieser Abhilfe nicht folgen wird, und dies der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis gegeben. Das kommt immer wieder einmal vor, aber wir erachten es doch als so bemerkenswert, dass wir diese Debatte zum Bebauungsplan heute auch mit der Sache aus der Petition verknüpfen.

Der Kollege Herr Pörschke war Berichterstatter dieser Petition. Der Petitionsausschuss hat mehrfach mit Vertreterinnen der Senatorin für Wirtschaft und Europa und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung Ortstermine gemacht, wo auch Mitglieder der Bürgerinitiative Oslebshausen, Mitglieder des Beirats und örtliche Bürgerschaftsabgeordnete anwesend waren, und alle, über jede Parteigrenze hinweg, haben die besondere Bedeutung dieses in Rede stehenden Marktes betont, und es ist keine Werbung, wenn ich jetzt REWE-Markt sage, denn der örtliche, eigenständige Kaufmann hat sich zu einer Zeit in Oslebshausen für Oslebshausen engagiert, als da niemand anders hinwollte, und wir kennen das Problem auch aus Tenever, Herr Güngör, es ist manchmal ein Problem, wenn es keinen Nahversorger mehr gibt.

Was steht jetzt am Ende? Am Ende steht, dass einem anderen Vollsortimenter der Hof bereitet wird und dem über Jahrzehnte engagierten Kaufmann, einem Vollsortimenter, selbst die Möglichkeiten für Waffengleichheit zur weiteren Expansion genommen werden, denn die vom Senat verweigerte Zuordnung zum Nahversorgungszentrum Oslebshausen, die der Petitionsausschuss, Frau Bürgermeisterin, nicht ohne Grund dem Senat mit der Bitte um Abhilfe vorgelegt hat, verhindert, wenn sich auf der anderen Seite der Bahn künftig ein Edeka groß und breit macht, dass dieser REWE an der Stelle

künftig dem Einkaufsverhalten von uns Konsumentinnen und Konsumenten nachziehen kann. Die Gänge werden breiter, die Sortimente anders staffiert, und ein Markt, der sich einige Jahre nicht neu sortieren kann, bleibt irgendwann dann doch auf der Strecke.

Es wäre kein großer Aufwand gewesen. Wir halten als CDU-Fraktion die Begründung des Senats für schwach, dass Sie sagen, der ist ja auf der anderen Seite des Bahngleises, und der Eingang ist ja auch nicht in Richtung Tunnel und Oslebshausen, sondern zur anderen Seite in Richtung Gewerbegebiet geöffnet. Das wäre übrigens – bei den Ortsbesichtigungen ist das angesprochen worden – ja kein Problem gewesen, wenn man dort ein Signal gegeben hätte. Der Kaufmann wäre auch bereit gewesen, noch einmal über eine Veränderung des Eingangsbereichs nachzudenken.

Allerdings ist das Problem, glaube ich, ein anderes, nämlich – Herr Pörschke hat das in der vorletzten Sitzung des Petitionsausschusses auch noch einmal gesagt –, Sie haben keine Einigkeit in Ihren den Senat tragenden Fraktionen. Das werden Sie ja gleich sicherlich im Laufe der Debatte auch hören. Es gab zumindest seitens der SPD-Fraktion einmal Aussagen, die sich für den Petenten eingesetzt haben, die dann irgendwann im Laufe der Zeit von denselben Personen einkassiert worden sind.

Ich hätte es gut gefunden, es hätte dem Senat hier gut zu Gesicht gestanden, und es hätte keinen Präzedenzfall an anderer Stelle geschaffen, dafür jemandem die Chance zu geben, wenn sich ein Vollsortimenter auf der einen Seite der Bahnlinie neu etablieren darf, jemandem, der da viele Jahre im Ortsteil eine wichtige Rolle gespielt hat, Waffengleichheit zu geben und kaufmännisch auf Augenhöhe zu begegnen. Wir bedauern das, und ich sage das einmal ganz deutlich: Das ist keine Sache, die in Stein gemeißelt ist. Wir können ja in sieben, acht Monaten einmal darüber reden, wer weiß, in welcher anderen Konstellation. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Einander gegenüber stehen in dieser Debatte unterschiedliche Einschätzungen über die Grenzen von Planbereichen in der Stadt und zum

Thema kommunales Zentren- und Nahversorgungskonzept.

Wie wahrscheinlich viele wissen – sonst spätestens gleich –, dient dieses Konzept zur Stabilisierung und zur Weiterentwicklung der Stadtteilzentren und der Innenstadt sowie der Sicherung der Nahversorgung in den Quartieren und ist die Basis für Bauleitplanung und Stadtentwicklungsprozess, und wir haben gemeinsam die Fortschreibung dieses Konzepts im Februar 2021 beschlossen. Heute liegt uns nun der vorhabenbezogene Bebauungsplan 152 zum Beschluss vor, es geht um die Errichtung eines Lebensmittelvollsortimenters, das wurde schon erwähnt. Dieses Plangebiet liegt im Stadtteil Oslebshausen –

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Im Ortsteil!)

Entschuldigung, im Ortsteil Oslebshausen! –, ich wusste schon, als ich es ausgesprochen hatte, dass die Korrektur sofort kommt! – Vielen Dank!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das kommt immer von Frau Krümpfer! –Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Dabei kommt sie aus Gröpelingen!)

Genau! Also es liegt im Nahversorgungszentrum Oslebshausen, so ist es korrekt! Zusätzlich nehmen wir wie angekündigt Kenntnis von einer Mitteilung des Senats hierzu.

Es ist schon angedeutet worden, die Mitteilung des Senats entspricht dem Wunsch des Petenten in diesem Fall nicht, und auch vorher hatten schon der Senat und die Baudeputation ebenfalls entsprechende Entscheidungen getroffen. Das hat zu Unmut vor Ort geführt, Herr Rohmeyer hat es eben schon erwähnt, viele Beiratsmitglieder sind mit dieser Entscheidung unzufrieden.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Alle!)

Hier möchte ich einmal bekräftigen, ich finde es auch in Ordnung und richtig, dass man sich dazu äußert, und natürlich es ist legitim, anderer Auffassung zu sein, denn natürlich verdient auch das Engagement des Einzelhändlers vor Ort nördlich der Bahnlinie Anerkennung. Die Problematik in der Debatte ist aber letztendlich, dass es nicht einfach um zwei Supermärkte geht. Das Anliegen, den REWE-Markt im Kalmsweg dem Nahversorgungszentrum Oslebshausen zuzuordnen, hätte Auswirkungen auf die gesamte Konzeption des Zentren- und Nahversorgungskonzepts und die sogenannte

Zentrenhierarchie. Würde man dies ändern, würde das eine große Dynamik mit sich bringen, und da kann man auch nicht einfach sagen, liebe Abgeordnete der CDU, das wäre kein großer Aufwand.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Stimmt nicht!)

Man muss hier konstatieren, wenn man solche Konzepte hat, wie wir sie auch hier beschlossen haben, kann das bedeuten, dass die Auswirkungen davon nicht immer für alle zufriedenstellend sind. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Analysen der zuständigen Verwaltung eben nicht zu dem Ergebnis kommen, dass die Abgrenzung des Nahversorgungszentrums im Bebauungsplan fehlerhaft sei, und wenn die Bremische Bürgerschaft hier beschließt, dass der Senat Abhilfe bei einer Petition schaffen soll, dann bedeutet das, dass sich der Senat entsprechend damit befassen muss. Das ist geschehen, und es ist eine Begründung geliefert worden, warum die Voraussetzungen als nicht gegeben angesehen werden, um der Petition nachkommen zu können.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Es geht nicht um die Petition!)

Mir ist jedoch wichtig, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, das Einzige, über das wir jetzt heute abstimmen, ist das Baurecht für einen Vollversorger im südlichen Bereich der Bahnlinie, nicht mehr und nicht weniger,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Genau!)

und es ist unbestritten, dass Oslebshausen grundsätzlich weitere Angebote braucht.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Was?)

Es ist mir auch klar, der Wunsch vieler vor Ort ist, dass es nicht an dieser Stelle geschehen möge, sondern an anderer Stelle, nämlich weiter Richtung Norden, Richtung Burg-Grambke. Hierzu haben wir aber heute über nichts abzustimmen und können auch über nichts entscheiden, selbst wenn manche es sich wünschen würden.

Selbstverständlich ist für mich, dass natürlich auch die Belange des bestehenden und etablierten Marktes ebenfalls beachtet werden müssen. Ich gehe hierbei davon aus, dass selbstverständlich der Betreiber und das Ressort weiter in Gesprächen bleiben, um auszuloten, wie hier auch die Interessen weiter gewahrt werden können, denn klar ist

natürlich auch, wenn wir heute über ein Gebiet südlich der Bahn sprechen, ist das Gebiet nördlich der Bahn mit in den Blick zu nehmen. Wir haben alle verstanden, dass die aktuellen Planungen zu Sorgen geführt haben, und ich bin mir sicher, dass dem auch Rechnung getragen wird. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir diese Petition auch im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan heute noch einmal im Parlament behandeln, denn sie zeigt einen exemplarischen Zielkonflikt auf. Es ist mitnichten so, dass die Beiräte ständig Kirchturmpolitik betreiben würden und das große Ganze nicht sehen. Es gibt im Zusammenhang mit dem Zentren- und Nahversorgungskonzept präzise drei Konflikte zwischen den Beiräten und der Deputation, und über einen dieser Konflikte reden wir heute.

Oslebshausen wird durch die Bahnlinie geteilt. Nördlich liegt das Gewerbegebiet Schragestraße mit einer westlich angrenzenden, zahlenmäßig recht begrenzten Wohnbevölkerung, südlich der Bahnlinie liegt der größere Teil, dort befindet sich auch das Nahversorgungszentrum Oslebshausen, und direkt vor der Bahnlinie, also im nördlichen Teil, liegt der REWE-Markt am Kalmsweg. Er ist wichtig für die Versorgung im nördlichen Teil, gehört aber nicht zum Nahversorgungszentrum, denn das beginnt erst südlich der Bahnlinie.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Im Nahversorgungszentrum wird es einen neuen Vollsortimenter geben. Der Beirat und die Petentinnen möchten nun, dass der REWE-Markt auch zum Nahversorgungszentrum gerechnet wird. Wieso wollen sie das? Weil er dann größer werden könnte! Der REWE-Markt hat Bestandsschutz, aber er darf sich nicht erweitern, und falls er irgendwann schließt, käme dahin auch kein Vollsortimenter mehr. Warum will die Deputation das so? Weil eine Erweiterung des REWE-Marktes für die dort Wohnenden gar nicht nötig ist! Sie würde aber dazu führen, dass der REWE-Markt mehr und mehr Menschen von außerhalb anlocken wird, die mit dem Auto anfahren, und ein größerer Vollsortimenter

ter dann doch das Nahversorgungszentrum und andere bestehende Zentren kannibalisieren wird. In der Tat orientieren sich alle Supermarktketten auf mehr größere Märkte, weil sich das natürlich eher lohnt, und in der Tat entzieht das den kleineren Läden in den Zentren Kaufkraft.

Die Schragestraße ist ein Gewerbegebiet, und das kann und soll kein attraktives Stadtzentrum werden. Deswegen ist es richtig, das Nahversorgungszentrum hier nicht zu verändern, eine Ausdehnung von REWE kann man nicht wollen. Richtig ist aber auch, wenn REWE irgendwann den Standort aufgeben sollte und dann dieser Vollsortimenter ersatzlos wegfallen sollte, ist das für die Leute, die nördlich der Bahnlinie wohnen, ein Problem.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, das ist egal! Das sind 50 Meter!)

Wir haben daher in der Deputation festgehalten, dass man prüfen muss, ob wir nicht in Zukunft eine weitere Ebene des Zentrenkonzepts brauchen. Aktuell ist sie dreistufig: Es gibt die Innenstadt, die Stadtteilzentren und als dritte Ebene die Nahversorgungszentren. In einigen Fällen kommt man damit aber nicht aus. In diesen Fällen wird man perspektivisch so etwas wie kleine Nahversorgungszentren oder Nebenzentren einführen müssen, da, wo der Weg zum eigentlichen Nahversorgungszentrum zu weit wird. Das beantwortet nicht die Frage, ob sich an solchen Standorten tatsächlich ein kleiner Supermarkt niederlassen wird, denn das Interesse der Ketten richtet sich auf größere Märkte, und deren Standortentscheidung hängt nicht davon ab, wie viele Menschen da wohnen, sondern wie die Kaufkraft dort ist.

Es wurde schon gesagt, in Tenever wird eine solche Lösung jetzt zustande kommen, weil die GEWOBA sie möglich macht und entsprechend flankiert. Wo wir keine kommunalen Bestände haben, wird das richtig schwierig. Gerade die kleine Nahversorgung hängt zunehmend davon ab, dass Bestandshalter dafür die Initiative und die Verantwortung übernehmen. Das ist ein weiteres Argument dafür, wie wichtig die kommunalen Bestände für funktionierende Stadtteile sind. Trotzdem wird eine Lösung nur so aussehen können.

Ich kenne persönlich eher die Probleme, dass ein Vollsortimenter an einen Standort will, und das Nahversorgungszentrum lässt das nicht zu. Für mich ist die Situation in Oslebshausen eine neue: Da könnte einer kommen, aber man will ihn nicht. Wiederum weiß ich aber auch bei REWE, dass sie

nicht so ängstlich sind. Es gibt immer die Kombination von REWE und Lidl, es gibt immer die Kombination von REWE und ALDI, habe auch schon einmal mit jemandem von REWE gesprochen, der sagt, wir fürchten da die Konkurrenz nicht.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Darum geht es doch gar nicht!)

Also ist das für mich daher eine doch sehr ungewöhnliche Situation.

(Glocke)

Ein schleichender Umbau der Schragestraße – ich komme zum Schluss! – zu einem Pseudozentrum wäre unserer Meinung nach schlecht für Oslebshausen. Dafür lehnen wir die Petition ab und stimmen dem Bebauungsplan 152 zu. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Deputierte aus der Baudeputation, die heute von der Koalition anwesend sind, eigentlich steht alles in der Stellungnahme des Beirats. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie es gelesen und auch verstanden haben. Ich will das nur sagen, denn Sie werden das hier heute durchwinken, aber es geht mir dann auch darum, was heute hier gesprochen wird, was letztlich im Protokoll steht.

Jetzt fange ich einmal ein bisschen an: Es geht nicht um REWE, es geht nicht um Edeka oder ALDI oder PENNY oder Lidl oder wen auch immer, es geht hier um den Geist des zentralen Nahversorgungskonzepts. Was für eine Ausgangslage haben wir? Im Grunde genommen geht es immer darum, wie dimensionieren wir, und da gibt es so eine Faustregel: Bei der Ansiedlung von Lebensmittelmärkten – ob jetzt Discounter, Vollsortimenter oder Supermarkt – sagt man, so 800 bis 1 200 Quadratmeter Einzelhandelsfläche sind in der Regel für eine Mantelbevölkerung von 3 500 bis 5 000, das ist so die Hausmarke. Rechnen wir besser, gehen wir einmal von 1 000 Quadratmetern Einzelhandelsfläche für 4 000 Einwohner aus! Was haben wir jetzt in Oslebshausen? Wir haben im Moment vier Lebensmittelmärkte in einem Radius von 300 Metern. Das ist es nämlich! Deswegen, ob Edeka oder REWE, wenn einer von den beiden pleitegeht, hat

das für die Bevölkerung keine Auswirkung, das sind 50 Meter.

Wer glaubt, das Zentrum Oslebshausen ist im Zentrum von Oslebshausen, der irrt sich: Auch das Einzelhandelszentrum Oslebshausen liegt am Rand von Oslebshausen. 90 Prozent der Bevölkerung sind da auf der anderen Straßenseite. Das muss man nur einmal für das Verständnis sagen für die, die das nicht kennen. Also, wir haben jetzt vier Märkte. Wir bekommen jetzt noch einen fünften dazu, und dann sind wir bei 6 000 Quadratmetern Einzelhandels- oder Lebensmittelfläche im Radius von 300 Metern. Nehmen wir einmal das Maß von 4 000, dann sind wir bei 24 000 Menschen, die wir mit 6 000 Quadratmetern bedienen wollen. Das widerspricht doch dem Geist des zentralen Nahversorgungskonzepts. Das kann mir doch keiner erzählen! Wenn Sie noch ganz Grambke mit dazurechnen und wenn Sie diese Sachen noch mit dazurechnen, dann kommen Sie nicht ansatzweise auf diese 24 000 Menschen, und das ist das, was mich in der ganzen Diskussion stört. Deswegen sage ich auch: Diese Behörde, die Königin der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Frau Schaefer, Frau Bürgermeisterin Schaefer, Sie haben willkürlich gegen den Willen der Menschen in Gröpelingen, gegen einstimmige Beschlüsse, gegen die Petenten diesen Strich gezogen, hier ist die Grenze, ohne sich die Bedingungen anzuschauen, wie es da wirklich ist, und das ist unser Vorwurf an der ganzen Sache.

(Beifall CDU)

Es geht hier nicht darum, ob der REWE pleitegeht, ob Edeka da nicht klarkommt, auch PENNY und ALDI, und jetzt haben wir auch noch einen Bedia-Lebensmittelmart, sehr toller Laden. Darum geht es nicht! Wir mischen uns politisch ja nie in Wettbewerb ein, das ist Wettbewerb. Hier geht es nur darum, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, und diese Rahmenbedingungen, die Sie jetzt geschaffen haben, sind definitiv falsch. Das ist die erste Botschaft.

Das Nächste ist, wie Sie es gemacht haben! Frau Dr. Eschen hat es ja so ein bisschen – -. Klar, Sie sind da auch relativ neu in dem Thema, das verstehe ich, und Sie kennen wahrscheinlich auch nicht die Örtlichkeiten.

(Abgeordnete Dr. Solveig Eschen [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, doch!)

Deswegen haben wir übrigens Beiräte. Sie hätten eigentlich nur auf Ihre Beiräte vor Ort hören müssen. Das sind ziemlich schlaue Menschen. Die wissen das, weil sie da wohnen, und sie kennen auch die historischen Zusammenhänge, und sie wissen auch, was da wichtig ist, aber hier geht es im Grunde genommen darum: Wir haben recht, und das wird jetzt so gemacht auf dem Rücken – -. Und da geht es nicht um REWE! Sie machen das gerade auf dem Rücken der Menschen in Oslebshausen. Da geht es nämlich auch noch um zusätzliche Verkehre, die da kommen, und das ist im Grunde genommen das, was ich heute hier angesprochen haben möchte – und das werde ich den Menschen in Oslebshausen dann auch so sagen –: Die Schuldfrage steht, dass im Grunde genommen Oslebshausen in einem Verkehrschaos versinken wird.

(Abgeordneter Ralf Schumann [DIE LINKE]: Das ist ja auch Quatsch!)

Ihre gesamten Verkehrsgutachten, da lachen die Hühner! Das stimmt vorn und hinten nicht! Ich weiß nicht, wer das gemacht hat! Ja klar, Edeka hat es gemacht, denn sie wollten natürlich auch, dass das Verkehrsgutachten stimmt. Wir bekommen den Toom-Baumarkt in die Schragestraße, da bekommt Oslebshausen, was Oslebshausen will, was der ganze Bremer Westen will, wofür wir auch alle gemeinsam im Bremer Westen gekämpft haben. Das ist auch gut, da kommen zusätzlich Verkehre, und Sie schaffen jetzt noch eine zusätzliche Verkehrsbarriere, da wünsche ich viel Spaß, denn die Menschen kommen nicht mit dem Fahrrad. Glauben Sie nicht – -. Wenn die in Oslebshausen einkaufen, können sie da nicht mit dem Fahrrad hinfahren, weil es viel zu weit weg ist. Dafür können sie nichts, das ist nun einmal historisch so gewachsen, aber wir werden den Menschen erzählen, was Sie hier willkürlich wieder nach Gutsherrenart gemacht haben. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen Grund, warum wir normalerweise nicht in der Plenarsitzung der Bremischen Bürgerschaft über einen einzelnen Supermarkt und die Schaffung des Baurechts dafür diskutieren: Der Grund nennt sich Zentren- und Nahversorgungskonzept.

In einer Stadt/in einer Kommune, die so groß ist wie Bremen, ist es üblich, dass ein solches Konzept erstellt wird, mit dem für die ganze Stadt für alle Stadtteile und alle Flächen nachlesbar ist, wo die Stadt gern möchte, dass sich Supermärkte ansiedeln und dann auch gern ansiedeln dürfen und im Umkehrschluss alle anderen Flächen, wo das eben nicht gewünscht ist.

Bremen hat ein solches Zentren- und Nahversorgungskonzept. Es ist auch noch nicht alt, es ist vor eineinhalb Jahren im Februar 2021 hier von uns beschlossen worden, und der Bebauungsplan, über den wir hier reden, für die Errichtung eines Supermarktes, befindet sich in einer dieser dort von uns ausgewiesenen Flächen. Damit gibt es im weiteren Verlauf eigentlich ziemlich wenig zu debattieren.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Gut!)

Wenn man so eine Fläche ausgewiesen hat, dann ist es nicht verwunderlich, wenn jetzt eine große deutsche Supermarktkette kommt und sagt: Ich habe einmal in euer Konzept geschaut, ihr habt da Flächen ausgewiesen, da dürfen Supermärkte gebaut werden, das möchte ich gern machen. Ich glaube, das haut jetzt niemanden so richtig vom Hocker. Ich habe es auch extra noch einmal nachgeschaut: Dieses Konzept und diese konkrete Fläche ist im Februar 2021 beschlossen worden, übrigens auch mit den Stimmen der CDU.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, keine Frage!)

Insofern, Herr Kollege Strohmann, wenn Sie sich jetzt so selbstbewusst hierhinstellen und andere Leute fragen, ob sie die Zusammenhänge verstanden haben, dann müssen Sie sich noch einmal fragen lassen, ob Sie verstanden haben, was Sie vor eineinhalb Jahren beschlossen haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber wir werden das den Menschen erzählen! Kein Problem!)

Die Fläche ist als Fläche für Supermärkte ausgewiesen, da soll einer hin, es ist eine sehr nachvollziehbare Entscheidung, die jetzt zu treffen ist.

Etwas anderes ist – und das ist menschlich sehr verständlich –, um die Ecke ist schon ein anderer Supermarkt, sind sogar mehrere Supermärkte, aber es ist noch ein anderer, der auch ein Vollsortimenter ist, und es ist menschlich sehr nachvollziehbar, der

Betreiber begrüßt diese Entscheidung nicht. Er möchte gern, dass der neue Supermarkt nicht errichtet wird – das ist menschlich einhundertprozentig verständlich –, aber der Sinn eines Zentren- und Nahversorgungskonzepts und warum man da bestimmte Standorte ausweist, ist, dass man diese konkreten Standorte schützen will vor anderen möglichen Standorten aus übergeordneten Gründen, wie fußläufiger Erreichbarkeit, Belegung des historischen Stadtteilzentrums und Ähnlichem, also der Schutz des Standortes.

Es ist nicht der Sinn der Sache, Konkurrentenschutz zu betreiben, also sprich den einen Supermarkt vor dem anderen zu schützen,

(Zuruf CDU: Das verlangt keiner!)

genauso wenig, wie es unsere Aufgabe ist, einen Bäcker vor einem anderen zu schützen oder eine Eisdiele vor einer anderen zu schützen.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Das will doch auch niemand!)

Das ist nicht unsere Aufgabe, deshalb kann es auch hier keine andere Antwort geben, als dass der Bebauungsplan zu beschließen ist.

Zweites Thema, die Petition: Der Kaufmann des besagten bestehenden Supermarktes hat eine Petition eingereicht mit dem Ziel, dass er in das Nahversorgungszentrum aufgenommen werden möge. Die Baubehörde hat Linien gezogen, hat Begrenzungen gezogen anhand abstrakter Kriterien, das ist im konkreten Fall die Bahnlinie, um sich da nicht angreifbar zu machen – dieser Supermarkt liegt exakt hinter der Bahnlinie –, und der Petent argumentiert, das ist doch unverhältnismäßig, es sind wenige Meter. Dass der Eingang angeblich nicht zum Tunnel ausgerichtet sein soll, konnte ich jedenfalls für den fußläufigen Eingang auch nicht feststellen, und außerdem war er zuerst da, und diese historische Gegebenheit muss auch einbezogen werden.

Dieser Sachverhalt ist weniger eindeutig als der Bebauungsplan, die Argumentation ist nachvollziehbar. Der Petitionsausschuss war auch dieser Meinung, und wir als SPD wären für eine Änderung des Nahversorgungskonzepts offen gewesen, entscheiden tut das der Senat. Das Argument, das der Senat angebracht hat – –.

(Zuruf Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU])

Ja, der Senat muss aber trotzdem eine eigenständige Entscheidung treffen, Herr Kollege! Das Argument, das der Senat vorgebracht hat, ist auch nicht von der Hand zu weisen. Er hat argumentiert, wenn man das Nahversorgungszentrum nicht mehr anhand dieser abstrakten Linie abgrenzt, sondern jetzt noch ein einzelnes Grundstück mit dazubastelt, dass diese Einzelfälle das Konzept angreifbarer für den Vorwurf der Willkür machen, wenn man einmal damit anfängt, dass da solche Zipfel entstehen. Es handele sich um eine kommunale Satzung, die könne man vor dem Verwaltungsgericht beklagen. Das möchte der Senat auf Teufel komm raus nicht. Das verstehen wir, und wir nehmen das Ergebnis zur Kenntnis, auch wenn wir uns ein anderes Ergebnis gewünscht hätten.

Was man in aller Deutlichkeit sagen muss, ist, auch, wenn man den REWE-Markt in das Nahversorgungszentrum aufnehmen würde, würde das nichts daran ändern. Die Fläche für den Bebauungsplan, den wir hier besprechen, liegt völlig unstrittig und mit den Stimmen der CDU im Nahversorgungszentrum Oslebshausen, und wenn dort jemand einen Supermarkt errichten möchte, dann ist das sein gutes Recht. –

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, das ist klar!)

Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja schon viele Argumente gehört, und wir haben auch viele Argumente gehört, die finde ich, inhaltlich richtig sind. Wir müssen uns nur immer überlegen: Worüber reden wir jetzt hier gerade? Es gibt ja nun das Zentren- und Nahversorgungskonzept genau aus dem Grund, um ein bisschen zu steuern, um gerade nicht eine wilde Ansiedlung laufen zu lassen, sondern um gegenzusteuern, um gemeinsam zu beschließen, wo wollen wir eigentlich was haben, und die Ansiedlung dieses Supermarktes – ob man ihn jetzt inhaltlich mag oder nicht – wurde dort beschlossen. Das wurde für in Ordnung befunden.

Jetzt haben wir die Argumentation des Beirats gelesen, und er argumentiert ja insbesondere auch damit – das ist ja eine Hauptargumentationslinie –,

dass dem bestehenden REWE-Markt wiederum Umsatz abgezogen wird und er um die Existenz fürchten muss. Ich kann das unternehmerisch nachvollziehen. Wenn das mein REWE-Markt wäre, würde ich das auch so wahrnehmen, aber es ist ja gerade nicht Aufgabe des Zentren- und Nahversorgungskonzepts, jetzt einzelne Supermärkte zu schützen, sondern es ist ja die Aufgabe dieses Konzepts, in einer Gesamtheit darauf zu sehen und zu schauen: Wie ist die Versorgung vor Ort, und können wir uns einen Supermarkt mehr leisten oder nicht?

Die Debatte darüber, dass es nun vielleicht eine Überversorgung mit Supermärkten dort vor Ort geben könnte, hätten wir nicht hier führen müssen. Das hätten wir im Rahmen des Zentren- und Nahversorgungskonzepts diskutieren müssen, dort wurde dem aber wiederum zugestimmt. Das heißt, die Hauptargumentationslinie des Beirats ist für mich nicht nachvollziehbar. Unternehmerisch kann ich das total nachvollziehen, gar keine Frage, aber es ist ja nun nicht Aufgabe der Politik, die Umsätze einzelner Supermärkte zu schützen, sondern es ist Aufgabe der Politik, das Große und Ganze im Blick zu haben. Deswegen, unternehmerisch ist das nachvollziehbar, aber es ist nicht Aufgabe der Politik, einzelne Supermärkte zu schützen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber zumindest fair zu behandeln!)

Es wird dort ein bisschen mehr Wettbewerb geben. Das wurde im Zentren- und Nahversorgungskonzept so gemeinsam beschlossen, und deswegen ist es auch in Ordnung, hier heute zuzustimmen.

(Beifall FDP)

Eine zweite Frage ist die der Petition, und ich kann verstehen, dass der Betreiber des bestehenden Supermarktes sagt, ich hätte ganz gern Waffengleichheit. Das kann ich nachvollziehen, wenn einem dort ein deutlich größerer Versorger vor die Tür gesetzt wird und man selbst eigentlich auch vielleicht mehr Umsatz machen möchte, sich vielleicht auch ausbreiten möchte, das Angebot ausweiten und ein attraktiveres Angebot machen möchte – und wir wissen alle, dass Supermärkte heute deutlich anders aussehen, als noch vor 20, 30 Jahren, die Gänge sind breiter, es gibt mehr Angebote, es gibt Backecken und so weiter –, das kann ich total verstehen. Dem würden wir auch zustimmen, und für uns ist es nicht so ganz nachvollziehbar, warum dem an dieser Stelle nicht entsprochen worden ist. Das hätten wir als fair empfunden.

Darum geht es aber heute nicht. Es geht heute einzig und allein um die Frage: Darf sich dort dieser Supermarkt ansiedeln oder nicht? Wenn wir diese Frage so in Gänze behandeln und entscheiden, dann sagen wir als FDP-Fraktion: Mehr Wettbewerb ist in Ordnung, das Ganze wurde aus genau dem Grund auch im Rahmen des Zentren- und Nahversorgungskonzepts diskutiert und beschlossen, und deswegen werden wir dem Ganzen heute auch zustimmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst einmal möchte ich eingangs sagen, Herr Rohmeyer, ich schätze den Petitionsausschuss, das wissen Sie. Ich war ja auch schon öfter Gast bei Ihnen, und nicht immer – –.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Früher waren Sie sogar einmal Mitglied!)

Ich bin ja auch letztens mit Ihnen auf einer Fläche in Walle gewesen, der Hundenauslauffläche, wo man deutlich gesehen hat, man folgt auch nicht immer der Fachmeinung der Verwaltung, sondern schaut sich das auch selbst an. Ich möchte eingangs einmal sagen, dass ich das Petitionswesen für extrem wichtig halte, weil es immer noch einmal so einen Korrekturmodus haben kann, was politische Entscheidungen angeht. So weit das erst einmal vorangestellt!

Ganz sicher muss man auch die Bedeutung des REWE-Marktes gerade aus der Vergangenheit würdigen – das haben alle gemacht, und das will ich auch machen –, dass dort mit dem REWE-Markt bisher die Versorgung in dem Ortsteil gewährleistet werden musste. Ich glaube, das stellt auch keiner infrage. Jetzt geht es darum, dass ein leer stehendes Gebäude umgenutzt werden soll, plus einem Anbau für die Nutzung als Lebensmittelmarkt mit ergänzender Nutzung. Es geht um einen Backshop, es geht um Serviceeinrichtungen mit einer Verkaufsfläche von maximal 1 950 Quadratmetern, im ersten Obergeschoss sollen Schulungsräume entstehen, und wir sind der Meinung, das stärkt das Nahversorgungszentrum Oslebshausen. Das wird eine Verbesserung der Vernetzung mit den umgebenden Siedlungsbereichen mit sich bringen, übrigens auch, was die Fuß- und Radwege angeht.

Das Plangebiet – dazu haben Herr Schäck und Herr Wagner und auch Frau Dr. Eschen schon viel gesagt – liegt gemäß dem beschlossenen kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzept im Nahversorgungszentrum Oslebshausen. Jetzt sind bauleitplanerische Abwägungen getroffen worden, und es gab vorher auch noch eine Auswirkungsanalyse. Da hat man festgestellt, dass die Dimensionierung des Vorhabens für das Nahversorgungszentrum angemessen ist, dass es keine negativen städtebaulichen Auswirkungen auf das andere ZVB oder den Sonderstandort Schragestraße gibt. Verluste am Kalmsweg führen voraussichtlich nicht zu der Geschäftsaufgabe, da der Standort wegen der Konkurrenzlosigkeit bisher eine überdurchschnittliche Flächenproduktivität aufweist, und nach der Realisierung des geplanten Marktes im Plangebiet ist auch noch eine Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes im Burg-Grambke weiterhin realistisch.

Dann hat man sich noch einmal die Bevölkerungsentwicklung angeschaut und festgestellt, sie hat zwar jetzt erst einmal stagniert, aber man geht davon aus, dass es wieder ein Wachstum gibt – das war auch in der Vergangenheit bis 2020 immer gegeben –, und man kommt auch noch einmal zu dem Schluss, dass das die Kaufkraft in dem gesamten Gebiet eben auch stärkt.

Ich will einmal etwas zum Verkehr sagen, Herr Strohmann! Sie scheinen ja jetzt der beste Verkehrsgutachter zu sein. Es hat übrigens nichts mit Willkür zu tun oder mit Gutsherrenart, sondern man hat sich – –. Übrigens finde ich es auch unsinnig, eine Schuldfrage hier in diesem Zusammenhang zu stellen, es geht um eine Konkurrenzfrage.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

Doch, darum geht es! Das haben alle herausgearbeitet, Herr Strohmann.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: 6 000 Quadratmeter für 9 000 Bewohner haben Sie noch nicht erklärt!)

Der REWE-Betreiber hat Angst,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat mit REWE nichts zu tun!)

dass irgendwie eine Konkurrenz in die unmittelbare Nähe kommt – 400 Meter sind es – und Kundenströme abgehen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, 200!)

Jetzt tun Sie doch nicht so, als ob es Ihnen nur darum geht, wie die Linie gezogen wird, um die einzelnen Abgrenzungen der Einzugsbereiche zu machen, sondern es geht um –. Ich kann verstehen – da geht es mir wie Herrn Schäck, und wir sind sonst nicht immer einer Meinung, aber da schon! –,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist mir doch egal! Was habe ich damit zu tun?)

wenn ich einen Lebensmittelvollsortimenter betreibe, und dann kommt einer in eine angrenzende Nähe, dass man Angst vor Konkurrenz hat. Darum geht es schon. Es geht um eine Konkurrenzsituation.

Wir haben uns die Verkehrsprognosen angesehen und kommen zu dem Schluss – und das zeigt die Verkehrsuntersuchung –, dass die Leistungsfähigkeit auch bei der Berücksichtigung der Verkehre des geplanten Bau- und Gartenmarktes an der Schragestraße weiterhin gegeben ist. Es gibt also keine zu erwartenden Verkehrsprobleme.

Jetzt lehnt der Beirat Gröpelingen die Planungen ab und begründet diese Ablehnung insbesondere mit dem aus seiner Sicht fehlerhaften Zentren- und Nahversorgungskonzept, das hier überparteilich beschlossen worden ist. Es ist richtig, es gab auch noch einmal einen Beschluss in der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung am 23. Juni 2022 und einen Senatsbeschluss am 16. August 2022. Der Bauantrag liegt vor. Er ist übrigens noch nicht vollständig, also insofern gibt es dann eben auch noch nicht eine endgültige Genehmigung, aber – und das will ich noch einmal sagen – wenn man sich die Zuordnungen anschaut, dann ist es so, dass man irgendwo eine Linie im Zentren- und Nahversorgungskonzept ziehen muss, und ich finde es nachvollziehbar, dass das die Bahnlinie ist.

Da geht es mir wie Herrn Wagner: Ich finde, wenn man dann einen Zipfel macht, damit das irgendwo da hineinrutscht, und wir dann irgendwie noch einmal neu diskutieren würden, ob es dann eine Konkurrenzsituation ist oder nicht, das wäre vielleicht eher willkürlich, aber selbst, wenn wir es tun würden, dürfte man nach dem Zentren- und Nahversorgungskonzept einen zweiten Supermarkt dort hinbauen. Es würde also auch gar nichts bringen, Herr Strohmann, und insofern teilen wir das nicht und finden es nachvollziehbar, hier eine Grenze auch wirklich mit der Bahnlinie zu ziehen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, willkürlich!)

Nein, es ist nicht willkürlich! Herr Strohmann, Ihnen kann das vielleicht nicht passen, weil Sie ganz gern vor Ort –. Sie sagen ja auch die ganze Zeit, Sie werden es den Menschen erzählen. Davon gehe ich auch aus,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, ein schönes Zitat haben Sie ja heute gegeben!)

aber das ist ja sozusagen auch Ihre Intention, jetzt nicht nach fachlichen Gründen zu schauen, sondern eben den Menschen das zu erzählen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Erklären Sie doch einmal die 6 000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche für 9 000 Bewohner! Erklären Sie das doch einmal!)

Wissen Sie was, Herr Strohmann? Wir haben in der Deputation, der Sie ja nicht angehören, Situationen diskutiert, zum Beispiel in der Hammersbecker Straße, wo wir einen EDEKA haben, wo wir in unmittelbarer Nähe einen ALDI haben, wo wir in unmittelbarer Nähe einen REWE und einen Lidl haben, und trotzdem überleben alle und haben genügend Kundinnen und Kunden. Es geht hier um eine Konkurrenzsituation, die Sie ansprechen,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

und ich finde, dass die Menschen auch aussuchen können, zu welchem Discounter oder zu welchem Vollsortimenter sie gehen.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Es ist eine Angebotserweiterung für die Menschen in Oslebshausen, und die Verkehrsleistung ist gewährleistet für die Menschen. Für die Menschen in Oslebshausen wird es eher besser. Es geht um den Betreiber des REWE-Marktes. Ich kann verstehen, dass er Angst hat, wenn ein Konkurrent in unmittelbarer Nähe kommt, nur jetzt einen Umweg zu finden, wie Sie es gerade versuchen mit „das Zentren- und Nahversorgungskonzept hätte hier willkürlich irgendwelche Grenzen gezogen“,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das haben Sie!)

das teilen wir nicht, und das ist auch nicht der Fall, und diese Brücke reicht eben dann auch nicht.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, okay!)

Deswegen sind wir der Petition in diesem Fall auch nicht nachgekommen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 152, zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan, beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats, Drucksache [20/811 S](#), Kenntnis.

Rot-Grün-Rot kapituliert vor den Problemen am Bremer Hauptbahnhof – Drogenhandel bekämpfen, Drogenkonsumraum schaffen, öffentlichen Raum wieder nutzbar machen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 18. November 2022
(Drucksache [20/800 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Hauptbahnhof Bremen: Versuch eines Wandels vom Problem- zum Zukunftsort
Antrag der Fraktion der FDP vom 1. Dezember 2022
(Drucksache [20/813 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Olaf Bull.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen sehr oft über die Situation am Hauptbahnhof diskutiert, und ich finde, zu Recht: Überall Müll, Dreck, Drogenhandel, Uringeruch und leider auch viel Elend, aber auch wir haben natürlich zur Kenntnis genommen, dass derzeit eine verstärkte Polizeipräsenz zu verzeichnen ist.

(Zuruf SPD)

Ja, das ist gut! Allerdings habe ich in der letzten Woche einen Beitrag bei „buten un binnen“ gesehen, wo eine Person der Drogenszene zu Wort kommt. Ole, so hieß die Person, antwortet auf die Frage, ob er glaube, dass diese Präsenz dauerhaft durchgehalten werden könne, ganz klar mit Nein. Selbst er wünsche sich, dass die täglichen Pendler mit ihren Kindern nicht sehen müssen, wie sich dort Drogen gespritzt werden. Er gibt aber zu bedenken, dass die Drogenszene immer wieder zurückkehren werde, weil sie auf die Beschaffungskriminalität am Hauptbahnhof angewiesen ist.

Meine Damen und Herren, ich will für uns als CDU-Fraktion noch einmal ganz deutlich sagen, diese komplexe Problemlage am Hauptbahnhof ist keine alleinige oder ausschließliche Lage für die Polizei oder das Ordnungsamt,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Aha!)

nein, hier stehen die Ressorts Gesundheit und Soziales mindestens genauso in der Verantwortung, zu einer nachhaltigen Lösung beizutragen.

(Beifall CDU)

Wenn ich wie bei der letzten Debatte hier sehe – es war tatsächlich die Debatte zum Hauptbahnhof –, dass von der Senatsbank aus Weihnachtskarten geschrieben werden, dann zeigt es doch, wie wichtig einem diese Debatte ist, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Mittlerweile ist es so, dass wir eine Lage vor Ort haben, die eine Vielzahl von ordnungspolitischen Kräften erfordert, um allein die Situation vor Ort einigermaßen in den Griff zu bekommen, weil der Senat dieses Problem ehrlicherweise lange Zeit

ausgesessen und verschlafen hat. Es geht jetzt darum, kurzfristig wieder eine Situation herzustellen, die es für alle Menschen wieder einigermaßen erträglich macht.

Ich glaube, der Lösungsansatz, den wir als CDU-Fraktion haben, ist mehrschichtig, genau wie das Problem vor Ort, und deswegen, glaube ich, brauchen wir eine Koordinierungsstelle „Hauptbahnhof“, an der die Ressorts Gesundheit, Soziales, Stadtentwicklung und Inneres beteiligt sind, wobei der Senator für Inneres die Federführung übernimmt, denn bislang reden Sie immer wieder übereinander und wen Sie eigentlich in der Verantwortung sehen, Hauptsache, nicht sich selbst, und es muss darum gehen, dass alle Ressorts koordiniert an einem Strang ziehen, alle ein gemeinsames Ziel haben und verfolgen, Maßnahmen koordiniert werden und alle Ressorts auch ihrer Verantwortung gerecht werden. Zusammenarbeit ist das Schlüsselwort.

Meine Damen und Herren, es ist aus unserer Sicht weder zielführend noch nachhaltig, die polizeilichen Schwerpunktmaßnahmen durchzuführen und Hunderte Meter weiter ein paar neue Zelte oder Toiletten aufzustellen. Ich will jetzt nicht falsch verstanden werden: Ich finde es absolut richtig, dass gegen die Drogendealer vorgegangen wird, und auch den Vorstoß des Innensensors, dass diese Straftäter jetzt als organisierte Kriminelle bezeichnet und in ihre Heimatländer zurückgeführt werden sollen, begrüße ich natürlich, wobei ich mich natürlich frage, warum das nicht schon längst passiert ist.

(Beifall CDU)

Aber seis drum, besser eine späte Einsicht als gar keine!

Mir ist aber ganz wichtig, das kann nicht der einzige Ansatz sein. Aus meiner Sicht müssen die Menschen parallel zu den polizeilichen Maßnahmen von Streetworkern oder von wem auch immer angesprochen werden. Es muss Vertrauen geschaffen werden, und die Menschen müssen von den Hilfsangeboten überzeugt werden. Sie müssen quasi an die Hand genommen werden, um dann eine nachhaltige Hilfe zu gewährleisten. Ich glaube, das ist aus unserer Sicht die einzige realistische Sicht, um eine nachhaltige Verbesserung am Hauptbahnhof herzustellen.

Ein weiterer Punkt ist natürlich, wir müssen dafür sorgen, dass die Polizei und die Ordnungskräfte am

Hauptbahnhof durch eine konkretere Gesetzeslage konsequent einschreiten können, um die Situation schnell und vor allen Dingen auch rechtssicher zu entschärfen.

(Beifall CDU)

Deswegen fordern wir erneut – das haben wir in der Vergangenheit schon einmal getan – die Gesetzesreform des Ortsgesetzes in Form eines Alkohol- und Drogenverbots mit einem ganz genau abgegrenzten Bereich, wo ein begründeter Verdacht besteht, dass der Alkohol- und Drogenkonsum zu Ansammlungen führt. An dieser Stelle halten wir das demzufolge für zwingend notwendig, um dieser langen, über Jahre anhaltenden Problemlage am Hauptbahnhof endlich Herr zu werden.

Ich finde, es ist ganz, ganz wichtig, wir müssen die Arbeit der Polizei und des Ordnungsdienstes unterstützen und deren Arbeit nicht noch zusätzlich erschweren. Ich glaube, sie haben ehrlicherweise auch im Sinn, bessere oder sinnvollere Aufgaben zu machen, denn im Moment ist es ja wirklich so, dass unglaublich viele Ordnungskräfte eingesteuert werden müssen, allein, um festzustellen, wie lange eine Person sich dort aufhält und Alkohol konsumiert, um Platzverweise aussprechen zu können, denn es ist ja nicht grundsätzlich verboten, da Alkohol zu konsumieren. Das müssen wir dringend ändern.

Im Übrigen hat der Innensensor ja auch gesagt, dass die derzeitige Gesetzeslage für die Bremer Polizei nicht ausreicht, um der Problematik im Zusammenhang mit den Trinkenden und Drogenkonsumierenden im Umfeld des Hauptbahnhofs wirkungsvoll begegnen zu können. Leider konnte man sich da nicht durchsetzen, ich habe auch die vage Vermutung, das wird sich in den nächsten sechs Monaten nicht mehr ändern.

(Beifall CDU)

Die zweite wichtige Frage, die wir beantworten müssen und auch wollen, ist auch Inhalt unseres Antrags: Was machen wir mit den Menschen, die zum Beispiel von der Polizei angesprochen werden und denen ein Platzverweis ausgesprochen wird? Deswegen ist es wichtig, ein Konzept und Lösungen zu entwickeln, um für diese Menschen niedrigschwellige Maßnahmen und konkrete Hilfsangebote bereitzustellen. Dazu noch später mehr!

Weiterhin ist es aus unserer Sicht zwingend notwendig, zum einen die Reinigungsintervalle auf

dem Areal zu erhöhen, um auch mehr Aufenthaltsqualität vor Ort zu schaffen, und zum anderen muss an der Örtlichkeit eine Nulltoleranzzone beim Einschreiten der Ordnungskräfte als Maßgabe gelten. Egal, ob es um Ordnungswidrigkeiten aus dem Bereich des Umweltschutzes, um das Entsorgen von Kaugummis, Zigarettenstummeln, Lebensmitteln, Verpackungsmüll oder Drogenbesteck geht, es muss eine niedrige Einschreitschwelle für die Ordnungskräfte geben, und entsprechende Bußgelder sind stringent zu erheben. Es muss einfach spürbar sein, dass der Senat sich einig ist und diesen Zustand am Hauptbahnhof nicht tolerieren will, und dazu ist es wichtig, dass die Ordnungskräfte und die Polizei bei diesen Maßnahmen auch den politischen Rückhalt spüren.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, es zeigt doch den Zustand der Koalition ganz deutlich: Wenn man sich bei einem solchen Problem nicht auf eine effektive pragmatische Lösung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger verständigen kann und jetzt Maßnahmen ankündigt, die eigentlich schon längst hätten durchgeführt werden können und überfällig sind, grenzt das aus meiner Sicht an totales Regierungsversagen. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf, und wir und vor allem die Bürgerinnen und Bürger erwarten jetzt endlich Taten und Lösungen und nicht immer neue Ankündigungen.

(Beifall CDU)

Wir als CDU-Fraktion wollen die Menschen am Hauptbahnhof nicht nur verdrängen, sondern Hilfestellung anbieten und somit das Problem nachhaltig lösen mit kurzfristigen Maßnahmen und mit einem langfristigen Ansatz zur Verbesserung der gesamten Lage. Deshalb haben wir dafür einen sehr konstruktiven, verantwortungsvollen, ausgewogenen und nachhaltigen Antrag eingereicht. Der Antrag der FDP überzeugt uns nicht. Wir sind nicht davon überzeugt, dass Machbarkeitsstudien und Bedarfsermittlungen der richtige Weg sind, sie sind weder zielführend noch hilfreich. Sie sind im klassischen Sinne eigentlich Regierungshandeln, und wir brauchen jetzt endlich Lösungen und nicht erst Machbarkeitsstudien, die sowieso erst in drei Jahren vorliegen. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum war die letzte Debatte zum Bremer Hauptbahnhof vorbei, schon hatte die CDU einen neuen Antrag bereit, angeblich wissend, dass die rot-grün-rote Koalition vor den Problemen am Bremer Hauptbahnhof kapitulieren würde. In diesem kampfeswütigen Stil, im Wesentlichen auf die innenpolitischen Kräfte des Senators vertrauend, ist dann auch der zweite Antrag zum Thema geschrieben worden, das die CDU sich offensichtlich als Wahlkampfthema Nummer eins auf die Fahne geschrieben hat und zu dessen Lösung sie aber offensichtlich wenig beitragen kann oder möchte.

Weder Verbot mit Schiebeeffect noch eine ressortübergreifende Koordinierung sind neu, eine mobile Polizeiwache ist unsinnig, solange eine stationäre da ist, und auch sonst finde ich keine Vorschläge oder Ideen, und alles andere, was unter den Beschlusspunkten steht, ist bereits in Angriff genommen. Das wurde auch schon in der Debatte ausgesprochen, die wir letzte Woche in der Innendebatation geführt hatten, in der Herr Mäurer samt Ressort einmal wieder in die Pflicht genommen wurden, das Problem zu lösen.

Zugegeben war der Sachstandsbericht, den der Senat nach so vielen Monaten Tätigkeit am Hauptbahnhof vorlegte, auch nicht gerade erheiternd. Wir erfahren, dass die – Zitat – „ressortübergreifenden Anstrengungen nur kurzfristige Erfolge brachten und für Bürger:innen keine spürbaren Verbesserungen erkennbar geworden seien“. Zwar seien in den letzten sechs Wochen knapp 1 300 Personen kontrolliert, 350 Platzverweise erteilt, 175 Strafanzeigen und 91 Ordnungswidrigkeiten verhängt worden, aber trotz allem sei – Zitat – „keine merkliche Verbesserung aufgetreten“. Wie man jetzt angesichts dieses gewaltigen Trial-and-Error-Programms weiter darin verharren kann, den Innensensor anzufeuern, mehr zu verbieten, mehr zu kontrollieren, härter durchzugreifen, das verstehe, wer will.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Der vorliegende Sachstandsbericht zeigt doch in aller Deutlichkeit, dass der Innensensor im Alleingang wohl ausgeschöpft hat, was auszuschöpfen war. Gekostet hat uns das knapp 3 000 Einsatzstunden der Bremer Polizei. Wer die Personalsituation der Bremer Polizei kennt, sollte sich diese Zahl einmal auf der Zunge zergehen lassen! Wie viele Verbrechen hätte man mit diesen Stunden aufdecken,

wie viel Leid verhindern und wie viele Stapel abarbeiten können?

Warum sind diese Stunden ins Leere gelaufen? Ich erinnere gern noch einmal daran, dass wir Freien Demokraten von Anfang an das Gerangel um Deutungshoheiten zwischen Parteien, Politikern und Ressorts gerügt haben, ebenso den Mangel an wissenschaftlicher Fundierung und Maßnahmen und die Tatsache, dass die Verdrängungsmechanismen nicht antizipiert worden sind. Das fällt uns nun in ganz bitterer Form von vergeblich investierten 3 000 Einsatzstunden der Bremer Polizei gerade wieder auf die Füße.

Nun hat man dazugelernt, und ich habe den Eindruck, die Parlamentsdebatten und auch die vielzähligen Medienberichte haben doch einiges bewirkt. Erstens wird besser verstanden, dass Corona Zuwanderungen aus südeuropäischen Staaten und das Auftauchen der Droge Crack die Dramaturgie der Situation beschleunigt und verschärft haben. Zweitens rückt der Blick weg von innenpolitischen Maßnahmen hin zur Not der Menschen und wie man hier so helfen kann, dass man Opfer und Leid nicht manifestiert und zementiert. Drittens hat der Senat die Dringlichkeit, den Lösungsprozess gemeinsam voranzutreiben, und er hat es auch gezeigt und in die Stadtöffentlichkeit erfolgreich kommuniziert, indem die Senatoren gemeinsam in die Friedrich-Rauers-Straße marschiert sind, um weitere Maßnahmen zum passgenaueren Umgang mit der Drogenszene abzustimmen.

Wir Freien Demokraten nehmen das wahr und erkennen das an, und trotzdem haben wir nun selbst auch noch einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, weil wir wahrnehmen, dass nach wie vor reaktiv auf ein Problem reagiert wird, anstatt die Frage positiv zu stellen: Welche Funktion soll unser Bahnhof eigentlich haben? Welche politische, ökonomische, kulturelle, soziale, integrative und verkehrstechnische Rolle soll dieser Bahnhof im stadträumlichen und stadtsoziologischen Kontext einnehmen? Damit reißen wir natürlich einen größeren Kontext für die ganze Stadt auf, sollte der Bahnhof nicht innerhalb eines kommunalpolitisch definierten Stadtverständnisses seine Funktionen zugeschrieben bekommen, und was liegt näher, als dass er in einer Handelsstadt wesentlicher Punkt der Tourismus- und Mobilitätsstrategie wird? Dürfen wir das einmal fragen, werde Senatorinnen und Senatoren, die leider heute, die entscheidenden, nicht anwesend sind?

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Bitte? Er ist doch da!)

Wofür soll unser Bahnhof stehen? Was soll er darstellen und leisten, und wie soll die Anbindung in die Quartiere aussehen? Dass diese Positivdefinition Hand in Hand gehen muss mit einer Lösung für die aktuelle Drogen-, Bettel-, Gewalt- und Suchtproblematik, das liegt auf der Hand. Das flexible Drogenkonsumcenter bleibt daher Dreh- und Angelpunkt, um mit einer Lösung voranzukommen, und deswegen bringen wir heute noch einmal etwas ausführlicher unseren Vorschlag ein, die vorhandenen Flächen und Immobilien im Umfeld des Bremer Güterbahnhofs als separates Areal zu nutzen, um dort ein einmaliges therapeutisches Zentrum für Suchtkranke zu schaffen. Dort gäbe es nahe am Bahnhof gelegen genügend Raum für medizinische Hilfe, Ausgabestellen für Drogensatzprodukte, Mittagstische, Kleidersammlungen und vieles mehr. So könnte Bremen seinem Anspruch an eine integrative Stadtgesellschaft gerecht werden und Bremer Bürgerinnen und Bürgern ihren Bahnhof wieder zur Nutzung frei machen.

Sie können sich denken, dass auch nach Gesprächen, die den letzten Debatten folgten, mir sehr bewusst ist, dass die bislang 200 oder 300 Kulturschaffenden, die diese 36 000 Quadratmeter ja bisher nutzen, uns wahrscheinlich für diesen Vorschlag jetzt nicht lieben werden, also das war mir bewusst.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Vollkommen zu Recht!)

Trotzdem wollten wir die Diskussion im Sinne der ganzen Stadt noch einmal eröffnen und dabei die Kulturszene als potenziell aktive Mitgestalter von Stadtkultur auffordern, sich aktiv in die Debatte einzubringen und auch in die Stadtentwicklung. Könnte es nicht auch eine Chance sein, dem, was sich an kulturellen Errungenschaften am Bahnhof bereits befindet – wir haben da das Übersee-Museum, wir haben die Europawiese, wir haben den Platz der Deutschen Einheit –, neue Sichtbarkeit und Bedeutung und Strahlkraft zu verleihen?

Könnte es nicht eine Chance sein, durch einen Umzug oder auch – von mir aus müssen sie da auch nicht weg – einen Teilumzug der freien Kulturschaffenden in leere Innenstadtgebäude zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt beizutragen und dabei selbst eine höhere Sichtbarkeit zu erreichen? Ich habe sehr aufmerksam gelauscht, als am Freitag ein kleiner Film von „buten und binnen“

über den Wunsch junger Kulturschaffender in Bremen kam. Diejenigen, die zum Beispiel nach dem Studium in Bremen bleiben wollen, wünschen sich, Kultur als Mehrwert für die Stadt öffentlich zu machen, erfahren wir dort. Neben Orten im Freien und zu erschließenden Flächen formuliert das Kollektiv der Kulturschaffenden in dem Film, dass sie gern Leerstand in der Innenstadt als Kreativraum und als sichtbare Ausstellungsfläche nutzen möchten. Sehr wichtig sei das für eine Großstadt wie Bremen. Künstlerisches Potenzial gebe es genug, man müsste es nur hier halten können, und das geschehe eben dadurch, dass leere Räume der Innenstadt bespielt und Kunst ermöglicht würden.

Vielleicht begegnen sich mit dem Umzug oder Teilauszug der Kunstszene aus dem Güterbahnhof und der Ausgestaltung der Funktion des Bahnhofs und der Schaffung eines Therapiezentrums drei stadtpolitische Themen, die gemeinsam weiterentwickelt werden können und einen Win-win-win-Effekt zum Ergebnis hätten.

(Vizepräsidentin Anje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Ich persönlich bin skeptisch, was die Friedrich-Rauers-Straße angeht, auch wenn dort jetzt in rasendem Tempo der Platz für Drogenabhängige vorbereitet wird, und ich bin auch skeptisch, wenn ich sehe, wie nun zwar ressortübergreifend, aber eben immer noch reaktiv und problemgeleitet versucht wird, die komplexe Elendssituation um den Bahnhof in den Griff zu bekommen. Wir Freien Demokraten schlagen Ihnen vor, stattdessen einen proaktiven und gestaltenden Ansatz zu verfolgen, der gesamtgesellschaftlich und positiv die Rolle des Bahnhofs als Mikrokosmos in unserer Handels- und Touristenstadt definiert.

Aber unsere Skepsis soll für Sie nicht handlungsleitend sein. Wir bitten den Senat darum, in der Sache nicht weiter mit Trial and Error zu verfahren, sondern einmal die medizinischen und therapeutischen Bedarfe zu ermitteln, die in den Quartieren ungelöst bleiben. Wir erwarten, dass Sie sich mit den Gewerbetreibenden am Bahnhof und dem Museum über alternative Nutzungskonzepte der Flächen rund um den Bahnhof unter Berücksichtigung von Verdrängungseffekten austauschen, und wir fordern eine Machbarkeitsstudie, die einmal die Rahmenbedingungen des Güterbahnhofs als Hilfsort gegen die Vor- und Nachteile des Standortes Friedrich-Rauers-Straße analysiert, denn, lieber Herr Lübke, es wäre doch tragisch, wenn wir auch

hier wieder nach Gefühl und Wellenschlag entscheiden und dort erneut Unmengen von Ressourcen nutzlos hineinverten würden. Also von daher: Analyse ist eine gute Sache.

Zu guter Letzt brauchen wir auch eine Evaluation von sicherheitspolitischen Einrichtungen und Maßnahmen am Bahnhof, damit er wieder mit maßvollem und zielgenauem Einsatz ein sicherer Ort werden kann, und daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Den Antrag der CDU-Fraktion lehnen wir ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber.

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Abgeordnete der CDU, ich habe Ihren Antrag einmal gelesen, zweimal gelesen,

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Dreimal?)

und ein drittes Mal habe ich nicht gelesen, nein, weil ich mich gefragt habe: Wo sind die neuen Erkenntnisse, die wir nicht schon in der letzten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft hier ausführlich diskutiert haben?

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Dann habe ich mich noch einmal auf die Überschrift konzentriert, wo Sie tatsächlich sagen, dass Rot-Grün-Rot kapituliert vor den Problemen am Bremer Hauptbahnhof. Haben Sie in den letzten Debatten zugehört? Haben Sie zugehört,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, wir haben Augen!)

was wir tun? Dann kommen Sie auf das Wort Kapitulation, das heißt, ein endgültiges sich beugen vor überlegener Gewalt. Ich bitte Sie! Das kann nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich gehe noch einmal auf drei Gesundheitsthemen ein, die Sie in Ihrem Antrag nennen! Das ist Beschlusspunkt 4, der Drogenkonsumraum, den Sie

sich 2023 im Frühjahr wünschen. Ich habe niemanden hier in der letzten Debatte gehört, der nicht gefordert hat, den Drogenkonsumraum so schnell es geht und am liebsten morgen zu eröffnen. Niemand hat das irgendwie in anderer Weise dargestellt, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Dann sagen Sie in Beschlusspunkt 5, Unterstützungsangebote müssen neu justiert werden – auch das haben wir lang und breit diskutiert, und auch in den Treffen, die es übergreifend gab, wurde immer wieder deutlich gemacht, dass das nötig ist –, und Sie wünschen sich in Beschlusspunkt 3, dass es dezentrale Substitutionsangebote gibt. Auch das, meine Damen und Herren, ist gesagt worden, ist gefordert worden und ist in den Plänen der Umsetzung deutlich hervorgehoben worden.

Liebe Abgeordnete der FDP, Sie machen jetzt ein viertes Beteiligungsressort auf, das Kulturressort, und eine Machbarkeitsstudie. Auch da habe ich mich dann am Ende auf die Überschrift konzentriert, worin steht „Versuch eines Wandels vom Problem- zum Zukunftsort“. Auch da, glaube ich, sollte es beim Versuch bleiben, und darum lehnen wir beide Anträge heute hier in aller Deutlichkeit ab.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal eine fachliche Einschätzung: Wenn es ein Therapiezentrum am Hauptbahnhof gibt, wie soll das gehen? Von der Nadel direkt in die Therapie? Meine Damen und Herren, wer glaubt, dass das funktioniert, der irrt sich gewaltig!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Lassen Sie mich jetzt noch einmal ein paar Dinge aus der letzten Woche aufgreifen, die gesagt wurden, aber die scheinbar nicht verstanden wurden! Es wird ein übergreifendes Treffen der Ressorts geben, und es gab übergreifende Ressorttreffen, wozu die Ressorts Inneres, Gesundheit und Soziales beteiligt sind, wo es Player aus dem Hauptbahnhof gab – sowohl Geschäftsleute als auch Institutionen –, die gemeinsam überlegt haben, was die Lösungen sind, sie festgelegt haben und diese in die Umsetzung bringen. Dass das natürlich schneller gehen könnte, das haben wir nicht verhehlt, der Meinung sind wir ganz eindeutig, aber gibt es immer wieder Gründe, warum sich einige Sachen verzögern. Damit sind wir definitiv nicht glücklich, aber

ich glaube, dass die Dinge, die angegangen werden, wichtig und gut sind.

Ich möchte ein paar Sachen nennen: Dass wir diesen Toleranzraum schaffen, und zwar da schaffen, wo er geschaffen wird, in der Friedrich-Rauers-Straße, da, wo jetzt schon ein Drogenkonsumraum ist, wo Räumlichkeiten angemietet werden und wo Platz sein wird, damit sich die Betroffenen da aufhalten werden, halten wir für unbedingt den richtigen Ort.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Ort wird gestaltet werden, und zwar auf ganz verschiedenen Ebenen. Es wird eine Aufenthaltsqualität geben, das, was die Außenanlage angeht, es wird Spritzenabwürfe geben, es wird eine Essensversorgung geben, auch bevor dieser Raum eröffnet wird, es wird Sitzmöbel und Ruheräume geben. Auch die wird es schon jetzt geben für die Konsumenten von Crack innerhalb des Drogenkonsumraums, damit sie zur Ruhe kommen und damit das Aggressionspotenzial gesenkt werden kann und Möglichkeiten geschaffen werden, diese Menschen anzusprechen. Die Streetworker werden in ihrer personalen Ausstattung gesteigert, und dezentrale Strukturen, das hatte ich schon gesagt, werden auch geschaffen.

Ich möchte hier unbedingt noch zwei weitere Punkte erneut ansprechen, die mir sehr wichtig sind, ich habe sie auch in der letzten Sitzung angesprochen: Die Menschen, die konsumieren, befinden sich in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie haben keine Arbeit, sie haben oft keine Wohnung, und sie sind nicht an einem Hilfesystem angegliedert. Sie können das Geld für ihre Drogen ausschließlich durch kriminelle Handlungen beschaffen. Das ist ein großes Problem. Dieser Zyklus der kriminellen Geldbeschaffung muss unterbrochen werden, und dafür müssen wir uns überlegen, wie wir den Drogenkonsumenten weiterhin und verstärkt eine Substitution anbieten können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Nur dann kann diese Spirale – und ein Hauptproblem am Bahnhof ist die Beschaffungskriminalität – unterbrochen werden.

Ein weiterer Punkt, der mir noch sehr wichtig ist, ist die Gewaltprävention, wo ich glaube, dass wir da auch noch ein bisschen zulegen können. Gerade Frauen sind massiv betroffen von Gewalt in diesem

Milieu. Da muss es noch bessere Programme geben, um für diese Gewalt, die nicht immer sichtbar und die oft versteckt ist, noch ein größeres Hilfeangebot zu schaffen, um das zu unterbinden. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, heute wieder zum Thema Hauptbahnhof sprechen zu können, heute in der Stadtbürgerschaft, da, wo das Thema ja eigentlich auch hingehört. Wir diskutieren heute die Anträge der CDU und der FDP, welche sich mit den aktuellen Problemlagen am Bremer Hauptbahnhof auseinandersetzen. Die Probleme haben wir hier aber auch in den Ausschüssen und Deputationen in der Vergangenheit vielfach diskutiert, und uns eint die Erkenntnis, dass die Situation am Hauptbahnhof sich in den vergangenen Wochen und Monaten suboptimal entwickelt hat.

Auch über die Gründe haben wir hier bereits diskutiert, und ja, Handlungserfordernisse wurden auch in der Vergangenheit schon erkannt, und ja, es wurden auch in der Vergangenheit schon Maßnahmen angestoßen, und wir stellen fest, dass diese Maßnahmen leider oftmals ins Leere gelaufen sind. Deswegen besteht erneut Handlungsbedarf, denn einer der wenigen richtigen Sätze im Antrag der CDU beschreibt den Hauptbahnhof als Eingangstor für die Gäste unserer Stadt und einen wichtigen ÖPNV-Verkehrsknoten für Pendlerinnen und Pendler sowie Bremerinnen und Bremer. Ansonsten fordert die CDU vielerlei, was wir in den vergangenen Wochen und Monaten bereits diskutiert haben, deswegen gehe ich auf die Forderung nach einer Novellierung des Ortsgesetzes über die öffentliche Sicherheit und das Alkohol- und Bettelverbot am Hauptbahnhof auch nicht erneut ein, denn dazu wurde schon alles gesagt, auch von mir. Zu den Themen Substitutionsangebote und Drogenkonsumraum wird meine Kollegin Frau Reimers-Bruns gleich sicherlich noch etwas sagen.

Kolleginnen und Kollegen von der CDU, lassen Sie uns ehrlich sein: Wenn die Koalition hier einen solchen Antrag eingebracht hätte, hätten Sie ihn verbal zerrissen. Wenn wir gefordert hätten – Frau Präsidentin, ich zitiere –, „die Stadtbürgerschaft möge beschließen, die Stadtbürgerschaft verurteilt den zunehmenden Drogenhandel im Bahnhofsumfeld

aufs Schärfste“, dann hätten Sie uns Kapitulation vor den Herausforderungen am Hauptbahnhof vorgeworfen. Sie hätten uns vorgeworfen, wir würden vor der Situation kapitulieren und uns nur noch auf Appelle beschränken.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie hätten Ihre Ungläubigkeit mit viel Pathos zum Ausdruck gebracht, und Sie hätten uns Versagen vorgeworfen. Liebe Abgeordnete der CDU-Fraktion – das müssen Sie jetzt ertragen, das werfe ich Ihnen jetzt auch vor –: Dieser Antrag ist Oppositionsversagen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Anspruch und Realität klaffen bei Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU, ja des Öfteren auseinander. Was Sie sich zum Thema Hauptbahnhof aber leisten, geht langsam auf keine Kuhhaut mehr. Neben der ganzen medialen Begleitmusik fordern Sie auch im aktuellen Antrag – ich zitiere – „kontinuierlich durchzuführende Schwerpunktmaßnahmen“, und der Kollege Lübke spricht in der Innendeputation von inakzeptablen Zuständen am Hauptbahnhof.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Das sehen die Bürger und Bürgerinnen auch so!)

Hören Sie einmal zu, dann können Sie etwas lernen! Wenn die Polizei in Abstimmung mit den Personalvertretungsgremien dann ein Konzept vorlegt, wie man die Präsenz am Hauptbahnhof über die kommenden Wochen und Monate realisieren kann, dann stellen sich Ihre Regionalfürsten – unter anderem auch wieder der Kollege Lübke – hin und unterstellen dem Innensenator ein Armutszeugnis, weil für ein paar Stunden an ein paar Tagen die Kontaktbereichspolizisten diesen personalintensiven Prozess unterstützen sollen.

(Beifall SPD – Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Es gibt kaum noch KOPs!)

Der Untergang des Abendlandes, weil ein paar KOPs auf dem Weihnachtsmarkt Präsenz zeigen sollen, nicht einmal am Hauptbahnhof! Nach Ihrer Logik müsste sich der Innensenator wahrscheinlich für die Besetzung einer mobilen 24-Stunden-Wache am Hauptbahnhof rechtfertigen, die Sie da ja selbst fordern. Wie abstrus ist das denn alles?

Was denken Sie eigentlich, wie es in der Realität ausschaut? Natürlich müssen wir polizeieintern umsteuern, um eine robuste Präsenz am Hauptbahnhof zu realisieren. Was denken Sie denn? Dass wir ständig ein paar Dutzend Polizistinnen und Polizisten im Hinterstübchen in Reserve halten, nur für den Fall, dass sie einmal gebraucht werden?

(Zurufe)

Kolleginnen und Kollegen, weil mich das wirklich, wirklich aufregt, einmal zur Einordnung: An den 33 Tagen des Weihnachtsmarktes ist rechnerisch jeder KOP an sechs Tagen für jeweils vier Stunden eingeteilt, mehr nicht!

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Das macht die Sache jetzt besser!)

Liebe Abgeordnete der CDU, Sie können dem Innensenator wieder und wieder ein Armutzeugnis ausstellen, es ändert nichts daran: Das Innenressort und die Polizei liefern und tragen so ihren Teil dazu bei, die Situation am Hauptbahnhof positiv zu verändern,

(Beifall SPD)

und das wissen Sie ja auch, das ist ja das Perfide an der ganzen Sache!

Das Problem der CDU ist ja, dass die Polizei am Hauptbahnhof präsent ist und ihren Job macht: Kontrollen über Kontrollen, Platzverweise, Gefährderansprachen rund um die Uhr. Kolleginnen und Kollegen, die Maßnahmen wirken, und nachdem der Kollege Bensch mir in meiner letzten Rede zum Thema Hauptbahnhof mit Verweis auf die Herrichtung der Strukturen an der Friedrich-Rauers-Straße noch Wahlkampfgerede unterstellt hat, stellen wir heute zusammen fest, dass das Wahlkampfgerede vor Ort schon ordentlich etwas geschafft hat.

Das ist ja auch putzig zurzeit: Wenn die Koalition etwas umsetzt, dann ist es Wahlkampfgerede, oder es sind Wahlkampfgeschenke, und wenn wir Ihrer Meinung nach zu wenig machen, dann ist das Politikversagen oder Kapitulation, Klientelpolitik oder wer weiß was, Hauptsache, man kann sich echaufieren.

(Zurufe Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Kolleginnen und Kollegen, wenn in Bremen irgendwann morgens die Sonne nicht mehr aufgeht,

laden Sie kurz danach zum Pressetermin am Horizont, um die Schuld dafür der Koalition zu geben!

(Beifall SPD – Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Wo sind denn die Argumente? Leeres Geschwätz! – Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Waren Sie das gerade, Herr Lübke, oder war das Frau Bergmann? Das ist ja – –.

Da passt es auch, dass Sie in Ihrem Antrag das „Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof“ aus dem Jahr 2018 und die „Sicherheitspartnerschaft Hauptbahnhof“ von Mitte 2021 erwähnen. War dazwischen nicht etwas? Kolleginnen und Kollegen, alle Ressorts arbeiten seit fast drei Jahren im Hardcoremodus, und verdammt noch einmal, ja, die verschärfte Drogenproblematik am Bremer Hauptbahnhof ist natürlich ein Resultat der Arbeitsfokussierung auf Corona und den russischen Angriffskrieg in den Ressorts. Da sind Maßnahmen hinten heruntergefallen, und das bestreitet auch niemand. Ja, da waren eine ganze Zeit lang die Maskenkontrollen im ÖPNV oder die Kontrolle der Quarantäne zum Schutz von Menschenleben für beinahe zwei Jahre mehr im Fokus als Maßnahmen, welche für eine andere Entwicklung am Hauptbahnhof gesorgt hätten.

Herr Strohmann,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja?)

es ist dann doch ein Unterschied, ob man Plakate zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Rechtsfreier Raum dank Rot-Rot-Grün“ am Hauptbahnhof klebt, oder ob man die Herausforderungen dieser Stadt erkennt und sich ihrer annimmt.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wir werden sehen!)

Ganz ohne Polemik, ganz pragmatisch und lösungsorientiert, so macht die Koalition das, so macht Rot-Grün-Rot das.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Abschließend stelle ich fest, dass die CDU den vom Senat auf den Weg gebrachten Umzug der Drogenszene in die Friedrich-Rauers-Straße nun offensichtlich doch befürwortet. Das freut uns sehr, Einsicht ist der erste Weg zur Besserung. Außerdem stellen wir fest, dass die CDU die von der Polizei und dem Ordnungsdienst durchgeführten Schwerpunktmaßnahmen begrüßt und bei aller öffentlich

gespielter Entrüstung um die Notwendigkeit von Personalsteuerung weiß: Ganz ohne Wahlkampf geht es wohl zurzeit nicht. Mit diesem Erkenntnisgewinn, nämlich dass die CDU jetzt das fordert, was der Senat umsetzt, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns hier alle einig, dass sich die Zustände am Bahnhof massiv verschlechtert haben und darunter nicht nur die Pendler:innen, sondern beispielsweise auch die obdachlosen Menschen selbst leiden. Die Problemlage ist komplex und muss durch einen umfassenden und ganzheitlichen Ansatz bearbeitet werden, und egal, welche Purzelbäume die CDU dabei schlägt, sie kann nicht wegreden, dass die Lage für jede Regierung komplex wäre. Das verkennen Sie aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wenn Sie Flyer mit einem Bild mit einer Spritze darauf verschicken und dies in die Nähe der rot-grün-roten Regierung und ihrer Politik stellen.

Ehrlich gesagt, in meiner Empfindung ist das Populismus pur, und es ist auch unhaltbar, wenn man sich einmal vor Augen führt, dass die Crackproblematik sogar auf der Tagesordnung des Städtetages gelandet ist, weil es eben auch Städte gibt wie Hannover und Hamburg – und Frankfurt sowieso –, die ähnliche Herausforderungen zu meistern haben, und auch da gibt es nicht das Schema F, nach dem man verfahren könnte.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Weil heute Nikolaustag ist, möchte ich zunächst einmal mit einem Märchen aufräumen – noch einmal aufräumen, muss ich sagen –: Wir, DIE LINKE, sagen nicht, dass Ordnungspolitik kein Bestandteil des Umgangs mit den Problemen am Hauptbahnhof sein kann oder darf. Wir sagen, dass Ordnungspolitik nicht die alleinige Antwort sein kann, und das ist Fakt, denn wenn Ordnungspolitik in einer einseitigen oder vielleicht gar hilflosen Verdrängungspolitik mündet, dann werden Probleme – und das haben wir ja in den letzten Wochen und Monaten gewissermaßen auch zu spüren bekommen – verlagert und im Zweifel sogar verschärft. Als LINKE und als Koalition pochen wir deshalb auf

Schaffung von Toleranzorten und Aufenthaltsflächen, weil wir wegkommen müssen von der kurz-sichtigen Symptombekämpfung hin zu einer Ursachenbekämpfung, zu Prävention und zu einem aufeinander abgestimmten Vorgehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das machen wir nicht, weil wir glauben, dass wir die Wahrheit mit Löffeln gefressen haben, sondern weil wir uns einig sind mit vielen Praktiker:innen, mit Anrainern, mit Expert:innen, dass ohne die Bereitstellung von Orten, Flächen, Therapieangeboten, Sozialarbeit und Infrastruktur maximal eine Problemverschiebung stattfindet. Diese Erkenntnis setzt sich ja langsam auch durch, langsam muss man sagen, zumindest bei einigen.

Um einmal in der Welt der Märchen zu bleiben: Die CDU macht ja so ein bisschen auf Rumpelstilzchen, was den Hauptbahnhof angeht. Sie schimpfen und stampfen, aber Sie machen außer Verdrängung wenig konkrete Vorschläge, wie die Situation nachhaltig verbessert werden kann, und das machen Sie in Ihrem Antrag erneut nicht. Stattdessen versuchen Sie auch noch, mit einem, wie ich finde, überhaupt nicht ausgewogenen Antrag, Herr Kollege Lübke, oder mit billiger Polemik –

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Dann habe ich alles richtig gemacht!)

Stichwort rot-grün-roter rechtsfreier Raum –, in einer Veranstaltung Pluspunkte zu sammeln. Die Erklärung ist ganz einfach: Es ist Wahlkampf, das findet aber auf Kosten der Menschen statt, sowohl der Passant:innen als auch der Suchtkranken, die Lösungen brauchen, und zwar langfristige Lösungen, die auch funktionieren. Sie sprechen zum Beispiel von Gleichgesinnten in Ihrem Antrag, da, wo es um Suchtkranke geht, und einmal für das Protokoll: Sucht ist keine Gesinnung, Sucht ist eine Krankheit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie geben eine Politik auf – Klammer auf, falls Sie die in dieser Frage überhaupt einmal betrieben haben, Klammer zu –, die nach Lösungen sucht, und ich finde das nicht ernsthaft, unsachlich, unehrlich und auch populistisch. Dazu gehört auch – und das gehört auch zur vollständigen Wahrheit dazu, aber auch Sie können dazulernen, das gestehe ich Ihnen zu –, dass die CDU selbst, Ihre Fraktion, im Mai 2021 gegen die Schaffung eines dauerhaften Dro-

genkonsumraums gestimmt hat. Sie haben das abgelehnt, nur, um hier einmal eine vollständige Erzählung an die Öffentlichkeit zu bringen!

Wenn Sie jetzt die Aufforderung bringen, dass der Mietvertrag unterschrieben werden soll: Ja, da hat niemand widersprochen, glaube ich. In keiner der bisherigen Bürgerschaftsdebatten hat jemand dem widersprochen. Ihnen ist aber auch hoffentlich klar – Sie haben ja auch eine Anfrage dazu gestellt –, dass das im Moment an der Verhandlungstaktik des privaten Vermieters hängt, wo Sie doch immer die Rechte der privaten Vermieter so wichtig nehmen. An der Stelle zieht der Vermieter sein Recht, das Vertragsrecht entsprechend anders gestalten zu wollen. Das ist sein Recht, aber deswegen sind wir gerade zeitlich im Verzug.

Auch das muss man ja sagen: Es gibt ja einen mobilen Drogenkonsum, und man muss jetzt auch nicht so tun, als gebe es überhaupt gar kein Angebot für den, ich sage einmal, begleiteten, mit Personal ausgestatteten Drogenkonsum. Das gibt es. Das gibt es noch zu klein, und davon gibt es noch zu wenig und nur mobil, das ist alles richtig, und wir wollen alle den Drogenkonsumraum, aber wie gesagt, die Ursache dafür müssen Sie nicht dem rot-grün-roten Senat in die Schuhe schieben, sondern dann seien Sie bitte auch so ehrlich, zu sagen, da hat der private Vermieter vielleicht auch eine Mitverantwortung.

Dazu, weil wir schon bei Märchen und in der Weihnachtszeit sind: Ja, alle Jahre wieder, eigentlich muss man sagen, alle Monate wieder, kommt irgendwie so ein Antrag von Ihnen – irgendwie habe ich das Gefühl, das wiederholt sich, und die Taktung wird auch geringer, ähnlich wie beim Drogenkonsum –, und Sie fordern ein Alkoholkonsumverbot. Ausnahme ist der Freimarkt, also es gibt gutes Saufen und schlechtes Saufen.

(Heiterkeit SPD)

Aber Witz beiseite: Das ist doch ein reiner Law-and-Order-Ansatz bei den sozialarbeiterischen Maßnahmen! Das ist alles nicht ernsthaft und unausgegoren, und das ist meiner Meinung nach nicht ausgewogen.

Ja, nach Lösungen zu suchen, ist anstrengend. Man muss unbequeme Fragen angehen, und das macht die FDP, das muss man ihr zugestehen – der Lösung stimmen wir dann auch wiederum nicht zu –, aber was Sie machen, ist eben ganz etwas anderes: Sie winden sich um diese unbequemen Fragen, Sie

versuchen keine Antworten zu finden auf Nutzungs- und Zielkonflikte, und ja, die Situation ist unterirdisch für alle Beteiligten. Sie ist unterirdisch für die Süchtigen selbst, sie ist unterirdisch für die Polizistinnen, und es ist schwer, damit umzugehen. Sie ist auch für die Anrainer und Passantinnen unterirdisch, nur es gibt eben nicht den einen Schalter, den man umschalten kann, den man umlegen kann, und dann ist die Situation gelöst. Auch der Aktionsplan Hauptbahnhof ist ja nicht der magische Schalter, der die Situation plötzlich bereinigt hätte, wenn alles umgesetzt wäre.

Seit der Beschlussfassung des Aktionsplans im Senat hat sich die Crackproblematik ja noch einmal extrem verschärft, nicht nur in Bremen, auch in anderen Teilen oder in anderen Großstädten in Deutschland. Das Tückische an Crack ist ja, das wurde hier bereits von den Gesundheitspolitikern und -politikerinnen jetzt und auch in der letzten Debatte gesagt: Es gibt sehr kurze Konsumintervalle, Konsumzyklen. Es gibt eine sehr verringerte Ansprechbarkeit, es gibt eine sehr hohe psychische und körperliche Abnutzungserscheinung, die sogenannte Elenderscheinung, und es ist ein riesiges Problem, damit umzugehen.

Ich zumindest kann für mich sagen, ich bin keine Expertin in Suchtprävention und in Suchttherapie, das bin ich nicht, aber ich finde, das müssen wir alle miteinander machen. Wir müssen bereit sein, auf die Expertinnen und Experten zu hören. Die haben wir ja, die haben wir auch im Senat. Frau Carneiro Alves, die Suchtreferentin in der Gesundheitsbehörde, hat einige Ansätze dafür auch dem „Weser-Kurier“ in die Feder diktiert. Ich glaube, darauf sollte man hören. Es ist ja richtig, dass auch eine Diamorphinambulanz geprüft werden soll. Das macht der Senat allerdings bereits, und Frau Bernhard, unsere Gesundheitssenatorin, setzt sich auch im Bund für die Initiierung eines Bundesmodellprojekts zur Entwicklung von Substitutionsmedikamenten ein, denn die gibt es auch noch nicht.

Was sehr richtig ist: Der Erfolg oder das, was eine Diamorphinambulanz verspricht, ist ja, Beschaffungskriminalität bei Konsum et cetera zu minimieren, also die Folgeerscheinungen dieser heftigen Suchterkrankungen. Es ist ja richtig, das zu probieren, nur man darf auch nicht erwarten, wenn es eine Diamorphinambulanz gäbe, dass dann alle Probleme gelöst sind, denn auch die hat hohe Hürden, auch sie hat hohe Anforderungen, auch gesetzlicher Art. Insofern: Hören wir auf die Expertinnen und Experten! Allen, die das bis jetzt noch nicht getan haben, empfehle ich, sich „buten un

binnen“ vom Sonntag anzuschauen, denn da kommen auch Ärzte der AMEOS-Klinik zu Wort, da kommen auch die Straßensozialarbeiter zu Wort, die eben sagen, reine Verdrängung wird keine Lösung bringen.

Es braucht Lösungen wie die, die jetzt durch den Senat in der Friedrich-Rauers-Straße geplant sind, einen Toleranz- und Aufenthaltsraum, und da müssen Sie nicht von einem rechtsfreien Raum sprechen, denn es funktioniert doch nicht, zu sagen, wir wollen die Crackszene weg haben vom Hauptbahnhof, weil das häufig zu Belästigungen von Passantinnen und Passanten führt, aber die Angebotsseite soll irgendwie nicht mit. Wenn man A sagt, muss man auch B sagen. Wenn man sagt, es gibt einen Toleranzraum, dann bedeutet das unweigerlich, dass selbstverständlich auch die Angebotsseite mitgedacht werden muss, denn das eine funktioniert ohne das andere nicht, und das finde ich dann schon ein bisschen bigott von der CDU, da von einem rechtsfreien Raum zu sprechen, denn ehrlich gesagt, das ist wirklich zu viel zu kurz gesprungen, was Sie da machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Letzter Satz zu der Frage Toleranzort Friedrich-Rauers-Straße! Viele Expertinnen und Experten aus der Praxis sind sich einig, dass man nicht einfach so eine Szene verpflanzen kann und dass man auch bahnhofsnaher Aufenthaltsflächen braucht. Ich meine das ganz ernst, da müssen wir wirklich intensiv in die Suche gehen, was auch nahe am Bahnhof an Möglichkeiten, an Infrastruktur, an sozialarbeiterischen Möglichkeiten, an therapeutischen Angeboten geschaffen und ausgebaut werden kann. In meiner Auswertung geht die Ausweitung des Szenetreffs, die Schaffung von Sanitäranlagen et cetera tatsächlich zu langsam voran, und ich glaube, wenn wir da von einem integrierten Vorgehen und vom Ineinandergreifen verschiedener Angebote sprechen, dann bedeutet das, dass auch da mehr Wumms und mehr Druck in die Umsetzung hineinmuss. So viel Ehrlichkeit muss sein!

Ich glaube, es wurde bereits viel umgesetzt. Frau Osterkamp-Weber hat eben bereits erwähnt, was alles schon umgesetzt wurde, was sich in der Umsetzung befindet, und ich glaube trotzdem – auch das muss der Vollständigkeit halber gesagt werden –, bei einigen Vorhaben kann es noch ein bisschen mehr Tempo geben. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur noch ein paar kurze Gedanken! Ich glaube, rechtsfreier Raum und Änderung der Gesetzeslage, das ist deswegen nicht nötig, weil die Gesetzeslage klar ist. Es gäbe ganz viele Situationen, wo man eingreifen könnte, aber das Polizeipersonal ist einfach nicht da, dem Innensenator fehlt schlicht das Personal. Es nützt nichts, da können wir noch mehr Gesetze ändern, es nützt einfach nichts.

Dann ist eine Frage, die ich gern nachher auch noch einmal beantwortet haben möchte: Ist diese Friedrich-Rauers-Straße wirklich der richtige Ort? Sie wissen auch, dass da viele Geflüchtete mit ihren Kindern wohnen. Muss es sein, dass das da ist?

(Beifall FDP – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Die sind da nicht mehr!)

Wirklich? Alle weg?

(Zurufe – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Ja! Glauben Sie, das habe ich auch auf dem Zettel!)

Okay!

Mir ist aufgefallen – ich kann das auch verstehen, man muss da auch erst einmal darüber nachdenken –, dass wenig über unseren stadt- und kulturpolitischen Ansatz, den wir jetzt einfach als neue Perspektive mit in die Debatte hineingebracht haben –, Man kann sich dazu vielleicht nicht so schnell verhalten, und man muss erst einmal darüber nachdenken, aber ich habe von der linken Seite Wertschätzung für den Versuch gehört und wahrgenommen, da alle diese Gedanken einmal mit hinzunehmen. Ich bedanke mich dafür, habe ganz am Schluss auch noch einmal von Frau Leonidakis gehört, als sie von „meine Vorstellungen“ sprach: Ich meine, ich habe Vorstellungen, und Sie haben Vorstellungen, und Sie haben Vorstellungen und so weiter.

Was ist so schlimm daran, die Dinge einfach einmal zu analysieren? Das muss doch nicht drei Jahre dauern. Dann suchen Sie sich jemand anderen, und machen Sie das einmal sehr schnell in einem oder zwei Monaten, und dann haben wir eine Grundlage und müssen nicht beliebig Ressourcen, zum

Beispiel – –. Das wäre jetzt für mich so die Albtraumvorstellung: Man investiert da in diese Friedrich-Rauers-Straße und stellt am Ende fest, es klappt gar nicht, dass sie dahin gehen. Das wäre doch ein Jammer! Vielleicht könnte man das vorher identifizieren. Das also einfach noch einmal ein paar Überlegungen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Björn Fecker.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir jetzt vorgenommen, noch einmal kurz etwas zu beiden Anträgen zu sagen. Zum Antrag der CDU ist, glaube ich, so viel gesagt worden. Bei mir stand jetzt darauf: Déjà-vu! Gern auch in der nächsten Sitzung der Stadtbürgerschaft wieder dasselbe Thema mit denselben Inhalten! Wir werden Ihnen aber sicherlich auch dieselben Antworten darauf geben, weil wir überzeugt davon sind, dass wir auf dem richtigen und guten Weg sind.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich will zum Antrag der FDP auch inhaltlich zwei Sätze sagen! Das Erste ist die Frage, welches Zeitfenster nimmt man sich. Das, finde ich, ist ein Punkt, Frau Bergmann, den man an der Stelle sicherlich auch kritisch sehen muss, dass man sich nämlich mit all diesen Studien und Co. auf einen Weg macht, der erst einmal die Datengrundlage schafft, und das wird Zeit brauchen, und ich glaube, dass wir diese Zeit am Hauptbahnhof nicht haben.

Das Zweite ist, das will ich Ihnen aber auch sehr deutlich im Namen unserer Fraktion sagen: Wir sind auch inhaltlich nicht überzeugt davon, dass das, was Sie vorgeschlagen haben, der richtige Weg ist, denn unabhängig davon, dass wir am Güterbahnhof einen zehnjährigen Nutzungsvertrag mit Optionen auf Verlängerung haben und dass wir da auch eine Menge Geld für den Brandschutz investiert haben, frage ich mich persönlich, welches Signal Sie eigentlich an die Kulturschaffenden vor Ort senden, meine Damen und Herren von der FDP. Es ist für Sie offensichtlich nur eine Verschiebemasse, für Sie ist Kultur offensichtlich nur ein Lückenfüller.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Ach, Herr Fecker, das doch nicht! – Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Nein, das ist genau der Punkt: Da ist mit viel Einsatz und Engagement etwas aufgebaut worden, und jetzt kommen Sie um die Ecke und sagen, weg damit, wir brauchen das – –. Was ist das für ein Umgang mit Initiativen, meine Damen und Herren von der FDP?

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

So geht man doch nicht mit den Leuten um!

Wenn man sich das vor Ort ansieht, dann stellt man doch fest, dass wir da mittlerweile einen hervorragenden Mix haben von verschiedenen Dingen, von Ateliers, von anderen Bereichen, und dann ist das doch ein Wert, ein Schatz, den wir da mittlerweile in der Stadt haben, und dann kommt der Hinweis, wir brauchen auch Kultur in der Innenstadt. Das ist richtig. Aber den Menschen zu sagen, ihr müsst jetzt umsiedeln von hier nach da, das ist doch kein vernünftiger Weg des Umgangs mit diesen Initiativen, und auch aus diesem Grund lehnen wir Ihren Antrag an der Stelle ab.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Für uns ist der Kulturmix vor Ort sinnvoll, und für uns ist auch der Kulturmix am Güterbahnhof sinnvoll.

Ich will dann noch einmal ganz kurz darauf hinweisen, dass für uns auch klar ist, dass es weiterhin einen Dreiklang geben muss, nämlich von polizeilichem Handeln – Sie erinnern sich an die Debatte von vor, ich weiß gar nicht, vier Wochen, dass die Polizei eben nicht der Reparaturbetrieb der Gesellschaft sein kann –, aber dass natürlich auch polizeiliches Eingreifen dazugehört. Das Zweite zum Thema der medizinischen Betreuung und dem Umgang mit Sucht kann ich gar nicht besser vorstellen, als meine Kollegin das getan hat, deswegen erspare ich es mir an der Stelle, und mein Eindruck war auch, dass es beim dritten Punkt, nämlich der Frage der Stadtentwicklung, der Frage, wie wir diese öffentliche Fläche bespielen, eigentlich auch keinen Dissens gab. Wir haben uns darauf verständigt, dass das mit dem Freibad keine so gute Idee ist, aber ansonsten, der dahinterstehende Gedanke, diese Fläche zu nutzen, sich diesen öffentlichen Raum auch wieder für öffentliche Nutzung zurückzuholen, hat uns doch eigentlich auch alle vereint.

Insofern sehen Sie, meine Damen und Herren, es gibt einen Plan des Senats. Ich teile den Hinweis, der hier auch von Frau Leonidakis und Herrn Lenkeit gegeben wurde, dass man da an der Stelle noch ein bisschen mehr Tempo braucht, aber an den Grundsätzen rütteln wir nicht, und das ist der Grund, warum wir auch beide Anträge ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte das gern noch einmal klarstellen! Ich glaube, dass das ein vielleicht nicht wohlwollendes Zuhören – –.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe es gelesen!)

Aber wenn Sie unseren Antrag lesen, wenn Sie genau hören, was ich formuliert habe, haben wir formuliert, dass wir zum einen Kulturthemen vor Ort sehen, dass wir finden, dass die Kulturszene in die Stadtentwicklung mit hineinwirken soll und dass das möglicherweise auch ein Gewinn sein und eine Positivwirkung haben kann,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir schon verstanden!)

in dieser Weise in die Stadt hineinzuwirken und auch dort Raum zu bekommen. Ich finde es schon an der Grenze zur Bösartigkeit, uns dann zu unterstellen, wir würden sie wegschieben wollen.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Stehen Sie doch zu dem, was Sie vorgestellt haben! Etwas anderes will die FDP doch nicht!)

Wir haben auch nicht – –. Wir machen Vorschläge.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Sagen Sie doch, die FDP-Fraktion will das nicht!)

Es ist nicht die Idee, jemanden wegzuschieben, es ist auch die Idee, dass ein Teil da bleibt und ein Teil woanders ist. Es ist ein Einwurf in eine Debatte, und wir würden uns freuen, wenn Sie ihn als solchen verstehen und als solchen hören, denn als solcher ist er gemeint. Alles andere ist, glaube ich,

eine Frage von so oder so etwas missglückter Kommunikation. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ute Reimers-Bruns.

Abgeordnete Ute Reimers-Bruns (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gäste gibt es hier nicht mehr so viele, ich möchte mich auch deshalb noch einmal kurz fassen. Es wurde jetzt heute Abend schon so viel zu dem gesagt, was eben tatsächlich ich auch als Scheinheiligkeit betrachte, der CDU-Antrag, dass es hier nicht um eine Kapitulation geht, sondern dass wir durch Wiederholung – –. Ich werde mich da auch meinen Vorrednern anschließen: Wir können es gern wieder in die nächste Landtagssitzung oder in die übernächste Sitzung der Stadtbürgerschaft bringen, es wird nicht besser. Dadurch, dass man immer wieder dieselben Forderungen formuliert, wird es nicht besser, einen Antrag immer wieder zu stellen, sondern wenn man dann von der Koalition klargemacht hat, dass wir daran sind, alles zu erarbeiten, damit sich die Situation verbessert, ich glaube, das ist etwas, was heute Abend hier noch einmal ganz deutlich geworden ist.

(Beifall SPD)

In einem Punkt – ich bin ja nun keine Innenpolitikerin – muss ich aber auch wirklich noch einmal Herrn Lübke widersprechen! Wenn Sie sagen, dass die ganzen Maßnahmen, die wir gemacht haben, die also dieser Innensenator gemacht hat, nichts bewirkt haben: Wie wollen Sie das überhaupt einschätzen können? Es wurde im Gegenteil ganz viel verhindert, was vielleicht noch an kriminellen Geschichten hier stattgefunden hätte.

(Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Es ist einfach, einfach irgendetwas zu behaupten und Maßnahmen, die gemacht werden, einfach nur zu negieren und zu sagen, es bringt sowieso nichts. Das ist einfach nicht in Ordnung, und da sage ich auch ganz vehement,

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

da unterstützen wir unseren Innensenator massiv, aber nicht nur ihn.

Wir unterstützen als SPD-Fraktion eben auch unsere Gesundheitssenatorin, und auch sie wiederum zu kritisieren, sie hätte nichts gemacht, oder es würde nichts auf den Weg gebracht: Nein – das hat gerade auch Frau Leonidakis noch einmal deutlich gemacht –, neue Geschehnisse wie zum Beispiel die besondere Situation am Bahnhof durch die Crackkonsumierenden erfordern auch neue Ideen, in diese Richtung zu gehen, etwas Neues auszuprobieren, Modellprojekte anzuschieben, auch bundesweit etwas auf den Weg zu bringen, und all das macht unser Senat gemeinsam.

Ich habe auch keine Lust mehr, mir immer wieder anzuhören –. Selbst, wenn es einmal ein bisschen Schwierigkeiten innerhalb des Senats geben sollte, ist das ja auch in Ordnung, es sind ja alles nur Menschen, und man ringt immer um den besten Weg. Hier aber immer wieder das Konstrukt herbeizuzitieren, die wären sich alle nicht einig: Das stimmt nicht! Hier ziehen alle, die etwas im Senat zu sagen haben – und das sind wir alle, weil wir keine Richtlinienkompetenz des Bürgermeisters und des Präsidenten des Senats haben –, an demselben Strang, und gerade wir alle wollen, dass der Hauptbahnhof wieder für alle freundlich und für alle gut erfahrbar ist, und damit schließe ich. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rainer Bensch.

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erste Feststellung jetzt zum Ende der Debatte: Der Senat als Exekutive, verantwortlich für die Problemlösung am Bremer Hauptbahnhof, gibt diesem Thema nicht die notwendige Priorität.

(Beifall CDU – Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das sehen Sie heute auch daran, dass die Senatsbank – verzeihen Sie bitte, Herr Staatsrat! – von den mindestens drei zu beteiligenden Ressorts nicht mit einer Senatorin oder einem Senator vertreten ist, sondern nur mit einem Staatsrat.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Nur?)

Dies ist ein Armutszeugnis und eine Bankrotterklärung für diesen Senat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Das Zweite ist ein Appell an die Parlamentarier aller Fraktionen – die Grünen nehme ich dabei ein bisschen aus, aber an die übrigen! Immer nur CDU-Bashing und nach dem Motto „macht bloß keine parlamentarische Kontrolle,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Sie lechzen ja danach! – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Mit Kontrolle hat das nichts zu tun! – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Sie verlangen ja danach!)

wir regieren hier, alles wird gut“, das gehört sich schlichtweg nicht. Wir entscheiden, mit welchen parlamentarischen Mitteln wir hier als Parlamentarier den Senat kontrollieren, und das lassen wir uns von Ihnen nicht vorschreiben.

(Beifall CDU)

Bevor dieses Thema in den letzten Wochen überhaupt Gegenstand hier im Parlament war, haben wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion eine sehr ausführliche, sehr weitgehende Große Anfrage gestellt, ruhig, sachlich, unaufgeregt, um unseren Kontrollauftrag wahrzunehmen. Dass dies heute nicht auf der Tagesordnung steht und nicht mit diesem Tagesordnungspunkt verbunden wird, ist eine Sache der Koalitionsfraktionen, insbesondere der LINKEN, Sie wollten es nicht, das ist ein Wegschieben von Verantwortung. Auch das lehnen wir ab, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Die ist doch noch auf der Tagesordnung!)

Nein, die Große Anfrage, Frau Leonidakis! Die Große Anfrage ist eben nicht verbunden worden, aber wir sehen uns im Januar wieder, dann werden wir darüber sprechen.

(Zurufe Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Sie haben bei Ihrem Debattenbeitrag viel Augenkontakt zu mir gehabt, und ich habe bei vielen inhaltlichen Punkten auch genickt und Ihnen damit auch schon Zustimmung signalisiert, dass wir doch in vielen sachlichen Einzelpunkten nicht weit auseinander sind, aber bitte akzeptieren Sie einfach einmal das Zusammenspiel der Kräfte! Wir sind Opposition, wir machen unseren Job richtig gut,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Dann verbinden Sie einmal solche Anträge!)

und wenn ich noch eines dazu sagen darf: Bei der Wahrnehmung der Probleme und auch bei der Kompetenz für die Lösung der Probleme haben wir im Gegensatz zu Ihnen die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt auf unserer Seite.

(Beifall CDU)

Wenn wir also rein gesundheitspolitisch konstatieren, wo stehen wir, was wollten wir eigentlich, dann stellen wir fest – und ich rede nicht von Märchen, ich bleibe sachlich –: Im Jahr 2019 hat dieser Senat gesagt, nächstes Jahr, 2020, haben wir einen funktionierenden integrierenden Drogenkonsumraum. Und wo stehen wir heute, dreieinhalb Jahre später? Den gibt es nicht. Es gibt einen Container mit zwei kleinen Räumlichkeiten, klar, personell besetzt, begleitet, und die Suchtmittel wurden von 1,9 Millionen Euro auf 3,9 Millionen Euro erhöht. Und wie ist die Wirksamkeit, wie ist das Ergebnis? Das ist schlecht, das ist unzureichend, und, das muss man hier sagen,

(Beifall CDU)

dafür trägt dieser Senat die Verantwortung.

(Zurufe)

Ja, es regt einen schon auf. Es regt einen wirklich schon auf!

Noch etwas, was einen Blick in die Zukunft gibt, vielleicht einmal ein Bild, das noch nicht so skizziert wurde, aber was unbedingt gesagt und gezeichnet werden muss: Wenn Sie etwas geschafft haben, sind das zwei Dinge: auf der einen Seite, und das haben Sie ja sogar zugegeben, ein zunehmendes Elend rund um den Bremer Hauptbahnhof –

(Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

doch! –, und das Zweite, und das haben Sie auch geschafft, ist eine unwahrscheinliche Aufblähung eines Drogenhilfeträgers, der jetzt schicke Büroräume hat, weit entfernt vom Ort des Geschehens. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, wenn Sie überhaupt von Ergebnissen sprechen wollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren: ein Armutszeugnis für Ihre Koalition!

(Beifall CDU)

Ich finde es schade, dass Frau Bernhard jetzt nicht hier sitzt, dass Herr Mäurer jetzt auch nicht hier

sitzt, denn ich hätte folgenden Appell: Wir brauchen eine Grundvoraussetzung, damit sich zumindest auch allein unter Ihrer Koalition etwas bessert. Die linke Gesundheitssenatorin muss ihre offenkundige Allergie gegen Innensenator Mäurer schnellstens ablegen, und noch besser ist es: Setzen Sie unsere konkreten CDU-Vorschläge um, so weit sind wir nicht auseinander. Greifen Sie dazu, die Exekutive einmal richtig anzupacken und nicht nur hier im Parlament zu reden und alles immer schönzureden! Setzen Sie das um, wozu Sie gewählt sind: Lösen Sie die Probleme konkret! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dazu kann ich natürlich nicht schweigen, Herr Kollege Bensch. Sie sind zwar gesundheitspolitischer Sprecher, in gesundheitlichen Diagnosen sind Sie trotzdem nicht gut. Es gibt keine Allergie,

(Zurufe)

nicht zwischen zwei Senatorinnen und Senatoren, und auch sonst nicht. Sie haben ja eben schon gesagt, Sie haben mir offensichtlich gut zugehört und dass wir uns in einigen Dingen einig sind. Ich hätte mir dann gewünscht, wenn wir uns schon so einig sind, dass Sie sich dann auch in Ihrer Fraktion durchsetzen und einmal ein paar gesundheitspolitische Vorschläge haben,

(Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

die vorwärtsweisend sind, und nicht nur das, was Sie hier zum wiederholten Male vorgelegt haben.

Für sachliche Beiträge sind wir ja immer offen, und ich möchte deswegen noch einmal kurz auf die FDP eingehen! Ich habe in meinem Eingangsstatement schon gesagt, ich würdige die Bemühungen der FDP, eine ausgewogene und differenzierte Analyse der Lage am Bahnhof vorzunehmen. Das ist zu würdigen, denn da unterscheiden Sie sich von der CDU in positiver Hinsicht.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Aber!)

Sie sagen, dass ein massiver Polizeieinsatz zwar kurzzeitig ordnend sei, aber keine langfristige Bes-

serung schaffe, dass kranke Menschen keine Polizei, sondern medizinische Hilfe brauchen, dass es Begleitungsstreetwork und soziale Begleitung brauche, dass für Crackkonsumentinnen und -konsumenten sichere Orte nötig wären und dass schnell ausgesprochene Alkoholverbote der Komplexität der Situation nicht gerecht würden.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Genau!)

Dem stimme ich zu 100 Prozent zu, das kann ich sofort unterschreiben, nur die Frage ist ja: Wo landen sie dann? Wie gesagt, ich finde es auch noch einmal würdigenswert, wenn Sie sich wirklich in die Mühen von konkreten Antworten begeben. Auch das ist zu würdigen, dass Sie sich nicht darum herumwinden, wie es die CDU macht, die irgendwie eine Situation beklagt, aber keine Antworten dafür liefert. Lediglich der Antwort möchte ich hier eine ganz klare Absage erteilen und mich auch einmal der Absage des Kollegen Fecker anschließen: Nicht zur Disposition stehen kann der Güterbahnhof mit seinen Hunderten von Künstlerinnen und Künstlern und dem Verein 23 als geschaffene Struktur, das ist für uns indiskutabel.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Verein 23 hat einen Mietvertrag bis 2036, zu diesem Mietvertrag stehen wir, und er gilt. Ich frage mich schon, ob Sie gleichermaßen damit umgehen würden, wenn da das Konzerthaus Die Glocke stünde. Ich wage das zu bezweifeln, aber das ist eine andere Frage. Einmal abgesehen davon, dass der Güterbahnhof Nutzerinnen und Nutzer hat, die einen gültigen Vertrag haben, die wir dort haben wollen, glaube ich nicht, dass es eine gute Antwort wäre, eine Drogenszene direkt an Bahnschienen unterzubringen. Der Güterbahnhof wurde ja seinerzeit 2018 geräumt, weil dort jemand zu Tode gekommen ist.

(Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Ja, und deswegen –. Wir haben nicht die Räumung des Güterbahnhofs kritisiert, sondern wir, DIE LINKE, haben kritisiert, dass seit 2018, seit der Räumung des Güterbahnhofs, keine Alternativangebote geschaffen wurden. Dass der Güterbahnhof aber von der Obdachlosenszene geräumt wurde, das war richtig, weil dort die Sicherheit für Leib und Leben nicht gewährleistet ist, insbesondere bei Menschen, die Drogen konsumieren. Deswegen, wir stehen zum Verein 23.

Wir sind gegen Ihre konkrete Antwort, aber – auch das möchte ich jetzt noch einmal als versöhnliches Abschlusswort aus dem Parlament sagen – Ihre Bemühungen sind trotzdem würdigenswert, die sehen wir, und die respektieren wir auch an dieser Stelle. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist so undankbar, jetzt noch zu sprechen,

(Zurufe: Ja!)

Ihre Geduld zu strapazieren. Ich versuche, es wirklich zu straffen.

(Zuruf Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE])

Es ist weniger als drei Wochen her, dass Sie mit der Gesundheitssenatorin und mit dem Innensenator debattiert haben. Heute können Sie nicht über einen Drogenkonsumraum debattieren, aber vieles ist gesagt. Die Bemühungen sind offenkundig – Sie können das im Januar fortführen –, er ist Dreh- und Angelpunkt der Strategie, aber heute ist er nicht Gegenstand der Debatte. Das ist bedauerlich, aber es ist auch kein Drama.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Heute sprechen wir über zwei sehr unterschiedliche Anträge der Opposition. Vieles von der CDU findet sich in unserem Aktionsplan – und ich kann das streifen –, bei der FDP sieht es anders aus. Ich kann mit der Kulturstaatsrätin gern über das Übersee-Museum sprechen, über eine Einbindung, aber beim Güterbahnhof, es wurde vielfach gesagt, das ist einfach zu gefährlich mit dem Schienenverkehr. Wir wollen nicht, dass der Schienenverkehr gestört wird oder dass Unfälle passieren, das sollte man mit dieser Klientel nicht veranstalten, und es wurde ja auch schon gesagt, der Verein 23 möchte sich nicht einbinden lassen. Man kann nicht von Kulturschaffenden unsere Drogenprobleme in Zukunftsmusik verwandeln lassen, das ist Quatsch.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Darüber hinaus, liebe Frau Bergmann: Der Antrag folgt eigentlich wieder diesem Muster, das wir schon kennen. Das sind hochtrabende Hülsen: Bedarfsanalyse, Konzepte, Evaluierungen und nicht zuletzt Machbarkeitsstudien. Ich träume auch von Tourismus und Plansch Becken am Bahnhof,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

und die WFB plant dort ja auch Veranstaltungen, aber lassen Sie uns doch erst einmal die Basics anständig verrichten!

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Dann noch einmal 3 000 Stunden einfach versenken?)

Nein! Mich macht dieses Verwissenschaftlichen und das Labeln schlicht affig, wirklich!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP] – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Das ist jetzt ein Witz!)

Ich sage sofort sorry dafür, denn ich weiß ja, dass wir eigentlich das Gleiche wollen, und in Ihrer Einführung im Antrag steht auch viel Richtiges über die Bedürfnisse von Drogenkonsumenten, das ist alles wunderbar.

Was passiert am Bahnhof eigentlich aktuell gerade? Wir nennen es „Schieben und Ziehen“. Zum Schieben: Der Innensenator verlangt dem Polizeipräsidenten sehr, sehr viel Aufgebot, ein immenses Aufgebot ab. Herr Lenkeit oder andere Mitglieder des Parlaments waren heute wahrscheinlich bei der Personalversammlung. Die Polizei/die Beschäftigten akzeptieren dieses starke Mandat der Politik, des Senats und der Bürgerschaft, aber man muss die Leistungsgrenze einfach im Hinterkopf haben, weil wir für diese Aufgabe einen langen Atem brauchen.

Es gibt einen ungebrochen hohen Personalstundeneinsatz von Polizei, Ordnungsdienst und Bundespolizei. Fast täglich berichten wir darüber, ich gebe Ihnen eine kurze Bilanz, nur für eine Woche: vom 28. November bis 4. Dezember 300 Identitätsfeststellungen, 100 Platzverweise, 70 Strafanzeigen, zehn Ordnungswidrigkeiten, acht Festnahmen, 249 Kräfte im Einsatz. Dafür brauchen wir keine mobile Wache, wie es die CDU fordert. Das ist eher nachteilig, denn diese müsste von weiteren Kräften gesichert werden, man würde sich da eigentlich selbst ein Bein stellen. Wir setzen auf zwei

Präsenzpunkte vor dem Tivolihochhaus und in der Bahnhofstraße, das macht Sinn.

(Beifall SPD)

Das macht Sinn, denn wir wollen schieben, und wir wollen zerschlagen, wenn man eine starke Sprache wählt, wir können auch sagen, wir wollen ein bisschen vertreiben oder auseinanderbringen, und zwar die Dealergruppen, die organisierten Dealer am Tivolihochhaus. Da, so der Eindruck der Polizei: Sie sind weniger zu sehen. Damit ist es aber noch nicht getan. Wir wollen sie beweiskräftig überführen, und wir wollen auch die Pässe sichern. Dann – der Senator hat es angekündigt – werden wir aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchführen können. Es gibt auch ein Gegengewicht dazu: Selbstverständlich suchen wir auch den Kontakt mit dem Guineischen Verein für Integration in Bremen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zweiter Teil des Schiebens ist das Drücken. Wir drücken die Konsumenten, das machen wir mit Platzverweisen, und nun wird vorgeschlagen, das Ortsgesetz zu ändern. Ja, zugegeben, der Punkt geht an die CDU, wir wollen das auch, wir werben auch für eine Mehrheit für so ein Gesetz,

(Beifall CDU)

aber – ich habe es da drüben liegen – wir setzen ganz kurzfristig weitere Leitlinien für die Polizei in Kraft. Diese Leitlinien definieren die Tatbestandsvoraussetzungen für Platzverweise so niedrig, und wir gehen da ganz klar an die Ausübung des Ermessens, dass die Polizei noch mehr Platzverweise aussprechen kann. Künftig steht nicht mehr jemand mit der Stoppuhr und schaut, ob da wirklich verweilt wird, sondern das Verweilen wird im Zweifel angenommen, und dann gibt es einen Platzverweis.

Ich möchte noch etwas sagen zu diesem Ziel des Schiebens: Wir sind da auch auf die Unterstützung von Streetworkern angewiesen, selbst wenn sie auch eine andere Denkweise verinnerlicht haben, und es muss auch nicht „schieben“ heißen, mir würde „ziehen“ schon reichen. Der Wunsch ist, dass dort auch mitgezogen wird, denn wir wollen ja das Angebot vom Bahnhof wegziehen, und da brauchen wir einfach die Unterstützung.

Das Angebot Szenetreff wird jetzt im Winter erst einmal geschlossen, weil wir den Wärmebus beim Nelson-Mandela-Park haben. Da gibt es dann nur

noch die Toilettennutzung, und in Absprache mit dem neuen Hoteldirektor des IntercityHotels werden jetzt auch, wahrscheinlich in diesen Stunden, die Zäune weggeräumt, und die Brücke wird wieder freigegeben, weil die Gefahrensituation entfallen ist.

Nun blicken alle auf die Friedrich-Rauers-Straße und hoffen nach Freigabe dieses Ortes, dass er wirkt. Damit wir da einen richtigen Pullfaktor entwickeln können, müssen wir den Ort attraktiver gestalten, hier wurden verschiedene Punkte erwähnt. Mir wäre es sehr wichtig, dass dort gemeinsam mit dem Bau- und Verkehrsressort ein Witterungsschutz gebaut wird. Der Winter naht, und ansonsten ist es wirklich nicht attraktiv, diese Distanz von 900 Metern vom Bahnhof zu überbrücken.

Wichtig für den Innensenator ist, dass die Gesundheits senatorin enge Abstimmungen mit den Gesundheitsversorgungen in der Stadt vornimmt und weitere Ideen entwickelt, stadtteilnahe Versorgung, und – ich muss Werbung machen für „buten un binnen“ – wir haben es am Wochenende gesehen: Herr Prof. Dr. Gonther von AMEOS zeigt endlich einen optimistischen Ausweg für dieses Thema Crack. Es treibt uns ja sehr um, dass es keine richtige Lösung für Crack gibt, und wir brauchen das. Es scheint diesen Weg mit einer möglichen Diamorphinambulanz zu geben, und den müssen wir unbedingt weiter beschreiten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

So weit der Sachstand zum Aktionsplan!

Der Vorwurf der CDU war, wir koordinieren nicht genug. Wir haben einen Koordinator, wir haben die Sicherheitspartnerschaft. Künftig wird im Senat auch regelmäßig berichtet, und Sie können sich sicher sein, wir sind nicht verlegen, andere Ressorts anzutreiben, wenn wir das Gefühl haben, es läuft nicht. Darauf ist Verlass.

Es ist schwer auszuhalten, dass wir dieses Problem am Hauptbahnhof nicht sofort einmal eben so par ordre du mufti klären können. Wir glauben aber daran, und wir sind verpflichtet, die Verhältnisse schrittweise zu verbessern, und wir vertrauen auf die Gesamtwirkung aller Maßnahmen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/800 S](#) abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Stimmenthaltungen?

(L.F.M.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [20/813 S](#) abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft angekommen.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:20 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 6. Dezember 2022

Schriftliche Anfragen Stadt 6. Dezember 2022

Anfrage 9: Sachstand der Befestigung des Verbindungswegs zwischen Hermann-Löns-Straße und Meinert-Löffler-Straße

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 15. November 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wann ist mit der Umsetzung der im Juni vom Beirat Vegesack per Beiratsbeschluss geforderten Befestigung des Verbindungsweges zwischen Hermann-Löns-Straße und Meinert-Löffler-Straße zu rechnen?

2. Welche Kosten werden für die Befestigung veranschlagt?

3. Ist geplant, in der Zwischenzeit zumindest für Beleuchtung auf dem Verbindungsweg zu sorgen?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden gemeinsam beantwortet:

Die fachliche Zuständigkeit liegt beim Umweltbetrieb Bremen (UBB) mit der koordinierenden Steuerung durch das Referat der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Referat 30, Grünordnung.

Das Projekt wird zurzeit bearbeitet. Beim Verbindungsweg zwischen Hermann-Löns-Straße und Meinert-Löffler-Straße handelt es sich um einen Weg, der mit einer wassergebundenen Wegedecke/Schotterfläche befestigt ist. Um die Anfrage beziehungsweise den Beiratsbeschluss fachlich zu beurteilen und abschließend beantworten zu können, findet noch in diesem Jahr ein Ortstermin statt. Im Anschluss kann eine Kostenschätzung erstellt und die Möglichkeit der Beleuchtung geprüft werden.

Eine Antwort an den Beirat erfolgt vor dem Jahreswechsel.

Anfrage 10: Welche Auswirkungen hat das Verkehrschaos Am Wall auf die Einsatzfähigkeit der Polizei?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU

vom 15. November 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wie oft konnten Polizeikräfte des Polizeikommissariats Mitte seit Beginn der Bauarbeiten Am Wall bei Einsätzen der Kategorie 1 nicht in der vorgegebenen Einsatzzeit von acht Minuten am Einsatzort eintreffen, und inwiefern wirkte sich dieser Umstand nach Kenntnis des Senats nachteilig für etwaige Geschädigte aus?

2. Welche Verbesserungen hat sich der Senat von der mobilen Ampelanlage Am Wall/Altenwall versprochen, und welche sind bereits eingetreten?

3. Wie lange wird die Baustelleneinrichtung voraussichtlich noch bestehen bleiben, und inwiefern sind Einsatzzeiten von über acht Minuten nach Fertigstellung der Baumaßnahmen Am Wall dann ausgeschlossen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Seit Beginn der Bauarbeiten am 30. August 2022 konnte die Polizei Bremen im September 2022 in 88,47 Prozent aller Einsätze der Kategorie 1 im Polizeikommissariat Mitte nach spätestens acht Minuten am Einsatzort eintreffen. Im Oktober 2022 lag der Zielerreichungsgrad sogar bei 92,60 Prozent. Negative Auswirkungen auf Geschädigte sind weder der Polizei Bremen noch dem Senator für Inneres bekannt. Es liegen derzeit keine schriftlichen Beschwerden von Bürger:innen vor, die sich auf die Verzögerungen seit der Einrichtung der Baustelle beziehen.

Zu Frage 2: Der Senator für Inneres und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau haben sich darauf verständigt, in Höhe der Treppe Hurrelberg eine mobile Ampelanlage einzurichten. Es

ist beabsichtigt, dies schnellstmöglich umzusetzen.

Zusätzlich erhalten die Einsatzfahrzeuge einen fest verbauten Sender im Fahrzeug, mit dem bei Bedarf die Ampel an der Kreuzung Am Wall/Altenwall auf Grün geschaltet werden kann. Diese Möglichkeit wird allerdings erst nach dem jetzigen Umbau mit der endgültig umgesetzten Signalsteuerung zur Verfügung stehen.

Diese beiden Maßnahmen werden dann eine deutliche Verbesserung der bestehenden Situation bewirken.

Zu Frage 3: Die Absperrungen Am Wall im ersten Bauabschnitt wurden Mitte November termingerecht zurückgebaut. Derzeit finden nur noch geringfügige Arbeiten in den Nebenanlagen sowie die Entfernung der noch vorhandenen Straßenmarkierung beziehungsweise Nachmarkierungen statt.

Einsatzzeiten von über acht Minuten können zum jetzigen Stand wie auch nach Fertigstellung der Baumaßnahmen Am Wall nicht ausgeschlossen werden, denn es gibt verschiedene zusätzliche Einflussfaktoren, wie eine sehr hohe Einsatzbelastung, die Anzahl der erforderlichen Einsatzmittel pro Einsatz, die Dauer der Einsätze und die Personalausstattung, die bei der Einhaltung des Zielerreichungsgrades eine Rolle spielen.

Anfrage 11: Verunreinigungen am Rodensee
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 24. November 2022

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern sind dem Senat Verunreinigungen am Rodensee in Arbergen bekannt?
2. Was wird der Senat konkret unternehmen, um Verunreinigungen zukünftig möglichst zu vermeiden?
3. Inwiefern besteht die Möglichkeit, in unmittelbarer Nähe des Rodensees Hundekotbehälter aufzustellen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Dem Umweltbetrieb Bremen und der Bremer Stadtreinigung, DBS, liegen keine Beschwerden über Verunreinigungen am Rodensee in Arbergen vor.

Zu Frage 2: Hundebesitzer müssen die Hinterlassenschaften ihrer Hunde aufnehmen und ordnungsgemäß vorrangig im Restabfallbehälter des eigenen Haushalts oder in einem öffentlichen Abfallbehälter entsorgen. Der Rodensee befindet sich in einer ausgewiesenen Grünanlage. An den zwei Rondellen mit Bänken südlich des Sees befinden sich öffentliche Abfallbehälter. Der Ordnungsdienst bestreift Park- und Grünanlagen und achtet darauf, dass die Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer den Hundekot ordnungsgemäß entsorgen.

Zu Frage 3: Das Aufstellen von Hundekotbehältern stellt keine Lösung dar. Seit der Änderung des Bremischen Abfallortsgesetzes im Jahr 2014 kann der Hundekot – in einer verschlossenen Tüte – grundsätzlich in öffentlichen Abfallbehältern entsorgt werden. Diese sind, wie unter Antwort 2 beschrieben, am Rodensee bereits vorhanden.

Anfrage 12: Wann kommt das klimafreundliche Parkhaus am Klinikum Bremen-Mitte (KBM)?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 29. November 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wann ist mit dem Bau, der Fertigstellung und der Inbetriebnahme des geplanten Parkhauses für Fahrräder auf dem Areal des KBM zu rechnen?
2. Wenn ein solches Parkhaus und die Baufläche an die Zukunft des Bettenhauses (alte Chirurgie) geknüpft sind, wann trifft der Senat die längst überfällige Entscheidung zum Bettenhaus?
3. Zu welchen Anteilen wird das geplante Radparkhaus über die GeNo und über Fördergelder finanziert?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Auf dem Areal des Neuen Hulsberg-Viertels, an der Schnittstelle zum Klinikum Bremen-Mitte, ist gemäß Bebauungsplan 2450 in Verbindung mit dem städtebaulichen Vertrag ein Klinikparkhaus vorgesehen, das neben 750

Pkw-Stellplätzen über 200 Fahrradabstellplätze aufnehmen wird. Ein separates Fahrradparkhaus ist nicht geplant.

Nach den derzeitigen Planungen der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co KG, die das Verkaufsverfahren für das Grundstück des Klinikparkhauses durchführen wird, kann das Parkhaus ab 2026 durch den Erwerber errichtet werden. Mit einer Inbetriebnahme des Klinikparkhauses kann dann ab 2027/2028 gerechnet werden. Die Gebäude Haus 6 und Haus 12 sowie angrenzende Modulbauten werden derzeit noch durch die GeNo insbesondere für Verwaltung und Umkleiden bis voraussichtlich Ende 2024 zwischen genutzt, solange das Haus 2 (alte Innere Medizin) umgebaut wird. Im Anschluss müssten dann noch Abbrucharbeiten, zum Beispiel der Modulbauten, durchgeführt werden.

Zur Frage 2: Der Senat hat in seiner Sitzung am 17. Mai 2022 die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz mit den Planungen für die Nutzung des Bettenhauses als Bildungsakademie, zur Schaffung zusätzlicher stationärer Kapazitäten im Pandemiefall sowie ergänzend für Kurzzeitpflege und Verwaltung beauftragt. Zu klärende offene Fragen werden zurzeit durch die dafür zuständigen Ressorts abgearbeitet.

Ein Klinikparkhaus wird unabhängig von der Entscheidung zum Bettenhaus gebaut. Bei Erhalt des Bettenhauses würde dieses in veränderter Kubatur und mit verringerter Stellplatzkapazität entstehen.

Zu Frage 3: Ein separates Radparkhaus ist – wie bereits bei der ersten Teilfrage ausgeführt – nicht geplant.

Anfrage 13: Bremsen marode Brücken die Mobilitätswende zusätzlich aus?

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. November 2022

Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten Nutzungsbeschränkungen gelten für Busse und Straßenbahnen der BSAG auf der Bürgermeister-Smidt-Brücke, der Wilhelm-Kaisen-Brücke und der Karl-Carstens-Brücke bis zur Umsetzung der Ertüchtigungsmaßnahmen?

2. Inwiefern werden die unter Frage 1 aufgeführten Auflagen für den ÖPNV Auswirkungen auf die beschlossene erste Ausbaustufe (Takterhöhungen) haben?

3. Welches alternative ÖPNV-Angebot würde im Falle einer kompletten Sperrung der drei in Rede stehenden Brückenbauwerke den Fahrgästen zur Verfügung stehen, um die Weser zu überqueren?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Für die Bürgermeister-Smidt-Brücke gilt: Der BSAG-Verkehr mit Straßenbahnen und Bussen kann das Bauwerk weiterhin, allerdings nur im Straßenbahngleisbereich, nutzen.

Für die Wilhelm-Kaisen-Brücke gilt: Der BSAG-Verkehr mit Straßenbahnen und Bussen kann das Bauwerk weiterhin, allerdings nur im Straßenbahngleisbereich, mit Auflagen nutzen. Als Auflage besteht ein Begegnungsverbot im Bereich der Brückenmitte für circa 30 Meter.

Für die Karl-Carstens-Brücke gilt: Der BSAG-Verkehr mit Bussen kann das Bauwerk weiterhin nutzen. Als Auflage besteht ein Abstandsgebot für Lkws von 50 Metern.

Zu Frage 2: Der Regelverkehr nach Angebotsstufe 1 ist unter den oben genannten Bedingungen abwickelbar. Im Umleitungsfall bei Sperrung der Obernstraße könnte infolge der Taktverdichtung die Nicht-Begegnungszone auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke zu betrieblichen Problemen führen, was dann bei zukünftigen Umleitungskonzepten zu berücksichtigen wäre. Die Sicherheit der Brücke wäre in keinem der Fälle gefährdet.

Zu Frage 3: Da zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar ist, dass Komplettsperren der Brücken erforderlich werden, sind Prüfungen für alternative ÖPNV-Angebote derzeit nicht zielführend. Die Ertüchtigungen der Bauwerke werden vorwiegend unterhalb des Bauwerks durchgeführt, sodass hierdurch keine Einschränkungen eintreten werden.

Anfrage 14: Impfbzentren – was rechtfertigt eine Verlängerung des Betriebs bis März 2023?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lenke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 29. November 2022

Wir fragen den Senat:

1. Was sind die Gründe dafür, dass Bremen einen Sonderweg einschlägt und seine stationären Impfangebote in Bremerhaven, Vegesack und im Weserpark und das Impfzentrum an der Brillkreuzung bis Ende März 2023 erhalten will, obwohl die Kofinanzierung vom Bund zum Jahresende auslaufen soll und Bremen dann somit auf den Kosten sitzen bleibt?

2. Wie hoch ist aktuell die Nachfrage in den Einrichtungen der stationären Impfangebote, prozentual aufgelistet nach Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, und wie hoch ist der Anteil der Personen, die sich in Arztpraxen und Apotheken impfen lassen möchten (prozentual aufgelistet nach Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen)?

3. Mit welchen Mehrkosten ist zu rechnen, wenn die stationären Impfangebote in Bremen und Bremerhaven bis März 2023 erhalten werden, und wie hoch ist die Summe der finanziellen Mittel aus der Impfkampagne, die hierfür zur Verfügung gestellt werden soll?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Fortgang der nationalen Covid-19-Impfkampagne ist neben der Einhaltung von Schutz- und Hygienemaßnahmen weiterhin ein wesentlicher Bestandteil zur Bewältigung der aktuellen Covid-19-Pandemie und leistet damit einen Beitrag für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der in Bremen lebenden Menschen. Mit der Verfügbarkeit der an die BA.4-/BA.5-Virusvarianten angepassten Impfstoffe kann das Risiko schwerer Covid-19-Krankheitsverläufe weiterhin gemindert und zugleich einer weiteren Belastung der Krankenhäuser entgegengewirkt werden. Durch die Aufrechterhaltung der staatlichen Impfinfrastruktur bis Ende März 2023 wird ein unterstützendes niedrighschwelliges und unkompliziertes Impfangebot gewährleistet, während zugleich die Etablierung der Impfungen gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 im Rahmen der vertragsärztlichen Regelversorgung fortschreitet.

Eine Länderabfrage des Landes Bremen zum Thema Fortführung der Impfzentren über den 31. Dezember 2022 hinaus ergab, dass sechs von 14 Bundesländern die staatlichen Impfstrukturen bis in das erste Quartal 2023 fortführen wollen, einige weitere Bundesländer planen dies in

Abhängigkeit der Kofinanzierung des Bundes. Im Rahmen der Gesundheitsminister:innenkonferenz am 5. Dezember 2022 hat der Bundesgesundheitsminister angekündigt, dass sich die Bundesregierung auch über 2022 hinaus an den Kosten des Rückbaus der Impfzentren beteiligen wird.

Zu Frage 2: Im November 2022 wurden insgesamt 8 870 Impfungen durch die öffentlichen Impfangebote und mobilen Impfteams durchgeführt, dies entspricht einem Anteil von 68,3 Prozent aller durchgeführten Impfungen im Land Bremen. Dementsprechend wurden 4 116 Impfungen durch die niedergelassenen Ärzt:innen durchgeführt, dies entspricht einem Anteil von 31,7 Prozent.

Vom 18. November 2022 bis zum 24. November 2022 wurden 522 Termincodes für einen Impftermin in den Bremer Impfstrukturen verschickt. Davon waren 1,3 Prozent Kinder, 1,7 Prozent Jugendliche und 96,9 Prozent Erwachsene. Prozentuale Angaben zum Anteil der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die sich in Arztpraxen und Apotheken impfen lassen möchten, liegen der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz nicht vor.

Zu Frage 3: Die Gesamtkosten der Maßnahmen, inklusive Rückbau der Impfzentren und Impfstellen, die Abwicklung der öffentlichen Impfangebote sowie die Fortsetzung der Öffentlichkeitsarbeit belaufen sich auf rund 8,61 Millionen Euro, davon entfallen lediglich 0,1 Millionen Euro auf das Jahr 2022 und 8,51 Millionen Euro auf das Jahr 2023.

Für die Fortsetzung öffentlicher Impfangebote im Jahr 2023 wurden mit Beschluss des Senats vom 5. Juli 2022 insgesamt 6,921 Millionen Euro bereitgestellt. Hinzu kommen voraussichtliche Reste im Jahr 2022 in Höhe von rund 4,7 Millionen Euro aufgrund der Abrechnung von Leistungen aus dem Jahr 2022 nach Abschluss des Haushaltsjahres. Damit können die Gesamtbedarfe für die Vorhaltung öffentlicher Impfangebote bis Ende März 2023, die begleitende Öffentlichkeitsarbeit sowie die Rückbauten des Impfzentrums sowie der Impfstellen im Land Bremen ohne weitere Mittelbedarfe finanziert werden.

**Anfrage 15: Diebstahl von TV-Bildschirmen am
Gymnasium Links der Weser
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko
Strohmann und Fraktion der CDU
vom 29. November 2022**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele TV-Bildschirme wurden bei Einbruchsdiebstählen am Gymnasium Links der Weser in den letzten zwölf Monaten entwendet, auf welche Höhe beläuft sich der hiermit in Verbindung stehende Schaden, und inwiefern besteht diesbezüglich ein Versicherungsschutz?
2. Inwiefern beabsichtigt der Senat, für die entwendeten TV-Bildschirme am Gymnasium Links der Weser kurzfristig entsprechende Ersatzgeräte zu finanzieren?
3. Erkennt der Senat nach mehrfachen Einbruchsdiebstählen und Sachbeschädigungen am Gymnasium Links der Weser die Notwendigkeit, dort eine Alarmanlage sowie hochwertige Schließsysteme oder andere zusätzliche Schutzmaßnahmen zu installieren, und wenn ja, zu wann soll dies umgesetzt werden?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1 und 2: Bei dem Diebstahl in den Herbstferien 2022 wurden drei Fernsehgeräte gestohlen. Diese hatten einen Wert von etwa 2 000 Euro. Die Geräte waren nicht durch eine Diebstahlversicherung gedeckt. Ersatzgeräte können im Rahmen des DigitalPakts Schule aus den Mitteln für schulindividuelle Maßnahmen beschafft werden.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Kinder und Bildung hat für das Gymnasium Links der Weser für

alle Bestandsgebäude im Jahr 2021 eine Transponderschließanlage finanziert. Diese ist überwiegend, nach Sanierungsfortschritt, bereits eingebaut. Für Containeranlagen werden aufgrund der kurzen Standdauer aus wirtschaftlichen Gründen grundsätzlich keine Transponderschließanlagen eingebaut.

Durch die Schüler:innen des Gymnasium Links der Weser kam es in der Vergangenheit vermehrt zu erheblichen Vandalismusschäden in den WC-Anlagen der Schule. Vor diesem Hintergrund wird derzeit die Möglichkeit geprüft, ob die WC-Anlagen mit einer Transponderschließung ausgestattet werden können.

Weiterhin ist der Senatorin für Kinder und Bildung der Wunsch der Schule nach einer Einbruchmeldeanlage für die Containeranlage bekannt, da es dort in der Vergangenheit vermehrt zu Einbrüchen gekommen ist. Diese Maßnahme wird Anfang 2023 initiiert. Für das Hauptgebäude ist nach Aussage von Immobilien Bremen (IB) im Rahmen der Sanierung eine Einbruchmeldeanlage vorgesehen.

Im Anschluss an die Sanierung des Hauptgebäudes plant Immobilien Bremen die Sanierung der Sporthalle und des Nebengebäudes. Im Rahmen dieser Planungen werden erforderliche Maßnahmen in Bezug auf das Schließsystem und eine Einbruchmeldeanlage berücksichtigt.

Anfrage 16: Wann wird in Bremen eine Chip- und Registrierpflicht für Hunde und Katzen eingeführt?

Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. November 2022

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 44. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
13.	Zustand der Spielplätze in Bremen: Attraktive Lebensräume innovativer Quartierskonzepte oder traurige Sandwüsten? Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 26. September 2022 (Drucksache 20/766 S) Dazu Mitteilung des Senats vom 1. November 2022 (Drucksache 20/784 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.
15.	Entwurf eines Ortsgesetzes zur Einrichtung des Innovationsbereiches „BID Ansgari Quartier 2023 - 2027“ Mitteilung des Senats vom 15. November 2022 (Drucksache 20/793 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.
16.	Entwurf eines Ortsgesetzes zur Einrichtung des Innovationsbereiches „BID Sögestraße 2023 - 2027“ Mitteilung des Senats vom 15. November 2022 (Drucksache 20/794 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.
17.	Bebauungsplan 2427 „Osterfeuerberger Ring“ für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Osterfeuerberg entlang des Osterfeuerberger Rings zwischen Fleetstraße und Holsteiner Straße Mitteilung des Senats vom 15. November 2022 (Drucksache 20/795 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2427.
18.	Gegenstand: Ablehnung einer Genehmigung für eine LED-Werbefläche Petition S 20/115 Mitteilung des Senats vom 15. November 2022 (Drucksache 20/796 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Frank Imhoff
 Präsident der Bremischen Bürgerschaft